

schließlich auf einstimmigen Beschluß der Generalversammlung seiner Lebensversicherungsanstalt durch Änderung ihrer Satzung unmittelbar zur Durchführung vorbereitet worden.

Unter diesen Umständen würde der Versuch, die Durchführung dieses Planes jetzt zugunsten einer etwaigen Vereinigung der privaten Lebensversicherung zurückzustellen, die nur geschäftliche Interessen verfolgen und in ihrem Bestreben auf die vaterländische Gesinnung der Angehörigen keinerlei Rücksicht nehmen kann, in den Kreisen des Deutschen Kriegerbundes, der in rund 20 000 Vereinen etwa 2 Millionen Mitglieder umfaßt, die bedenklichste Verwirrung und Mißgunst hervorrufen, und, wie ich annehmen darf, auch bei dem Allerhöchsten Protektor des Deutschen Kriegerbundes, dem die Sachlage kaum unbekannt bleiben dürfte, kein Verständnis finden.

Der jehige, in der Eingabe vom 24. d. M. anscheinend allen Herren Reichsregierungs- und Reichsbehörden unterbreitete Plan des Deutschen Kriegerbundes müßte den beteiligten staatlichen Verwaltungen keinerlei Opfer zu, sondern bietet ihnen nur die Möglichkeit, ihre Angehörigen, soweit diese sich dazu bereitfinden, der von der kaiserlichen Organisation des Deutschen Kriegerbundes getragenen Lebensversicherungsanstalt der Kriegervereine zuzuführen, um sie vor den Verlockungen des sozialdemokratischen Unternehmens zu bewahren. Der Plan schließt im übrigen in keiner Weise aus, daß sich die Anstalt des Deutschen Kriegerbundes zur Ausübung oder sonstigen gemeinsamen Arbeit demnach einer größeren Organisation anschließt, mag die Anregung hierzu von Seiten der privaten oder der öffentlichen Lebensversicherung kommen.

Das mir unterstellte Ressort ist durch die Eingabe des Deutschen Kriegerbundes unmittelbar insofern wenig berührt, als mit Verfassungen und Betriebsverwaltungen, die hauptsächlich in Frage kommen, nicht unterzogen. Indessen werde ich in Erwägung ziehen, die Provinzialverwaltungen auf die Sache aufmerksam zu machen. Jedenfalls liegt meines Erachtens ein dringendes öffentliches und politisches Interesse vor, dem Vorgehen des Deutschen Kriegerbundes etwa noch entgegenstehende Hindernisse fortzuaräumen und seine Durchführung nicht aufzuhalten, sondern zu beschleunigen. Insbesondere würde ich daher dankbar sein, wenn Herr v. Dallwitz veranlassen wollte, daß der Beschluß des Kaiserlichen Ausschusses über die Genehmigung der Satzungsänderung der Lebensversicherungsanstalt des Deutschen Kriegerbundes untergütlich erfolgt.

Abdruck dieses Schreibens habe ich sämtlichen Herren Mitgliedern des Preussischen Staatsministeriums zur Kenntnis mitgeteilt.

In den Herrn Reichskanzler (Reichsamt des Innern).

III. Minister Delbrück an sämtliche Staatsminister.

Abdruck.
Der Reichskanzler
(Reichsamt des Innern).
C. B. 1415.

Berlin, 18. November 1912.
Auf das Schreiben vom 15. d. M.
I. b. 1662.

Bei meinem Schreiben vom 9. d. M. — C. B. 1385 — war ich mir klar darüber, daß der bei den kommissarischen Beratungen am 2. Juli d. J. erdachte Plan, die Versicherungsanstalten des Deutschen Kriegerbundes in den Dienst der Bekämpfung der sozialdemokratischen Volksfürsorge zu stellen, einer gleich eingehenden Prüfung bedürftig werde, wie alle anderen in derselben Richtung sich bewegenden Pläne.

Wenn ich gebeten habe, die Entscheidung auf die Eingabe des Kriegerbundes vom 20. Oktober d. J., welche darum ersucht, daß die einzelnen Ressorts einen Vertrag wegen Versicherung ihrer Beamten und Arbeiter mit der Lebensversicherungsanstalt und Erblasser des Deutschen Kriegerbundes ins Auge fassen möchten, auf kurze Zeit zurückzustellen, so glaube ich damit den auch von mir wohl gewürdigten vaterländischen Bestrebungen des Kriegerbundes nicht zu sehr zu schaden zu sein. Reines Erachtens kann aber ein grundsätzlicher so wichtiger Beschluß von Seiten der Ressorts des Reichs und Preussens nicht ohne vorherige Verhandlung untereinander gefaßt werden und es erscheint auch nicht angängig, ihn zu fassen, bevor Klarheit darüber besteht, wie sich die Behörden den unmittelbarem bevorstehenden Anträgen ähnlichen Inhalts von Seiten anderer Organisationen privaten und öffentlichen Rechts gegenüber zu verhalten gedenken. Nicht nur der Deutsche Kriegerbund, sondern auch andere nationalgefinnte Organisationen, wie namentlich die öffentlichen und die privaten Lebensversicherungsanstalten sind zurzeit mit Plänen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie befaßt.

Bezüglich der Pläne der privaten Gesellschaften bitte ich das nähere, namentlich auch hinsichtlich der Gemeinnützigkeit und der geschäftlichen Zwecke abgemendeten Tendenz der beabsichtigten Neugründung aus den abstrakt behandelten Berichten des Präsidenten des Ausschusses für Privatversicherung vom 13. und 15. d. M. entnehmen zu wollen. Die privaten Versicherungsanstalten rechnen aber bei Durchführung dieser Pläne wiederum mit dem Beitritt des Deutschen Kriegerbundes zu der beabsichtigten Neugründung.

Gerne ist mir bekannt geworden, daß die Kaiserin Wilhelmine den Versuch machen will, gleichfalls den Betrieb der Lebensversicherung auszunehmen, um damit auch ihrerseits die Sozialdemokratie zu bekämpfen.

Endlich muß damit gerechnet werden, daß in der auf den 25. d. M. vom Staatsminister von Müller einberufenen Versammlung der Versuch gemacht werden wird, die öffentlichen Lebensversicherungsanstalten als diejenigen zu bezeichnen, welche vorzugsweise geeignet sind, der Wirksamkeit der sozialdemokratischen Volksversicherung entgegenzutreten.

Alle jene Organisationen verlangen für ihre Pläne die Unterstützung der Reichs- und Staatsbehörden. Eine Entscheidung darüber — und nur diese habe ich gebeten, dem Kriegerbund gegenüber einseitig auszusprechen — kann meines Erachtens aber nicht getroffen werden, ehe die Gesamtheit der Pläne einigermassen zu übersehen ist.

Eine Ainquascheidung der Entscheidung auf die dargelegte Satzungsänderung der Lebensversicherungsanstalt des Kriegerbundes ist natürlich nicht der Zweck meines Schreibens vom 9. d. M. gewesen. Auch nach den neuesten, vom Ausschuss mir zugegangenen Berichten ist diese Entscheidung in aller Kürze zu erwarten.

Ich wiederhole nochmals, daß ich bereit bin, über alle mit der Bekämpfung der sozialdemokratischen Volksversicherung zusammenhängenden Fragen demnach, und zwar so bald das Ergebnis der auf den 25. d. M. von Herrn v. Müller einberufenen Versammlung zu übersehen ist, zu kommissarischen Beratungen erneut einzuladen.

Abdruck habe ich sämtlichen Herren Staatsministern und den Herren Chefs der beteiligten Reichsämter zugehen lassen.

In Vertretung: geg. Delbrück.
Abdruck.
Der Reichskanzler
(Reichsamt des Innern).
C. B. 1400.

Berlin, den 26. November 1912.
Die Pläne der privaten Gesellschaften zu einer Reform unseres Lebensversicherungswesens sind durch mein Schreiben vom 18. November 1912 — C. B. 1415 —, wenigstens in großen Zügen, dargestellt. Inzwischen hat auch die vom Staatsminister von Müller zusammenberufene Konferenz, in der eine Reihe von weiteren Plänen zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Volksversicherung besprochen worden ist, getagt. Ihre Ergebnisse, die zu einem bestimmten Ziele noch nicht geführt haben, sind, wie ich annehmen darf, dort bekannt.

Hiernach beziehe ich mich, zu einer Aussprache über die Stellungnahme, welche die Behörden den verschiedenen Plänen zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Volksversicherung gegenüber

durch Förderung neuer Versicherungsanstalten einzunehmen haben werden, auf

Mittwoch, den 4. Dezember 1912,
vormittags 11 Uhr,
nach dem Reichsamt des Innern einzuladen.
Einladungen haben sämtliche Herren Staatsminister und die Herren Chefs der beteiligten Reichsämter erhalten.

In Vertretung
geg.: Delbrück.

IV. Präsident Bruner an Minister Delbrück.

Abdruck. C. B. 1415.
Der Präsident
des Kaiserlichen Ausschusses
für Privatversicherung.
C. B. S. 30.

Berlin, den 15. November 1912.

Beitritt Reform der Volksversicherung.

In Ergänzung meines Berichts vom 14. November 1912 beziehe ich mich, auf der Anlage 1 eine Zusammenfassung der Beschlüsse über die Gründung einer gemeinsamen Volksversicherungsanstalt zu übersenden, welche nach mir mündlich durch den Regierungsdirektor von Rasch gemachten Mitteilungen von den beteiligten privaten Lebensversicherungsgesellschaften am 12. November 1912 gefaßt worden sind. Auf Anlage 2 sind die Gesellschaften verzeichnet, welche für eine Beteiligung zunächst in Betracht kommen.

In Vertretung
geg.: Bruner.
An den Herrn Staatssekretär des Innern, Erzberg.

Anlage 1.

Zusammenfassung
der am 12. November 1912 von 26 privaten Lebensversicherungsgesellschaften gefaßten Beschlüsse betreffend die Gründung einer gemeinsamen Volksversicherungsanstalt.

1. Von den beteiligten Gesellschaften wird eine Aktiengesellschaft zum Zwecke des Betriebes der Volksversicherung gegründet. Das Aktienkapital von 2 Millionen Mark sowie eine außerdem zu Organisationszwecken 1/2 fonsd perdu einzuzahlende Summe von 1 Million Mark wird ausschließlich von den beteiligten Gesellschaften aufgebracht.

2. Der Betrieb soll ein gemeinnütziger sein, d. h. die Gesellschaften verzichten auf jeden Gewinn aus dem Betrieb und behalten sich lediglich eine Dividende von 4 Proz. des mit 25 Proz. = 500 000 M. der einzuzahlenden Teiles des Grundkapitals vor.

3. Für die Akquisition und das Anfaß sollen die Organisationen der einzelnen beteiligten Gesellschaften auf dem Gebiete der Volksversicherung der neuen Anstalt zur Verfügung stehen. Außerdem hofft man für die gedachten Zwecke vor allem auch auf eine Mitwirkung von Vereinen und Verbänden aller Art, namentlich von Arbeiterorganisationen (auf vaterländischem Boden stehenden Gewerkschaften, Gewerbevereinen und dergleichen) sowie von Arbeitgebern. Endlich wird die Anstalt, soweit erforderlich, von ihr bezahlte eigene Organe für den Außendienst anstellen.

4. Eine Kommission von 5 Personen ist gewählt und beauftragt worden, sofort Gesellschaftsvertrag, Versicherungsbedingungen usw. auszuarbeiten und sich dabei in tunlichster enger Fühlung mit dem Ausschussrat zu halten.
(Es folgt dann das Verzeichnis von 26 Gesellschaften.)

Es ging wirklich alles wie am Schnürchen! Herr Knapp zog hinter den Kulissen die Drähte und die Minister und ihre Kreaturen setzten sich sofort in Bewegung. Die Christlichen aller Bekenntnisse und Couleuren wurden mobil gemacht, die Köhler und die Berliner, die Evangelischen und die Katholischen, die Gelben und Schwarzen und alle in den „unpolitischen“ Kriegervereinen organisierten Landwehren und Landstürme — alle wurden mobil gemacht, um die „Volksfürsorge“, diesen jüdischen Drogen der Genossenschaften und Gewerkschaften, möglichst schon bei der Geburt zu ersticken.

Die Herren v. Dallwitz und Delbrück haben gesucht nach Erdrosselungsparagrafen, wie es Herr Knapp von ihnen verlangt hat. Aber über ihren Bemühungen strahlte nicht das biblische Wort: „Suchet, so werdet ihr finden.“ Es gibt keine einwandfreie Gesellschaft als die „Volksfürsorge“ — sie mußte genehmigt werden.

Aber man muß ihr trotz alledem etwas anhängen suchen. Und da dem Staatssekretär Delbrück selber nichts einfallen wollte, akzeptierte er die Vorschriften Knapps und sprach in seinen amtlichen Schriften nur noch von der „sozialdemokratischen“ „Volksfürsorge“.

O, die Staatsverleumdungen werden noch ihr blaues Wunder erleben mit der nicht sozialdemokratischen „Volksfürsorge“. Es freut uns zu hören, daß buchstäblich zutrifft, was Genosse Scheidemann im Reichstag behauptet hat: sie wächst, blüht und gedeiht zum Segen der Kleinen in Stadt und Land!

Trotz aller Mäe der Staatshohheit!

Rache an den Duala!

Den Duala hat ja der Protest gegen ihre Zwangsenteignung nicht gehalten. Vergebens haben sie den Versuch gemacht, in einem ordentlichen Verfahren, durch sachkundige Darlegung ihres Standpunktes, dem Reichstag die Möglichkeit objektiver Nachprüfung ihrer Angelegenheit zu geben. Die Regierung wollte indessen keine Nachprüfung, sie wollte die glatte Entziehung ihres Gewalttates, und so machte sie schleunigst gerade den Duala-Hauptling auf den lächerlichen Verdacht eines „Verschwörungsverbuchs“ umschüßeln, der infolge seiner Bildung, seiner Kenntnis der Verhältnisse und seiner altenmännlichen Rachelei der beste und einzige Vertreter des vaterländischen Stammes hätte sein können!

Und das gesamte Bürgertum, von Volk bis Obrigkeit, billigte den Gewalttät, trotzdem die skandalöse Parteilichkeit des Vorgehens zum Himmel schrie. Aber es handelte sich ja nur um „Nigger“, denen gegenüber das Prestige der weißen Herrenklasse um jeden Preis aufrecht erhalten werden muß!

Man sollte meinen, daß die Regierung sich mit diesem Triumph über die Duala und die politische Moral zufrieden gegeben haben würde. Aber ihr räuberischer Siegesrausch hat offenbar ihr Machtgefühl außerordentlich gehoben. So hat sie denn einen neuen Schlag geführt und

den Duala Din verhaften lassen!
Offenbar soll der Bedauernswerte, der sich nicht das geringste zu schulden kommen ließ, wieder nach Afrika abgeschoben und dort der „Erziehung“ der Kolonialgewalttäter ausgeliefert werden!

Zu diesem Streiche erhalten wir folgende Mitteilungen: Herr Dr. Solz hat's in der Danzigschrift deutlich genug gedrückt: Din, der sich das schreckliche Verbrechen zuschulden kommen ließ, aus Duala zu „Niesch“ und alle Duala, die sich aufzulehnen wagten, sollen gefaßt, gepöbt, gestraft werden! Nun — Freitagabend haben sie den Duala Din „gefaßt“: irgendwo auf dem Straßenrand; sie haben ihn in Herrn Jagows Palais am Alexanderplatz geführt, ihm dort eine Nacht Ruhe gegönnt und ihn dann heute (Sonntag) nach Raabitz übergeführt. Was weiter?

Große Verbrechen, ja überhaupt Verbrechen lasten auf ihm nicht außer jenem, daß er ohne Volk auf und davon ging von Duala bis Berlin. An der großen Revolte drüben ist er nicht beteiligt, denn schon Ende 1911 hat er sein Vaterland verlassen, am 2. Februar 1912 ist er in Hamburg angekommen, „gelandet“, und erst am 9. Mai 1914 plagte die deutsche Jaja-Depesche in die Budgetkommission des Reichstags.

Nachdem Din verhaftet war, holte man seine „Sachen“ aus dem möblierten Zimmer, das er im Zentrum der Stadt bewohnt: Seine Zeitungen, Parlaments-Druckachen, die er die letzte Zeit mit Eifer studierte, Briefe, Bücher, Regale (er spricht fließend Deutsch, viel besser als 90 Proz. der deutschen Knaben und Mädchen beim Verlassen der „Volksschule“, ferner Englisch und natürlich: Duala). Auch seine Choralsbücher mußten mitwandern und seine Noten, mit deren Hilfe er vor dem Harmonium mit dem Gold der Weihen Zweisprache zu halten pflegte.

„Unsere Silaben früher hatten es unter uns besser als wir jetzt unter den Deutschen!“ beteuerte ein Duala vor einiger Zeit. Nach den letzten Vorgängen erscheint das kaum übertrieben!

Dr. Solz sagte am Mittwoch: Duala Ranga (Rudolf Sell) könnte unter uns treten, die Tribüne des Reichstags besteigen und dort eine Rede halten, so gut wie die meisten der 307 Abgeordneten — vielleicht auch besser. Nun, das könnte Din nicht — dazu ist er zu beschiden. Aber man könnte ihn in den vornehmsten Salon setzen, und er würde durch seine Freundlichkeit, seine Höflichkeit, Gefälligkeit, Liebenswürdigkeit, Zuverlässigkeit, Artigkeit, Feinsinnigkeit, Wohlgezogenheit gar manchen deutschen Garboffizier und Regierungsdassir in den Schatten stellen. Aber er ist ein „Widder“ — also muß man ihn die deutsche Kolonialpolitik fühlen lassen!

Was will Din bei uns, nachdem er sich durch seine „Rucht“ in Duala unmöglich gemacht hat, denn dort wird ihm das edle Europäertum nach seiner Rückkehr ein Martyrium bereiten. Was will er in Berlin?

Sich irgendwie betätigen: auf einem Kontorbüro nur fleißig, bescheiden arbeiten, wie irgend ein Bureaugehilfe oder Kommissar sonst auch. Die Regierung, in deren Diensten er stand, hat die Dienste (in Kamerun) zuletzt auf 140 Mark den Monat eingeschätzt; das arglose Menschenkind glaubte, es müßte ihm ein Lechties sein, in Berlin ebensoviel oder mehr zu verdienen. . . Ja, wenn er sich um das Schicksal seines Volkes nicht gekümmert hätte, dann blieb er für Dr. Solz, seine Herren Gouverneure, Bezirksamtswärter, Assessoren usw. der „ehrenwerte Din“. Nun aber ist er ein „Verbrecher“ geworden — und Verbrecher gehören an den Galgen!

Somit die Zuschrift. Wir sehen nicht so schwarz wie der Verfasser. Wir erwarten vielmehr, daß sich das rechtswidrig Verfolgte nun auch das liberale Bürgertum energisch annehmen wird. Die Duala als Stamm sind ja glückselig zur Strecke gebracht — da wird man denn den Vergewaltigungen des einzelnen gegenüber doch wohl mit sich reden lassen!

Ein Kampf um das Koalitionsrecht

Am in mehreren stürmischen Sitzungen der Gesetzgebungs-Deputation der Zweiten Kammer des sächsischen Landtags zum Austrag. Die Konservativen wollten in den letzten Tagen vor dem Schluß der Session unter allen Umständen noch ihren Antrag zur Erledigung bringen, der auf ein Verbot des Streikpostenstehens und des Boykotts abzielt. Die 5 sozialdemokratischen Mitglieder der Deputation hatten natürlich keinerlei Veranlassung, den konservativen Hebereicher für Erdrosselung des Koalitionsrechts irgendwie zu hindern. Sie bestanden auf gründlicher Beratung und stellten zu diesem Zwecke auch Anträge, die dem Schutze des Koalitionsrechts dienen sollten. Ferner bestanden sie unter Berufung auf die Vorschriften der Landtagsordnung darauf, daß alle Gesetzesvorlagen erst erledigt werden mußten, ehe der konservative Antrag weiterberaten wurde.

Unter solchen Umständen war es unseren Genossen in der Deputation bis Freitag zu verhindern. An diesem Tage aber sollte der Antrag unter allen Umständen durchgedrückt und am letzten Tage der Session noch zur Schlußberatung gestellt werden. Unsere Genossen brachten jedoch neue Anträge ein, die sie natürlich eingehend begründen mußten, wozu ihnen ein reiches Material, wie schwarze Listen, Streikurteile der Klassenjustiz und Angaben über Internerterrorismus reichlich zur Verfügung stand. Um noch Zeit zur Abstimmung zu gewinnen, versuchten die Konservativen eine Vergewaltigung durch einen Schlußantrag, die auch mit nationalliberaler Hilfe unter dem schärfsten Protest unserer Genossen gelang. Da unsere Genossen vor Schluß der Debatte schnell noch einen neuen Antrag einbrachten, konnten die Konservativen eine längere Geschäftsordnungsdebatte über dessen Behandlung jedoch nicht verhindern. Schließlich wurde der Antrag unter weiteren Vergewaltigungen beiseite geschoben. Inzwischen war jedoch die Zeit des Beginns für die Plenarberatung herangekommen. Unsere Genossen protestierten daher gegen die Abstimmung und verließen, als die Mehrheit diese in geschäftsordnungswidriger Weise doch vornehmen wollte, unter scharfem Protest die Sitzung und erklärten, die Abstimmung sei von vornherein ungültig.

Diese ist doch vorgenommen und der konservative Antrag schließlich in etwas abgemilderter Form angenommen worden. Er lautet jetzt:

- a) eine Verordnung über das Verhalten der Polizeibehörde bei gewerblichen Streiksaktionen zu erlassen;
- b) im Bundesrat dahin zu wirken, daß die Willensfreiheit des einzelnen Staatsbürgers gegenüber den bei Wirtschaftskämpfen hervorgerufenen Ausschreitungen, von welcher Seite sie auch ausgehen, durch Strafvorschriften, sowohl im Strafgesetzbuch wie in der Gewerbeordnung einen ausreichenden Schutz erhält, als er jetzt vorhanden ist.

Eine hierzu von sozialdemokratischer Seite gestellter Ergänzungsantrag, der auch Bestrafung forderte, wenn die Willensfreiheit durch schwarze Listen und Wahregelung wegen Zugehörigkeit zur Organisation erfolge, wurde natürlich abgelehnt. Die übliche und durch die Geschäftsordnung vorgezeichnete Unterzeichnung dieses Antrages wurde von den sozialdemokratischen Mitgliedern abgelehnt, weil der Beschluß in geschäftsordnungswidriger Weise zustande gekommen ist.

Ob es übrigens gelingt, diesen koalitionsfeindlichen Deputationsantrag noch in der letzten Sitzung des Landtags auf die Tagesordnung zu bringen, ist noch sehr fraglich. Sollte es aber versucht werden, werden unsere Genossen mit allen zulässigen Mitteln dagegen ankämpfen.

Politische Uebersicht.

Eigene Reichstagsfragen.

Der Reichstag beriet am Sonnabend an erster Stelle seinen eigenen Etat. Dies bemühte Genosse Ledebaur, um auf alle die Unzulänglichkeiten hinzuweisen, die für die Arbeit des deutschen Reichsparlaments aus dem Diktatengesetz und der Rücksichtslosigkeit der Regierung entspringen. Die

Bestimmung, daß die erste Ratenszahlung der Diäten am 1. Dezember, die letzte am 1. April erfolgt, hat dazu geführt, daß die Dauer der Session immer kürzer, die Sitzungen selbst aber immer länger werden. Die Abgeordneten sind außerstande, selbst bei größter Anstrengung ihrer Kräfte das ihnen aufgezwungene Maß an Arbeit zu leisten. Dabei wird jede Disposition über die Reichstagsarbeit unnützlich, und am Schlusse der Session fallen die Gesetze haufenweise unter den Tisch. Eine Unmenge Arbeit ist umsonst verrichtet. Die Regierung nimmt indessen auf die Ueberlastung des Reichstags keinerlei Rücksicht, sondern kommt gerade im letzten Augenblicke mit umfangreichen und wichtigen Vorlagen, auf deren unbedingter Erledigung sie noch besteht. Diese Mißstände haben sich in den letzten Jahren zur Un-erträglichkeit gesteigert und sind nicht nur eine Qual für die Abgeordneten, die Reichstagsbeamten und die Pressevertreter geworden, sondern schädigen das ganze politische Leben und die Gesetzgebungsarbeit aufs allererschwerste. Besserung kann eine gründliche Aenderung des Diätengesetzes und der feste Entschluß des Reichstages schaffen, sich künftig Ungezogenheiten seitens der Regierung nicht mehr gefallen zu lassen.

Die bürgerlichen Parteien mußten dieser auch vom Genossen Koch unterstützten Kritik durchaus zustimmen, da die angeführten Tatsachen und Gründe unüberleglich sind. Aber sie besitzen nicht den festen Willen, der nötig wäre, um Besserung zu schaffen. Platonisch befanden sie sich alle Abgeordneten den Wunsch, die Arbeit des Reichstages in künftigen Sessionen vernünftiger einzuteilen und in geordneterem Verfahren durchzuführen.

Aber eben nur platonisch! Die wenig ernst es ihnen mit den guten Absichten ist. Beweis gleich der Verlauf der heutigen Sitzung. Dieselben Parteien, die das verpöhlte Diätengesetz damit entschuldigend hatten, daß es wenigstens die Beschlußfassung des Hauses sichert, mußten bei der ersten Abstimmung des heutigen Tages zusehen, daß das Haus beschlußunfähig war und die Sitzung auslag. Mit der zweiten Sitzung, die sofort angeschloffen wurde, zusammengenommen, hat man damit nahezu 10 Stunden geessen. Wieder waren es die Parteien, welche über die langen Reden geklagt hatten, die durch eine weitschweifige Debatte über die Lage der Zuckerindustrie und der Branntweindrenneret eine ungeheure Zeitverschwendung trieben. Auch ein neuer Vorstoß der Agrarier gegen die Einfuhr von Futtermitteln verzögerte den Abschluß der Staatsberatung. Unsere Genossen Wurm und Wolfenbühler begnügten sich damit, in kurzen Worten auf die Heuchelei der bürgerlichen Parteien hinzuweisen, die selbst die Aufrechterhaltung der hohen Zuckersteuer beschlossen haben, die selbst das private Monopol des Spiritusringes schützen, die erneut den kleinen Bauern und den Fleischkonsumenten belasten wollen, und dabei über all das klagen, was sie selbst angerichtet haben.

In der siebenten Stunde gelangte die zweite Lesung des Etats endlich zu Ende. Die bürgerliche Mehrheit peitschte dann noch das neue Spionagegesetz durch, an dem die Genossen Stadthagen und Cohen eine wohl begründete, aber leider wirkungslose Kritik übten. Die bürgerliche Mehrheit, die sich eben gegen die Regierung stark gemacht hatte, konnte sich nicht enthalten, dem Kriegsminister das Gesetz nach Wunsch zu apporrieren.

Die Tagesordnung vom Montag enthält einige zwanzig Punkte!

Abgeordnetenhaus.

Am Sonnabend erledigte das Abgeordnetenhaus nach unerheblicher Debatte den Gesetzentwurf betr. die Einziehung staatlicher Schiffabgaben durch Gemeinden und Private, in zweiter und dritter Lesung und wandte sich dann zur zweiten Beratung der Sekundärbahnvorlage. Eine längere Debatte entspann sich nur über das Projekt der Fehmarn-Linie, durch die eine neue, besonders schnelle Verbindung zwischen Deutschland und Dänemark hergestellt werden soll. Die Kommission hatte über die dahin gehenden Petitionen Høberg zur Tagesordnung beantragt, aus den Reihen der Nationalliberalen und des Zentrums war dagegen vorgeschlagen worden, diese Petitionen der Regierung als Material zu überweisen. Für diesen Vorschlag sprach sich auch Genosse Haensch aus, der eine gründliche Prüfung der Frage für nötig hielt. Es müsse mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß durch die Fehmarnlinie bedeutende wirtschaftliche Interessen Schleswig-Holsteins und speziell Kiels geschädigt werden. Sollten sich die von vielen befürchteten Schäden herausstellen, dann würden die Sozialdemokraten stets bereit sein, diese durch spätere Kompensationen auszugleichen. Zum Schlusse seiner Ausführungen betonte der Redner, daß wir möglichst enge freundschaftliche Beziehungen mit den nordischen Reichen und vor allem mit dem skandinavischen und kulturell so hochstehenden dänischen Volke wünschen. Schließlich wurde aber der Kommissionsantrag auf Uebergang zur Tagesordnung angenommen.

Die Wahl in Osterburg-Stendal.

Das Resultat dieser Reichstagsersatzwahl weist ähnliche Züge auf, wie eine Reihe anderer Nachwahlen der letzten Zeit. Der Konservative Giesch hat 1221 Stimmen, also um 1709 Stimmen mehr als 1912 erhalten, während der Nationalliberale Wachholtz die Wente mit 7082 um 1589 Stimmen hinter der letzten Wahl zurückgeblieben ist. Unsere Stimmen sanken um 508 auf 6924. Dieser Verlust erklärt sich leicht durch die Tatsache, daß viele unserer Wähler während der günstigen Jahreszeit nicht im Wahlkreis verblieben, sondern außerhalb Arbeit fanden, zum Teil vielleicht auch durch den außerordentlichen Terrorismus, den diesmal die Konservativen ausübten. Dagegen zeigt der Rückgang der Nationalliberalen, daß ein Teil ihrer Wähler sich endlich als das bekennen, was sie sind, und offen reaktionär wählen. Ähnlich wie in Jerichow hat auch diesmal ein Teil der früher Nationalliberalen schon im ersten Wahlgang für die Konservativen gestimmt. Die Haltung der „Magdeburger Zeitung“, die — obwohl nationalliberales Organ — gleich zu Beginn des Wahlkampfes den konservativen wie den nationalliberalen Kandidaten gleicher Sympathie verscherte, bereitete auf diesen Rechtsabmarsch der Nationalliberalen bereits vor.

Der schließliche Ausgang der Wahl hängt zu einem guten Teil von unseren Stimmen ab und Herr Wachholtz de Wente wird als Liberaler wohl bereit sein, die Stichwahlbedingungen von Jena zu akzeptieren.

Der standhafte Zinsfuß.

Das Zentrum schaukelte in der Besoldungsfrage gegen die Reichsregierung zurzeit den unbedingten Volksmann. In dieser Woche gibt ein Zentrumsabgeordneter in der „Volkszeitung“ (Nr. 488) diese soliden Sätze von sich: Für das Zentrum ist die Haltung Har und deutlich

borgezeichnet. Man würde sich dem Hohngelächter aller Zeitgenossen aussetzen, wenn man nachgäbe. Wäre es nicht ein Bild von ungewollter Komik, wenn derselbe stolze Reichstag am 7. Mai mit seinen hochtönenden Kundgebungen acht Tage danach umgefallen wäre? Vor dieser Dismasage will das Zentrum den Reichstag bewahren.

Du lieber Himmel! Das Zentrum will den Reichstag vor „Blamagen“ behüten. Dasselbe Zentrum, das im Falle Jaber „nach hochtönenden Kundgebungen“ elend zusammenbricht, dasselbe Zentrum, das sich eben erst in Sachen der Konkurrenzklausei und der Sonntagsruhe der Regierung beugte! Im Heucheln und in der Demagogie sind die Schwarzen doch unerreicht!

Das geheiligte Eigentum.

Die preussischen Behörden haben das in der Provinz Posen belegene, einem Polen gehörige zirka 6800 Morgen große Rittergut Bolechowo enteignet, weil es angeblich für Militärzwecke gebraucht wird. Die Enteignung erfolgte ohne Vorwissen des zurzeit auf Reisen befindlichen Besitzers.

Schöppenstedter Streiche.

In dem durch seine Schülhbürgerstreiche zur Verühmtheit gelangten Schöppenstedt führt der Bürgermeister einen heftigen Kampf gegen die Jugendbewegung. Ein Parteigenosse veranstaltet dort Spiele für die Jugend und alle Versuche des Bürgermeisters, die Jugend von diesen Spielen fernzuhalten, sind bis jetzt erfolglos geblieben. Der Bürgermeister griff deshalb zu einem anderen Mittel: Auf Grund des § 11 des Statuts der Danneberg-Portbildungsschule verhängte er gegen einen Lehrling wegen Teilnahme an diesen Spielen 3 M. Geldstrafe event. einen Tag Haft! Der angelegene Paragraph lautet: „Sie (die Schüler) dürfen sich an Veranstaltungen und Vereinigungen nicht beteiligen, die staatsfeindlichen Bestrebungen Vorschub leisten.“

Das Haus des Spielleiters, Genosse Jürgens, wird von Spitzeln bewacht, die die ihn besuchenden Lehrlinge denunzieren sollen. Trotzdem wird Genosse Jürgens mehr wie zuvor von den jungen Leuten besucht. Gegen die Strafmandate wird selbstverständlich gerichtlicher Entschluß beantragt werden. Die Schöppenstedter Jungen haben jedenfalls gezeigt, daß sie besser sind wie der Ruf Schöppenstedts.

Ein militärisches Schreckensurteil.

Ist vom Kriegsgericht der 2. Division in Jasterburg gefällt worden. Am 18. April dieses Jahres waren in der Stadt Rastenburg die Grenadiere Gronau, Schäding, Fiedler, Brandenburg und Eisenhardt über Japanstreich ausgeblieben. Auf der Straße trafen sie den Unteroffizier Braun; Fiedler und Schäding wollten entweichen. Der Unteroffizier ging ihnen aber nach und wollte Fiedler festnehmen. Dieser erhob die Hände gegen den Vorgesetzten und Schäding schlug den Unteroffizier in die Hüften. Als Gronau hinzukam und den Unteroffizier stieß, zog dieser sein Seitengewehr und versetzte damit dem Gronau zwei Stiche, der darauf versuchte, dem Unteroffizier die Waffe zu entwenden. Dabei kratzte er ihn am Hals. Schließlich wurden alle fünf abgeführt.

Gronau erhielt vom Kriegsgericht zwei Jahre und neun Monate, Schäding zwei Jahre und einen Monat, Fiedler hier Monate Gefängnis, Brandenburg und Eisenhardt bekamen je fünfzehn Tage strengen Arrest.

Mit über fünf Jahren Gefängnis ist also dieser Leichtsinns der Soldaten bestraft worden.

Eine Missionskonferenz über Eingeborenenbehandlung.

Auf der Allgemeinen Hannoverischen Missionskonferenz, die am 18. d. M. in Hannover abgehalten wurde, hat u. a. Geh. Konsistorialrat Prof. D. Wirth, Göttingen, der auf einer ungefähr hunderttägigen Reise die evangelischen Missionsgebiete in Süd-, Südwest- und Deutsch-Ostafrika studierte und hierbei — trotz des größtenteils festlichen Charakters der Reise — Gelegenheit zu Beobachtungen gehabt zu haben scheint, über seine Eindrücke in Südwest auch interessante Mitteilungen über die dortige eingeborene Bevölkerung gemacht. Sehr ungünstig beeinflusst wurde die kritische Missionsarbeit durch die von der Regierung geschaffene Unfreiheit der Eingeborenen, die nicht nur längst aufgehört hätten, Wälder zu sein, sondern auch der Möglichkeit beraubt wären, sich selbständige wirtschaftliche Existenzen gründen zu können. In allen seinen Schritten und Unternehmungen sehe sich der Eingeborene — mit der Peinlichkeit am Hals — gelähmt und gehindert. Professor D. Wirth führte auch aus, daß die gesunden Verhältnisse der Eingeborenen wenig befriedigen und in dieser Beziehung von der Regierung viel mehr geleistet werden müßte.

Im Verlauf der Tagung äußerte sich noch Großkaufmann Victor aus Bremen, der sich das Thema „Mission und Handel“ gestellt hatte und dem als Teilhaber einer großen Bremer Exportfirma, der seit 1884 in diesen ausgedehnten Reichen Land und Leute in unseren Kolonien kennen zu lernen Gelegenheit hatte, nicht eine gewisse Sachkenntnis abzurufen sein dürfte. Dieser Redner, der im allgemeinen eine sehr optimistische Auffassung befaßte, die freilich in der Hauptsache in den ausnahmsweise vorzüglichen Verhältnissen unserer „Mutterkolonie“ Togo wurzelte, konstatierte, daß die bisherige gute Entwicklung nur dadurch möglich wurde, daß die Regier mit handelten. Die Erschlungen von dem „faulen Regier“ seien im allgemeinen leerer Gefasch, und wer ehlich sein wolle, müsse zugeben, daß die enorm gesteigerte Ausfuhr in Landesprodukten schließlich auf nichts anderes zurückgeführt werden könne als auf die gesteigerte Einzelsarbeit der freien Regier. Eine heftige Kritik übte der Redner an bestimmten Maßnahmen unserer Kolonialregierung, welche die zangsweise Erhaltung der Regier zur Plantagenarbeit bezweckten und die er als „unwürdig und einseitig“ charakterisierte. Wenn verschiedene Plantagenbesitzer durch Arbeitermangel litten, könne ruhig meistens angenommen werden, daß sie ihren Verantwortungen gegen ihre Regier nicht nachkommen, und die Regierung hätte die Pflicht, diese Herren nachdrücklich an ihre Pflichten zu erinnern. Dem gegenwärtigen Reichstage könne man für die Aufhebung dieser Mißstände nur 7 über sein.

Der mexikanische Konflikt.

Guerras Truppen meutern.

London, 16. Mai. „Daily Telegraph“ meldet aus New York vom 15. Mai: Nach Berichten aus Veracruz haben Guerras Truppen am Donnerstag gemeutert. Offiziere erschossen, die sich weigerten mitzumachen, und sind abgezogen, um zu Zapata überzugehen. Man nimmt an daß die meuternden Truppen Aunales oder andere Irreguläre sind. — Berichte aus derselben Quelle sagen, daß Guerra sich in wachsender Gefahr befinde, ermordet zu werden, und daß jeden Augenblick Anarchie in der Hauptstadt ausbrechen kann.

Zapata vor Mexiko.

London, 16. Mai. „Daily Chronicle“ meldet aus Washington vom 15. Mai, daß nach einem Bericht aus Veracruz Zapata mit 5000 Mann bei Toluca, 10 Meilen südlich von Mexiko, stehen soll.

Frankreich.

Die nationalistischen Verschwörer.

Paris, 16. Mai. Inlänglich eines vom reaktionären „Canis“ an den Präsidenten der Republik gerichteten offenen Briefes schreibt Laurès in der „Humanité“: Damit das Dreijahresgesetz um jeden Preis aufrecht erhalten, damit es für ewig und unantastbar erklärt werde, will Präsident Poincaré den Geist der Verschwörung verleben, mit man, falls es notwendig sein sollte, sogar den Jaren zu Hilfe rufen und solche Pläne wagen, die rückwärtliche Blätter im Namen des Vaterlandes vorbringen. Man kann schwer glauben, daß der Präsident einen für das Land und für ihn selbst so gefährlichen Weg betreten werde. Selbst die rückwärtlichen Verschwörer können dies nicht hoffen. Aber sie glauben, daß sie den Präsidenten Poincaré, der den Angriffen einer gewissen Presse und den Drohungen einer gewissen Partei gegenüber sehr empfindlich ist, einschüchtern können. Die Verschwörer setzen sich, daß der Präsident, wenn er auch nicht wagen werde, eine Art Gewaltstreich zu versuchen und einen aus Brantibus, den Gemäßigten und den Konservativen bestehenden Regierungsrat herzustellen, zum mindesten sich bemühen werde, durch zweideutige Kombinationen den von der Wählerschaft bekundeten gesetzlichen Willen zu schwächen. Es handelt sich bei den Verschwörern vor allen Dingen darum, die Wehrheit zu verhindern, daß sie sich in der Steuer- und Militärfrage deutlich und unmissverständlich für die christliche und kraftvolle Durchführung des Programms von Pau aussprechen. Aber welche Form werden die Ränke annehmen, in welche die Rückwärtlichen das Elche hineinzuzerren suchen, und wie wird sich zu diesen Ränken ergeben?

Belgien.

Das Schulgesetz angenommen.

Der belgische Senat hat das Schulgesetz, um welches sich in der Kammer sowohl wie im Senate die heftigsten Kämpfe abgepielt haben, angenommen. Die gesamte Linke — die Liberalen und sozialistischen Abgeordneten — verließen vor der Abstimmung den Sitzungssaal, so daß das Gesetz allein mit den Stimmen der Konservativen zur Annahme gelangte. Im Namen der Liberalen Binken verlas der Senator Herzog eine Erklärung, die besagt, daß dieses Schulgesetz gegen die Grundlagen der belgischen Verfassung verstöße, indem es die Gewissensfreiheit bedrohe. Das Gesetz bedrohe weiter die öffentlichen Schulen durch die Privilegien, welche es den Klosterkassen gewähre. Es schädige die intellektuelle Kultur der Nation und begünstige den Haß und die Trennung schon unter den Schulkindern, bedrohe den öffentlichen Frieden und die nationale Einheit und trage dazu bei, daß eine Partei die anderen Parteien des Landes unterdrücken und verächtlich machen könne.

Der Senator Genosse Coppiniers verlas die Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion des Senats, in der es heißt:

„Durch dieses Schulgesetz wird die moralische Erziehung der Kinder ausschließlich durch den religiösen Unterricht ersetzt, ja, es ist sogar durch das Gesetz gestattet, alle anderen Ansichten als die der Kongregationalisten in der Schule vor den Kindern zu beschimpfen und zu verleumden. Das Schulgesetz trägt den Stempel fanatischer Kastengeistes. Aber wir rufen alle Städte und alle demokratischen Gemeinden auf zum Widerstand gegen dieses Gesetz des Fanatismus und des Krieges.“ Die Erklärung schloß mit einer Ankündigung des Kampfes bis aufs äußerste.

Der König hat nun die letzte Entscheidung. Die Entscheidung dürfte nicht zweifelhaft sein. Indem er den Führer der Konservativen Boeke vor einigen Tagen zum Grafen machte, hatte er gewissermaßen seine Entscheidung schon vorweg getroffen.

China.

Der „Weiße Wolf“.

Peking, 16. Mai. Telegramme aus Lanchowfu in der Provinz Kansu besagen, daß der Weiße Wolf am 4. d. M. Tschingtschou plünderte, wobei viele Personen getötet und verwundet wurden. Ähnlichen Nachrichten zufolge plünderte der Weiße Wolf darauf noch Tsinan und wurde dann am 13. d. M. unter großen Verlusten bei Tchinghui geschlagen.

Letzte Nachrichten.

Der Fall Caillaux.

Paris, 16. Mai. Der Staatsanwalt hat die Akten in Sachen der Frau Caillaux geprüft und fordert nun die Verweisung der Angeklagten vor das Schwurgericht unter der Beschuldigung des beabsichtigten und vorläufigen Totschlages (meurtre volontaire avec premeditation). Maître Labori wird Frau Caillaux verteidigen.

Ein Spion verhaftet.

Grauberg, 16. Mai. Hier wurde ein 23jähriger früherer Küdergelle wegen Spionage festgenommen. Er war angeblich im Besitz eines von einem ausländischen Generalstabsoffizier gezeichneten Krosch, in das er Entfernungen eintragen sollte; auch war ihm von der betreffenden Regierung ein Paß mit einem falschen Namen ausgestellt worden. Er wurde von der Staatsanwaltschaft in Thon wegen schwerer Diebstahls verfolgt und nur seinerzeit über die Grenze geschleppt.

Schiffbrüche durch Debninen überfallen.

Zabrus, 16. Mai. Der Dampfer „Solferino“ ist in der Nacht vom 14. zum 15. dieses Monats zwischen Bardia und Raselmilhe nahe bei der Küste, aufgelaufen. In der Frühe des 15. gaben Debninen, während sich ein Teil der Besatzung und der Passagiere auf Rettungsbooten einschiffte, mehrere Gewehrschüsse ab, durch die ein Heizer und ein Matrose getötet, ein Maschinist und zwei Passagiere verwundet wurden. Die übrigen gelangten unversehrt nach Zabrus. Mehrere Schiffe haben sich an Ort und Stelle begeben, um die an Bord des „Solferino“ gebliebenen Personen zu bergen. Das Befinden der Verwundeten ist zufriedenstellend.

Großfeuer in einem Baumwollspeicher.

Solweiss, 16. Mai. Das Lagerhaus der Merchants Planters Compreh Company ist heute durch Feuer zerstört worden. Tausend Baumwollballen wurden hart beschädigt.

Persil



In's Riesenhafte

wächst von Tag zu Tag der Gebrauch von Persil.

Das selbsttätige Waschmittel

für jede Art von Wäsche.

Persil wäscht, bleicht
und
desinfiziert

gleichzeitig, ist garantiert unschädlich, einfach in der Anwendung
und ermöglicht

müheloses, schnelles und billiges Waschen.

 Nehmen Sie keinen weiteren Zusatz von Seife, Seifenpulver etc., Sie beeinträchtigen dadurch nur die Wirkung von Persil und verteuern unnütz dessen Gebrauch. 

Ueberzeugen Sie sich durch einen Versuch. Es lohnt!

HENKEL & Co., DÜSSELDORF.

Alleinige Fabrikanten auch der allbeliebten

Überall erhältlich.
Niemals lose.

Nur in
Original Paketen.

Henkel's Bleich-Soda.

Gewerkschaftliches.

Ein liberaler Gewerkschaftspolitiker.

Zu den Paradesfiguren linksliberaler Angestelltenpolitik gehört seit Jahren der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Heinz Potthoff. Ebenso wie Raumann und Fleisch dient er der fortschrittlichen Volkspartei gelegentlich als soziales Feigenblatt. Wenn die liberalen Arbeiter und Angestellten ihren begreiflichen Unmut über die unsoziale Politik ihrer Partei allzu heftig äußern, lautet der letzte und überzeugendste Einwand der Kleinen wie der großen Agitatoren immer: ... und dann haben wir auch noch Dr. Potthoff! Das zieht allemal, denn in diesen Kreisen, wo die bescheidenste Sympathie mit der sozialen Reform schon einen hohen Seltenheitswert repräsentiert, gilt jeder Mensch, der sich gewissermaßen berufsmäßig mit Sozialpolitik beschäftigt, als ein Mirakel, dem unbedingt Verehrung gebührt. Darüber hinaus genießt Dr. Potthoff noch den besonderen Ruhm, „der“ Angestelltenpolitiker zu sein.

Die gewerkschaftlichen Angestelltenverbände denken hierüber jedoch völlig anders. Sie erkennen in Dr. Potthoff vor allem den unverbeßerlichen Optimisten, der trotz verstandesmäßig richtiger Erkenntnis unserer sozialen Not alle zukünftige Entwicklung durch eine rosenfarbene Brille sieht und es deshalb niemals fertig bringt, die notwendigen praktischen Konsequenzen aus seinen theoretischen Folgerungen zu ziehen. Er bejaht aus voller Überzeugung den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit; aber nach der Art des Ueberführten Sombart verabsieht er die Auseinandersetzung der Interessenten durch Kampf. Er anerkennt das gewerkschaftliche Organisationsprinzip und ist doch peinlich berührt, wenn die Angestellten davon Gebrauch machen. Er ist im Prinzip für einseitiges Recht und einseitige Versicherung; aber wenn die entscheidende Stunde kommt, hält er den Propagandisten der Absonderung und der Zerspaltung die Steigbügel.

Durch all dies hat Potthoff sich bei den Vertretern der radikalen Angestelltenbewegung beinahe um jeden Kredit gebracht und es war deshalb ziemlich auffällig, daß der sonst doch gut gewerkschaftliche Bund der technisch-industriellen Beamten gelegentlich seines zehnjährigen Bestehens gerade diesen ewig schwankenden Politiker mit der Dekoration der Jubiläumsausgabe seiner Zeitung betraut hat. Der Dank dafür ist ihm gestern durch das „Berliner Tageblatt“ abgestattet worden, indem Dr. Potthoff das zwanzigjährige Bestehen des alten reaktionären Bankbeamtenvereins zum Anlaß nimmt, um die von dem Bund (und dem nach gleichen Prinzipien arbeitenden „Allgemeinen Verband der Bankbeamten“) vertretene gewerkschaftliche Taktik gründlichst herabzusetzen und überhaupt das radikale Organisationsprinzip als verfehlt hinzustellen.

Dabei kommt es ihm auf eine Handvoll Ungenauigkeiten und auf eine grundsätzliche Schiefheit der Darstellung nicht an. Beim Vergleich der Mitgliederzahl z. B. rechnet er dem Technikerverband mehrere Tausend studierende Mitglieder an, dem Bund aber nicht, und wenn er meint, daß der alte Technikerverband, den der Bund in seinem überquellenden Kraftgefühl in zwei Jahren habe erledigen wollen, heute noch lebt, so ist das eine offensbare Unrichtigkeit. Denn dieser alte, von Potthoff selbst als „Harmonieverband“ qualifizierte Technikerverband ist tatsächlich seit einigen Jahren „erledigt“. Zu dieser Beziehung hat der Bund seine geschicht-

liche Mission glänzend erfüllt, und wenn es dem Allgemeinen Verband der Bankbeamten gelänge, die Bankbeamtenbewegung auch nur in annähernd solchem Maße umzuformen, so wäre unseres Erachtens damit den gesamten Privatangestellten ein ungleich größerer Dienst erwiesen als durch hundert jener kleinen „Erfolge“, als welche Dr. Potthoff jeden Fortschritt in den Arbeiterverhältnissen des Bankgewerbes für den alten Fürstenberg-Verein reklamieren möchte. Um das Wirken der gewerkschaftlichen Verbände in möglichst ungünstigem Lichte erscheinen zu lassen, schließt er bei dem alten Bankbeamtenverein das ganze erste Jahrzehnt seiner Entwicklung (in dem er es allerdings auch nur auf 4000 Mitglieder gebracht hat) einfach beiseite, während er bei dem neuen Verband nach kaum zweijährigem Bestehen schon die Erfolglosigkeit seines Strebens feststellen möchte. Dabei nimmt er selbst an, daß der neue Verband jetzt bereits annähernd so viele Mitglieder zählt wie der alte nach 10jährigem Bestehen!

Wenn Potthoff einen ehrlichen Vergleich aufmachen wollte, hätte er den 25 000 Mitgliedern, die der Fürstenberg-Verein in zwanzig Jahren und ohne Konkurrenz erworben hat, die 24 000 gegenüberstellen müssen, die der Bund der technisch-industriellen Beamten in zehn Jahren, also in der halben Zeit und gegen zwei Konkurrenzverbände gesammelt hat! Und selbst das wäre noch eine unvollkommene Gegenüberstellung, denn — und hier liegt der größte Denkfehler Potthoffs — jedes überzeugte kampfbereite Mitglied einer gewerkschaftlichen Organisation hat für den sozialen Fortschritt im ganzen einen zehnfach höheren Wert als das richtungslose und kapitalfromme Mitglied eines Harmonieverbandes. Wer die Arbeit der Berufsvereine nur an äußerlichen Tageserfolgen messen will und nicht die gewaltigen auftrüttelnden und erzieherischen Wirkungen der radikalen Organisationen allen anderen Leistungen voranstellt, beweist damit höchstens, daß er zum Urteil nicht befähigt ist.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Schleifer! Bei der Firma Karl Lindström A.-G. Spreichmaschinenfabrik, Große Frankfurter Str. 137, haben die Schleifer wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. Arbeitsangebote der Firma sind zurückzuweisen. Deutscher Metallarbeiterverband. Verwaltungsstelle Berlin.

Die Käufer von Goldacker unter polizeilichem Schutz!

Der Streit in den beiden Berliner Großbäckereien Goldacker, Brunnenstr. 129/130, sowie Weidner (Firma Gante u. Co.) gibt auch der Polizei Gelegenheit, ihren Eifer im Dienst des Profits zu betätigen.

Vor allen Geschäften Goldackers sieht man die bekannten Gestalten von Alexanderplatz. Wenn die Herren an einem Tage etwas zurückhaltend sind, so sind sie sicher den anderen Tag um so eifriger. Die uniformierten Beamten scheinen zurückgezogen und durch nichtuniformierte ersetzt zu sein. Eifrig wird besonders auf die Zettelverteiler geachtet, die eventuell noch immer in der Nähe der Geschäfte stehen könnten. Fast täglich sieht man das Privatautomobil Goldackers vor dem Polizeipräsidium, und zwar an der Seite der Brunnenstraße, halten. Meist ist dann am folgenden Tage ein viel regerer Eifer der Polizeiochse zu bemerken. Wie sich das laufende Publikum mit diesem Polizeischutz abfindet, ist schätzlich jedes Sache. Interessant aber ist der Eifer der Polizei.

Recht unangenehme Erfahrungen macht Goldacker anscheinend auch mit seinen Arbeitwilligen! Es wird erzählt, daß dieselben

in einer Nacht für 600 M. Schaden angerichtet haben. Darum auch die Sehnsucht der Antreiber, ihre alten Leute wieder zu haben. Die Streikenden sind selbstverständlich sofort zum Frieden bereit; aber nur, wenn ihre Forderungen anerkannt werden, wenn die Schließungszüchterei, die Lohnbrüdererei und Verlängerung der Arbeitszeit aufhört. Sonst wird der Kampf mit ungeschwächten Kräften fortgeführt.

Achtung! Gastwirtsgehilfen! Nachfolgende Lokale sind für Organisierte gesperrt: Hauptrestaurant „Tierhaus 3“ (Inhaber Kamm La), Stehbiertalle am „Paradiesgarten“ (Inhaber Sanyberg), in Treptow, Lokal von Göy, Friedrichstraße 207, Restaurant „Zum Zelterhaus“ (Inhaber Pötte), Neue Schönhauser Straße 4/5, in Berlin.

Die Inhaber dieser Lokale lehnen jede Vereinbarung mit der Organisation ab.

Verband der Gastwirtsgehilfen. Berlin I.

Achtung, Musiker! Das Lokal „Mastaniemwäldchen“, Inhaber Wallischmieder, Gesundbrunnen, ist für Musiker gesperrt.

Deutsches Reich.

Der Fabrikarbeiterverband im Jahre 1913.

Auch dieser Verband ist von den Folgen der Krise nicht verschont geblieben. Doch haben sich im Berichtsjahre gegenüber dem Jahre 1912 die Mitgliederzahl und die Finanzen nicht wesentlich verändert. Am Schluß des Jahres 1913 zählte der Verband 151 233 (im Jahre 1912: 151 273) männliche und 26 031 (26 524) weibliche, zusammen 177 364 (177 797) Mitglieder. Die Mitgliederzahl war also am Jahresabschluß nur um 213 niedriger als 1912. Im Krisenjahre 1908 hatte der Verband einen Verlust von über 3000 Mitgliedern, infolgedessen hat er also das Krisenjahr 1913 besser überstanden.

Die Einnahmen der Hauptzweige inklusive Kassenbestand belaufen sich auf 7 685 762 M. Davon sind Reineinnahmen 4 534 784 M. Den Einnahmen stehen 3 825 239 M. Ausgaben gegenüber. Davon entfallen auf Erwerbslosenunterstützung 1 532 268 M., auf Streik- und Gemahrgeldunterstützung 857 052 M. Die Gesamtausgaben für Unterstufungen betragen 2 515 019 M. Der Kassenbestand der Hauptzweige war am Ende des vierten Quartals 3 860 523 M. Die Vorkassen hatten einen Bestand von 1 025 295 M., so daß das Verbandsvermögen am Jahresabschluß 4 885 818 M. betrug.

Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen hatte der Verband 622 zu verzeichnen, an denen 851 Betriebe mit 56 543 Personen beteiligt waren. 499 Bewegungen, das sind fast 80 Proz., konnten ohne ArbeitsEinstellung erledigt werden. Angriffstreiks waren 75, Abwehrstreiks 27 und Ausperrungen 21 zu verzeichnen. Von den Bewegungen überhaupt konnten 568 oder 91,23 Proz. mit Erfolg beendet werden. Bei den Lohnbewegungen ohne ArbeitsEinstellung wurde erreicht: für 8442 Beteiligte eine Arbeitszeitverlängerung von 19 943 Stunden pro Woche und für 36 167 Beteiligte eine wöchentliche Lohnerhöhung von 55 400 M., Einschließlich der Erfolge bei Streiks und Ausperrungen beträgt der errungene Vorteil: für 9382 Beteiligte eine Arbeitszeitverlängerung von 22 009 Stunden und für 39 570 Beteiligte eine Lohnerhöhung von 60 607 M., wöchentlich. 51 Lohnbewegungen verliefen erfolglos, drei waren am Jahresabschluß noch nicht beendet. Außer den angeführten Erfolgen wurden für 465 Beteiligte Lohnausgleichungen in Höhe von 1271 M. die Woche abgewehrt. Die Kosten für alle Lohnbewegungen betragen für Haupt- und Lokalfassen zusammen 842 719 M. Die Zahl der abgeschlossenen Tarifverträge hat sich für das Berichtsjahr erhöht. Am 31. Dezember 1913 waren vorhanden: 463 Tarifverträge; diese ergaben 789 Betriebe mit 42 009 Beschäftigten.

Der Fabrikarbeiterverband kann mit seinen Erfolgen für das Jahr 1913 zufrieden sein. Die Ertragsverhältnisse sind gerade mit Rücksicht auf die Krise um so höher zu bewerten. Im 1. Quartal 1914 ist der Verband auch mit seiner Mitgliederzahl im gewohnten Tempo vorwärts gekommen.

Ein Streit der Drahtzieher ist auf dem Eisen- und Stahlwerk Dösch in Dortmund ausgebrochen. 90 Mann sind am Donnerstag ausständig geworden. Die Ursache liegt in Lohnminderungen,

Kleines Feuilleton.

Ephären-Musikalisches. Während der Kultusdebatte im Runder der badischen Volkskammer tat sich der Minister für das musikalische Unterrichtsweien viel zugute auf seine Förderung des Gesanges durch dessen Schutz gegen die gemeingefährlichen Lieber der Sozialdemokratie. Böhm ist der musikalisch klingende Name des neuen Herrn, der dem Sprichworte nicht allgemein beipflichtet: wo man singt, da lag dich ruhig nieder; böse Menschen haben keine Lieber.

Um die Sozialdemokratie ihrer beruflichen Befähigungstüchtiger zu berauben, verbot Kultus- und Unterrichtsminister Dr. Böhm den Volksschullehrern, denen es der frühere Minister aus Gründen der Sozialistenbekämpfung gestattet hatte, das Dirigieren der Gesangsvereine freier Arbeiterkreise. Das kam den roten Arbeitern im badischen Lande ganz böhmisch vor. So soll nun künftig der Arbeiterlänger zur Ausbildung seiner Stimmblätter in die Schule gehen?

Die erste Antwort auf diese Frage erteilte ein Herr, der in Baden seine Herde weidet. Am letzten Montag verweilte der Erzbischof Dr. Körber von Freiburg in der internationalen Wälderstadt Baden-Baden, wo ihm vom katholischen Kirchengesangsverein ein Ständchen im Pfarrhause dargebracht wurde. Der Erzbischof erstreute die zäffilianischen Sänger mit einer Dankrede. Nach dem Zentrumsblatt „Badische Volksztg.“ vom 13. Mai sagte der Erzbischof zu dem Sängerkhor: „Es sei eigentlich selbstverständlich, daß jedermann, der eine schöne Stimme besitzt, dieselbe für die Ehre Gottes in der Kirche zur Verfügung stellt, nicht so selbstverständlich und darum großer Anerkennung wert sei der unausgesetzte Besuch der Proben. Sicherlich aber werde ein treuer und braver Kirchenlänger im Himmel für sein irdisches Singen einen besonderen Lohn erhalten. Ueberall in der hl. Schrift, wo vom Himmel die Rede sei, geschähe auch des Gesanges Erwähnung. Die vielen christlichen Sänger werden nach ihrem Tode in den Himmel mit den Gesängen der Engel sich vereinigen. Die vielen Dirigenten aber, deren in der hl. Schrift keine besondere Erwähnung geschehe, dürften wohl dann einem Erzengel die Leitung ihrer Chöre anvertrauen.“ So, Erzengelns erteilte hierauf den Anwesenden den hochpriesterlichen Segen.

Ist diese Auffassung richtig, so verlieren die Dirigenten der Kirchenchöre im Himmel ihre Beschäftigung. Die Leiter der roten Arbeitervereine haben aber keine Konkurrenz der Erzengel zu befürchten.

Der Epilog auf Köllin. Ein Regierungspräsidium erläßt zurzeit an die ihm nachgeordneten Behörden folgendes dienstliche Rundschreiben:

... es ist eine strenge zweifelsfreie Nachprüfung der Personalakten, insbesondere der Schul- und Dienstzeugnisse, Berechtigungscheine, Qualifikationsurkunden usw. aller in den letzten zehn Jahren dort eingetretenen Beamten sämtlicher Dienstgrade vorzunehmen und darüber in kürzester Frist Bericht zu erstatten. Vornehmlich ist streng gegen solche jüngere Beamte in dieser Hinsicht vorzugehen, die sich durch besondere Befähigung, Intelligenz, Begabung, Reorganisationsbestrebungen und Reformideen in auffälliger Weise bemerkbar machen — — — usw.

Demnach scheint eine besonders auffällige Begabung und eine hervorragende Intelligenz von vornherein als erschwerendes Ver-

hältnismoment zu gelten. Was den höchst sonderbaren, in Preußen-Deutschland allerdings manchmal verständlichen Mißbrauch zulegt, daß je älter und je häufiger jemand belaudigt, geprüft und ordnungsgemäß abgefeimelt ist, um so weniger Intelligenz, besondere Befähigung und Reformideen bei ihm zu erwarten sind.

Das Gnu-Kabarett. Die literarische Gruppe, die sich vor drei Jahren mit dem Namen des bußigen Wiederläufers Gnu bezerte, hat am Donnerstag im Reiteraal ihren „einzigsten Sommerabend“ gegeben, auf dem Heinrich Mann (durch Rik Langer), Walter Hasenclever, Max Herrmann-Neffe, Franz Schalken, Franz Jung und Kurt Hiller zu Worte kamen. Die meisten dieser jungen Talente leiden an einer allzu engen persönlichen Umgrenzung. Sie über-treiben den künstlerischen Egoismus bis ins Abgeschmackte. Sie vertiefern sich so gänzlich in die eigene, meist doch nicht gerade weltent-tauselte Seele, daß sie die ganze große, weite und hunte Welt um sich herum nur noch wie in einem kleinen Jerrspiegel sehen. Sie wollen alle dummen Vorurteile boshaft umstürzen, aber ihre protestlerischen Pfeile können höchstens die Tafeln in ihrem Stammescafé zertrümmern; sie suchen den Sinn des Lebens durch nervöse Stimmungen zu errgründen, ohne die tiefen Glückseligkeiten und die kolossalen Verbrennen dieses Lebens rücksichtslos zu durchdenken. So immer sich ein junges Talent aus den geistreichenden persönlichen Anklagen heraus zu einer Kultur-freistil erhebt (wie das etwa dem jungen Mann mit dem merk-würdigen Pseudonym „Klabund“ in seinem soeben bei E. Reich, Berlin, erschienenen Bändchen von Grottesken, betitelt „Klabunds Korussel“ gelingt), da strömt Anschauung und Wig reicher und kräftiger als in den zigarettenräucherigen Jigeunerakten eines Kurt Hiller.

Gna. Wir sind keine Freunde der Etitte, die aus den Anfangsbuch-staben von drei, vier Worten ein neues Wort bilden, um damit eine Ausstellung, ein Industrieprodukt oder etwas anderes zu bezeichnen. Die wenigen Fälle, in denen sich in der Tat ein Wort von musika-lischen Reiz ergab, werden durch einen Quitt von Anfang aufgewogen. Ohne Rücksicht auf die Gesetze der Sprache, ohne Rücksicht auf das deutsche Ohr und die deutsche Zunge wurden die Anfangsbuchstaben zu scheußlichen Klumpen zusammengeballt und mit riesengroßen Leitern wurde die sprachliche Schande in die Welt hinausgeschrien. Der ursprüngliche Sinn der Sache (der Genuin eines einprä-genden Wortes) ging vollständig verloren und ein eben so dummes wie schlechter Brauch blieb zurück.

Witunter aber kann selbst dieser Brauch so lustig wirken, daß man seine Entstehung begreift. Neizender hat der Zufall nie ge-schert, als da er aus den Anfangsbuchstaben der „Ersten Varieté-Ausstellung“ die lodende Parole „Gva“ formte. Ist es nicht, als ob plötzlich von allen Seiten hunte Wimpel wehten? Als schiene die Sonne mit einem frühlichen Wachen auf die Ausstellung her-nieder? Als würde der ganze Alltag von einem holden Tag der Rosen und der Freude abgelöst? Als würde die strenge männliche Arbeit dem heiteren Schmutz des Namens „Gva“? Das Varieté wird immer mit der paradiesischen Gva im Bunde sein und darum macht es sich so hüßlich, daß sie so völlig ungerufen und unerwartet aus drei toten Wörtern als Schutzpatronin emporsiege. Wenn es sich um Varieté handelt, kann nicht einmal eine Konferenz von nächsternen Kapitalisten einen ernsthaften geschäftlichen Namen er-finden, ohne daß die holde Gva lächelnd unter sie tritt.

„Erste Varieté-Ausstellung.“ Kann man überhaupt profaischer sein? Der geschäftlichen Prosa aber entsteigt plötzlich die Kufe selber und lächelt heiter in die Welt.

Oder ist unter meinen Lesern jemand, der dem Varieté als

einem allzu lockeren Vergnügen gram ist? Seien wir ihm ruhig gram, wenn es nicht anders sein kann, und halten wir seine Breitelkünste für einen leichtsinnigen Sündenfall der Kunst. Wie sollten wir dann diesen Sündenfall mit Namen nennen? Wie müßte sein strahlendes Symbol und wie seine lodende Verführungs-heigen? Gva! Gva!

Humor und Satire.

Das teutische Wanderlied.

Das Wandern ist des „Vogels“ Lust,
Das Wandern!
Doch muß das Wandern „böllisch“ sein,
Total borniert und rasserin,
Sonst geh' ich in den Bund nicht 'nein
Zum Wandern!

Wir gröhlen festlich „Juden raus!“
Weim Wandern!
Hat wo ein Jüngling schwarzes Haar,
So liegt für uns der Fall schon klar:
Er ist 'ne böllische Gefahr
Weim Wandern!

Wie blinkt der Wald! Wie blitzt der See
Weim Wandern!
Die Sonne streit ihr Gold umher —
Doch tat' sie das gewiß nicht mehr,
Wenn man! und wer mosaisch war
Weim Wandern!

Drum bleibt das Wandern unsre Lust,
Das Wandern!
Doch wer mit will, muß alldeutsch schrei'n:
Wir wolk'n borniert und rasserin
Idiotisch patriotisch sein
Weim Wa-an-dern!

Notizen.

— Kreuziget ihn! Das Reichsgericht befährt dem „Gan“-Hauptling Alfred Kerr die Wiederholung seines Sittlichkeits-prozesses in Sachen Klabund. Es hat das freisprechende Urteil aufgehoben, und die Sache an das Landgericht Berlin II zurückverwiesen. Nicht Kerrs Urteil allein entscheide, auch die Wirkung auf den Leser sei von Belang. Kerr soll sein Eintreten für den jungen Dichter Klabund durchaus am Kreuz bereuen.

— Musikronik. Der Gesangsverein Kreuzberger Harmonie veranstaltet Mittwoch, den 20. Mai, abends 8 Uhr, in der Brancieri-Friedrichshain ein Lokal- und Sinfonie-Konzert unter Mitwirkung des Blüthner-Orchesters. Beethovens Sinfonie I in C-dur wird aufgeführt. Einlohnkarte 30 Pf.

— Ein neues Lustspiel von Karl Sternheim, ein Dreiafter, ist betitelt „Die Kadel“. Sternheim hat es gemeinsam mit Ernst Kamnitzer verfaßt.

— Ein botanischer Garten aus der Urzeit. Ein amerikanischer Paläontologe will im Süden des Staates Tennessee ein reichhaltiges Lager fossiler Blumen entdeckt haben. Es sind, so heißt es, über zweihunderttausend Arten, so daß man geradezu von einem botanischen Garten sprechen kann. Eine unbekannt, zudem wunderbar erhaltene Pflanze soll eine gewisse Ähnlichkeit mit den Rimosen haben.

durch die das Werk, das seine Drahtverfeinerungsanlagen riesig ausgedehnt hat, offenbar seine Konkurrenzfähigkeit auf dem heizungsmitteln Markt befestigen will. Den Arbeitern soll also die schlechte Konjunktur aufgebürdet werden. Die Arbeiter ließen sich die Lohnreduzierungen, die sich auf 25 bis 60 M. beliefen, nicht gefallen. Verhandlungen waren erfolglos. Die Firma kündigte beim Austritt der Drahtzieher weiteren 185 Arbeitern, die im Drahtwalzwerk beschäftigt sind. Die Drahtzieher sind sämtlich organisiert.

Friede auf „Hofenbach“.

Der Streik auf der Grube „Hofenbach“ ist beigelegt. Der Arbeiterausschuß hat beschlossen, die Arbeit am 18. d. Mts. wieder aufnehmen zu lassen. Es sind Vereinbarungen getroffen, die sechs zurückbehaltene Schichtlöhne bei der nächsten Löhnung ausbezahlen für alle diejenigen Vergleute, die bis zum 8. Juni eingefahren sind. 21 Vergleute, denen zuerst wegen Streikflagration gekündigt war, bleiben ausgeschlossen. Die abgewanderten Vergleute werden bei ihrer Rückkehr wieder eingestellt.

Der Steinarbeiterverband im Jahre 1913.

In den letzten Jahren hat der Steinarbeiterverband sehr gute Fortschritte gemacht; im Jahre 1910 erst 20 267 Mitglieder, konnte er im Jahre 1913 die Zahl bis auf 31 061 steigern. Dabei muß in Erwägung gezogen werden, daß die Steinindustrie nur in den abgelegenen Gebieten domiziliert, was die Agitation unter diesen Arbeitern, die überdies einem recht schweren Beruf nachgehen, sehr erschwert. In den Großstädten hat der Verband bloß 18,3 Proz. der gesamten Mitglieder. Auf die Granit- und Plastersteinindustrie entfallen 57,8 Proz., auf die Sandsteinindustrie 29 Proz. der Mitglieder. Der Rest verteilt sich auf die Marmor-, Schiefer- und Kunststeinindustrie. Die Zahl der Steinmetzen geht immer mehr zurück, die Kunststein- und Betonbauweise macht gelernter Steinmetzen überflüssig. Im Verbandsrat zeigt es sich, daß die Zahl der ungelerten Arbeiter stark zunimmt.

Die Steinindustriellen zeigen sich seit einiger Zeit etwas tariffreundlicher. Es mußten im Berichtsjahre aber immerhin 10 Anträge, 20 Abwehrerklärungen gefordert werden, um die Arbeitsverhältnisse tariflich zu regeln. Dabei hatten die Unternehmer noch 11 Ausprägungen unternommen. In 79 Orten konnten die Lohnbewegungen auf friedliche Weise erledigt werden. Für Kampfzwecke mußten 145 038 M. ausgegeben werden. Das Tarifwesen ist in der Steinindustrie sehr umfangreich, einige Tarife sind dabei recht kompliziert, besonders die in der Marmorindustrie. Insgesamt sind 280 Tarife vorhanden, gültig für 2007 Betriebe und 23 280 Mitglieder. Starke Profitieren durch diese Abschlässe die Christlichen, denn der Steinarbeiterverband hat jahrelang gekämpft, um die Unternehmer für den Tarifgedanken zu erziehen. Allerdings ist die Tarifauslegung durch die Unternehmer eine recht raffinierte. Dabei macht sich das Fehlen eines zentralen Schiedsgerichts sehr unliebsam bemerkbar.

In den Hartsteinbetrieben wurde eine energische Protestaktion geführt, damit die Reklafen und Förderwagen einer Sicherung unterzogen werden. Nach langem Kampfe hat der Reichsanwalt an die Bundesregierung eine dementsprechende Verfügung erlassen. Weil die Reklafen bisher nicht geeicht zu werden brauchten, fielen die Unternehmer ungeheure Profite ein. Bei der Steinabnahme war dem Betrag für und für geöffnet. Die Verbandsleitung wirkt auch darauf hin, daß den „berufskranken“ Kollegen nicht die Invaliden-, sondern die Unfallrente gewährt wird. Der Verbandsrat will aber bekanntlich den § 547 der Reichsversicherungsordnung in solchen Fällen leider nicht zur Anwendung bringen lassen.

In finanzieller Hinsicht ist der Verband gut fundiert. Sein gesamtes Vermögen beträgt 1 136 003 M. Gegenwärtig diskutieren die Mitglieder über die Einführung der Erwerbslosenunterstützung, deren Einführung der Verbandsrat in Dresden sicher beschließen wird. Auf der internationalen Verkaufsausstellung zu Leipzig hatte sich der Verband in hervorragender Weise beteiligt. Der Steinarbeiterverband kann mit seiner Entwicklung im Jahre 1913 sehr wohl zufrieden sein, hatte er doch im Krisenjahre sogar eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen.

Aus Industrie und Handel.

Bessert sich die Konjunktur? In ihrem neuesten Situationsbericht über den rheinisch-westfälischen Kohlenmarkt schreibt die „Rheinisch-Westfälische Ztg.“ u. a.: Es hieß sich jedoch einer großen Täuschung hingeben, wollte man aus der flotten Beschäftigung im April und der beschlossenen Erhöhung der Beteiligungsanteile den Schluß auf eine allgemeine Besserung der Marktlage ziehen. Diese ist nicht weniger als tollig. Bei der ungünstigen wirtschaftlichen Lage unserer gesamten Industrie, die einen Aufschwung noch lange nicht erwarten läßt, ist auch für den Kohlenmarkt eine Besserung nicht zu erhoffen. Wenn auch unser Export nach unseren westlichen Nachbarstaaten noch immer befriedigend ist, so hat eine weitere Ausdehnung unseres Absatzes in den überschüssigen Sorten auch seine Grenzen, insofern, als auch z. B. in Belgien die Industrie ebenfalls sehr unter der schlechten Geschäftslage zu leiden hat und daher nicht mehr aufnahmefähig ist, andererseits aber auch die Kohlenproduzenten vom April ab eine zum Teil erhebliche Herabsetzung ihrer Kohlenpreise vorgenommen haben. Die Konkurrenz unserer Nachbarländer ist daher sehr erschwert und es hat sich auch schon ein Nachlassen in der Einfuhr von Kohlen, Holz und Weizen bemerkbar gemacht. Auch im Inlande läßt in letzter Zeit in einigen Sorten der Absatz schon wieder recht bedenklich zu wünschen übrig und dürfte, wenn es nicht gelingt, ein anderweitiges Absatzgebiet zu erschließen, eine Reihe von Jahren wieder zur Einleitung von Preisreduzierungen zwingen, soweit sie nicht etwa noch Raum zum Lagern von Kohlen zur Verfügung haben. Die Lager sind aber nachgerade schon dermaßen angefüllt, daß es kaum möglich erscheint, noch weitere Mengen aufzustapeln. Recht ungünstig ist die Marktlage in Holz. Veranlaßt durch den ungenügenden Absatz der Holzwerke und der neuerdings wieder erfolgten Erhöhung der Gesamtbeteiligungsanteile durch Zutritt neuer Holzfabriken hat das Holzhandelsinstitut die Beschäftigungsanteile für diesen Monat auf 45 Proz. festgesetzt. Vieles glaubt man, daß sogar diese Ziffer nicht einmal erreicht werden wird, da auch die außerordentlich hohen Preise in den letzten Jahren ihre Holzproduktion gewaltig gesteigert haben und jetzt in scharfem Wettbewerb mit dem Schiffsbau treten, um ihre ganze Produktion abzugeben.

Gründungstätigkeit in Rußland.

Ueber die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands bringt die „Kossitz“ interessante Daten, die anzeigen, welchen großen Juch an Kapital die Handels- und Industrieunternehmen in Rußland im verfloffenen Jahre aufzuweisen haben. Im Verlauf des Jahres 1913 wurden 377 neue Unternehmungen begründet und 20 ausländischen Aktiengesellschaften wurde es gestattet, in Rußland zu arbeiten. Von den neugegründeten 377 Unternehmungen sind 274 Unternehmen auf Aktien gegründet. Das Kapital, das zur Gründung dieser 377 Unternehmungen flüssig gemacht wurde, beläuft

sich auf 545 Millionen Rubel. Diese Summe übersteigt das Anlagekapital in Aktienunternehmungen und ähnlichen Gründungen im Jahre 1912 um 144 Millionen Rubel. Von dieser Summe entfallen 92 Proz. auf russische Unternehmungen und nur 8 Proz. auf ausländische Gesellschaften. Mehr als eine halbe Milliarde wurde also im verfloffenen Jahre in neue Unternehmungen der russischen Industrie und des Handels angelegt. Von den neugegründeten Unternehmungen sind 14 Proz. dem Bergbau gewidmet, 13 Proz. dem Handel. Doch fallen 27 Proz. des gesamten Gründungskapitals der neuentstandenen Gesellschaften auf Bergbau-Unternehmungen, 15 Proz. auf Betriebe für Verarbeitung und Aufschmelzung von Metallen.

Genossenschaftliches.

Das Bürgertum auf die Schanzen.

Die Profitmacher haben böse Tage. Die Begehrlichkeit der Arbeiter bedroht den sauren — erprehten Profit der Aktionäre, die Sozialdemokratie stürmt und drängt nach Arbeiterschutz, nach Begrenzung der Ausbeutungsfreiheit, Konsumvereine schmälern den Händlergewinn und nun kommt das Schlimmste: Konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion! In der ultramontanen Presse erscheint ein Schredens- und Rahmruf an die bürgerlichen Parteien — aus Fabrikantenkreisen. In grellen Farben malt der Einfender die Gefahren, die den Fabrikanten aus der zunehmenden Eigenproduktion der Konsumvereine erwachsen. Daß Händler, Bäcker usw. über die Klänge springen sollen, damit kann sich ein Fabrikantenberg ja noch abfinden, aber wenn der Fabrikantenprofit an den Kragen geht, dann ist der Staat bedroht. Und man hört ein Murren gegen ultramontane und liberale „Ideologen“, die nicht gegen die Konsumvereine aufmarschieren, weil sie glauben, ihr Programm erlaube das nicht. Und dann heißt es kategorisch weiter:

Das politische Programm der bürgerlichen Parteien bedarf einer Revision; die Genossenschaftsbewegung hat eine Richtung genommen, die man seinerzeit nicht voraussehen konnte, eine Richtung, die auch die liberalsten Männer heute nicht mehr gut heißen können, noch wollen. Da ist es für die Anhänger der Konsumvereine im Bürgertum hohe Zeit, ihren Standpunkt zur Frage der Konsumvereine zu revidieren; es handelt sich für die Privatindustrie um die Abwehr eines Vernichtungskrieges, der mit aller Rücksichtslosigkeit und mit gewaltigen Mitteln gegen sie geführt wird. Deshalb muß sie mit dem kaufmännischen und dem gewerblichen Mittelstande Schulter an Schulter kämpfen.

Nun weiß man, daß den bürgerlichen Parteien eine neue staatsbehaltende Aufgabe erwächst. Sie fordert von ihnen: Alle Schächer der göttlichen Weltordnung, hütet den heiligen, bedrohten Fabrikantenprofit.

Soziales.

Arbeiterelend.

Daß es im Deutschen Reich, dem Lande der gefüllten Kornschüssel, noch Arbeiter, die Familien besitzen, gibt, die noch nicht einmal 9 M. wöchentlich verdienen, und zwar nicht bloß auf dem Lande, sondern auch in Städten, wird ja von den Sozialdemokraten des öfteren behauptet, von den bürgerlichen Parteien und den Organen der Regierung jedoch immer bestritten. Heute liegt eine Bekanntschaft vor, in der ein leidenschaftlicher Bürgermeister die Behauptungen von unserer Seite bestätigt.

In der Nr. 93 der „Niederschlesischen Allgemeinen Zeitung“ in Sagan lesen wir nachfolgende

Bekanntmachung:

Der im Jahre 1846 von Herrn Kreisjustizrat Wehle gegründete Sparverein wird seine Tätigkeit auch in diesem Jahre, und zwar mit Sonntag, den 28. April, beginnen und mit Sonntag, den 15. November, schließen, so daß die diesjährige Sammlung wiederum aus 30 wöchentlichen Einzahlungen bestehen soll. Die Bedingungen, unter welchen die Beteiligung stattfindet, sind folgende:

1. Nur diejenigen hier ortsbekanntlichen Personen werden als Sparer zugelassen, welche Familie haben und wöchentlich nicht über 9 M. verdienen.
2. Die Einzahlungen dürfen nicht unter 25 Pf. und nicht über 1,50 M. sein, und die Absetzungen müssen stets mit 25 Pf. abschließen.
3. Die Einzahlungen sind regelmäßig am wöchentlichen am Sonntag bei demjenigen Sammler zu leisten, in dessen Bezirk der Sparer wohnt.
4. Wer mit den regelmäßigen wöchentlichen Einzahlungen ausbleibt, verliert seine Ansprüche an die Prämie und erhält seine eingezahlten Gelder ohne Prämie erst nach dem Schluß der Sammelperiode zurück.

(Hier folgen nun die 10 Sammelstellen, 9 Kaufleute und 1 Bäckermeister.)

Wir stellen den Sparern auch in diesem Jahre für jede eingezahlte Mark eine kleine Prämie von 1 bis 2 Pf. in Aussicht. Sagan, den 15. April 1914.

Der Vorstand des Wehle'schen Sparvereins:
Wihlles, Bürgermeister.

Was steht tiefer: die verdammte Genügsamkeit gewisser Arbeiter mit dem hundemäßigen Lohn von 9 M. für einen Familienbater oder die beleidigende Zumutung dieser Bürgerkreise, diese wahrhaft „fürliche“ Entlohnung nicht ganz zu verbrauchen, sondern davon noch über 15 Proz. auf die hohe Kante zu legen und eventuell die Familie hungern zu lassen, oder die Kohlfeste, welche einem gewissen Bürgertum zu eigen ist, und die den Sparern 1 Pf. bis sogar 2 Pf. Prämie gewähren will? Jedenfalls tragen die durch Herrn Bürgermeister Wihlles in Sagan geoffenbarten Verhältnisse unfreiwillig zur Agitation recht sehr bei.

Einheitliches Angestelltenrecht — in Belgien.

Wir haben erst kürzlich über den unglaublichen Wirrwarr berichtet, durch den sich das Arbeitsrecht im Deutschen Reich unrühmlich vor allen übrigen Reichsgebieten auszeichnet. Während das Güterrecht seit Jahren durch eine Unsumme sorgfältigster Vorschriften und in mühsamgültiger Zusammenfassung der einzelnen Bestimmungen geregelt ist, wird von unserer rüchständigen Regierung nicht der leiseste Versuch gemacht, auch auf dem viel wichtigeren Gebiete des Dienstvertrages eine ähnliche Vollständigkeit und namentlich die unentbehrliche Einheitlichkeit anzustreben. Im Gegenteil, durch die systemlose Ausarbeitung von allen möglichen neuen Sondergesetzen arbeitet sie förmlich darauf hin, die bestehende

Ungeheuerheit und Ungleichartigkeit des Dienstvertragsrechts noch weiter zu steigern.

Eben ist das neue Konkurrenzklausegesetz für die Handlungsgehilfen beraten worden, ein ähnliches Spezialgesetz — über die Sonntagruhe im Handelsgewerbe — beschäftigt gegenwärtig die Kommission. In wenigen Monaten kommt vielleicht das Recht der Schauspieler an die Reihe, dann der Erfinderschutz der Techniker, wenn es gut geht, vielleicht auch ein Gesetz für die Bureauangestellten. Und so weiter, bis sich tatsächlich niemand mehr zwischen all den verschiedenen Spezialgesetzen auskennt.

Angehts dieser Pflanzarbeit bei uns muß es angenehm berühren, daß in unserem Nachbarstaat Belgien eben der Versuch gemacht werden soll, das seit dem 10. März 1900 bestehende allgemeine Arbeitsrecht für die Arbeiter durch ein zusammenfassendes Gesetz über den Dienstvertrag der Privatangestellten zu ergänzen. Der Gesetzentwurf, den die belgische Regierung dem Abgeordnetenhause vor kurzem zugestellt hat, bezieht sich auf alle Arten von Angestellten (Buchhalter, Verkäufer, Stenographen, Techniker, Werkmeister, Zeichner, Reisende usw.) in Handel, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft. Nur noch oben ist eine Grenze gezogen: Direktoren und andere Geschäftsleiter sowie die Angestellten mit mehr als 6000 Fr. Jahresgehalt sind von der Geltung des Gesetzes ausgeschlossen.

Der Entwurf bestimmt, daß der Dienstvertrag Bestimmungen über Gegenstand und Art der Arbeit, Ort und Dauer der Anstellung sowie das vereinbarte Gehalt enthalten muß. Verträge, die unter Ausnutzung der Not, der Unwissenheit oder des Leichtsinns geschlossen sind und dem Angestellten Bedingungen vorschreiben, die in starkem Gegensatz zu dem Wert seiner Leistungen oder zu den ortsüblichen Anstellungsverhältnissen stehen, sind nichtig. Doch muß die Ansetzung des Vertrages innerhalb des ersten Jahres nach Abschluß erfolgen, andernfalls erhält er Gültigkeit. Der Richter, der die Nichtigkeit des Vertrages ausspricht, hat zugleich die Höhe der zu zahlenden Entschädigung zu bestimmen.

Der zweite Teil des Entwurfs, der die gegenseitigen Pflichten festlegt, enthält u. a. auch eine Regelung des Wettbewerbsverbot, das demnach also auch in Belgien heute noch zulässig ist. Neben den allgemeinen Bestimmungen, daß das Verbot nur gültig ist, wenn es den Angestellten nicht unnötig und nicht unverhältnismäßig in seinem Fortkommen erschwert, vor allem zeitlich begrenzt ist und dem Angestellten eine entsprechende Entschädigung zusichert, sollen Konkurrenzklauseln in Belgien jedoch künftig nur mit Angestellten abgeschlossen werden können, die ein Jahresarbeitsverdienst von mehr als 2400 Fr. haben. Das ist zwar auch keine befriedigende Lösung, aber sie geht doch weiter wie die deutsche und hat vor allem den Vorteil, für alle Angestellten zu gelten.

Weitere Bestimmungen des Gesetzentwurfs besagen, daß das Gehalt mindestens monatlich zu zahlen ist, daß den Angestellten angemessene Ruhezeiten und Urlaub für notwendige, aus dem bürgerlichen oder Familienleben erwachsende Pflichten zu gewähren sind und daß in Krankheitsfällen das Gehalt mindestens einen Monat weiter zu zahlen ist. Die gegenseitige Kündigungsfrist soll in der Regel drei Monate betragen, kann im ersten Jahr der Anstellung und bei Angestellten mit weniger als 1200 Fr. Jahresgehalt aber bis auf einen Monat herabgesetzt werden. Anstellungen auf Probe dürfen nur für höchstens drei Monate abgeschlossen werden und gelten ohne weiteres als dauernd, wenn bis zum Ablauf des dritten Monats keine Kündigung erfolgt ist. Nach erfolgter Kündigung ist der Prinzipal verpflichtet, dem Angestellten angemessene Zeit zur Erlangung einer neuen Stellung zu geben.

Der Gesetzentwurf beschränkt sich darauf, die privatrechtliche Seite des Dienstverhältnisses zu regeln und enthält insoweit keine Vorschriften über die Beschaffenheit der Arbeitsräume und über den Schutz der Frauen und der jugendlichen Angestellten. Auch die im Vorhergehenden wiedergegebenen Bestimmungen sind großenteils recht unvollkommen und bedürfen, wenn das Gesetz eine Rechtsverbesserung und einen sozialen Fortschritt darstellen soll, noch sehr der Verbesserung. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Belgiens rüsten sich deshalb schon, um bei den Beratungen im Abgeordnetenhause eine gehörige Umgestaltung des Entwurfs durchzuführen.

Im ganzen kann man aber wohl sagen, daß der Plan der Regierung an sich vorteilhaft absteht von der ziel- und planlosen Gesetzesmacherei, die bei uns in Deutschland an der Tagesordnung ist. Der belgische Staat ist mindestens ebenso kapitalistisch wie der deutsche, die Parteien, die dort gegenwärtig die Regierungsmaschine beherrschen, sind denkbar rückständig. Es wird jedoch immer deutlicher, daß die Nachhaber in Preußen-Deutschland alle anderen an Heringschätzung der arbeitenden Bevölkerung übertreffen. Nur so ist es zu erklären, daß die dringendsten Aufgaben auf dem Gebiete der Sozialpolitik bei uns nicht nur keine Förderung erfahren, sondern noch künstlich kompliziert und aufgeschoben werden.

In diesem Falle betrifft es die Privatangestellten. Angesichts der hohnvollen Behandlung, die ihnen eben erst wieder bei der Erledigung des Konkurrenzklausegesetzes zuteil geworden ist, muß erwartet werden, daß sie an dem belgischen Beispiele erkennen, um wieviel besser die Gesetzgebung auch in unserem kapitalistischen Staat sein könnte, wenn nur ein bisschen guter Wille vorhanden wäre. Sie haben es in der Hand, die Zustände bei uns zu bessern, indem sie sich bezüglich und politisch von den Organisationen losmachen, die sich bisher noch jedesmal als Feinde des sozialen Fortschrittes erwiesen haben.

Eingegangene Druckschriften.

- Die schöne deutsche Stadt. Band: Norddeutschland. Von G. Hoff. 1,80 M. — R. Piper u. Co., München.
- Ein hartes Volk — ein hartes Meer. Von Kurt v. Strang. 60 Pf. — „Pallast“, Berlin W 57.
- Irland. Von R. H. Hermann. 1,80 M. — Hyperion-Verlag, Berlin SW 61.
- Die griechische Tänzerin und andere Novellen von A. Schnitzler. Bänd. 1 M., Bänd. 2,25 M. — E. Fischer, Berlin, Silesstr. 90.
- Das Gefängnis zum Preussischen Adler. Eine lehrreiche Schilderung von D. Witz. 3 M., geb. 4 M. — E. Dieckhoff, Jena.
- Neues Wunderhorn. Volkslieder aus alter und neuer Zeit. Herausgegeben von R. Henning. Geb. 2 M. — Gollwitsch Verlag, München.
- Jahrbuch 1913 des Verbandes der Brauerei- und Mälzerei-arbeiter und vermandter Berufsgruppen. Redaktion: G. Vacker. 533 S. geb. — Selbstverlag des Verbandes, Berlin.

KNORR

In der kleinsten Küche wie im feinsten Haushalt verwendet man jetzt **Knorr-Suppenwürfel**. Hervorragender Geschmack und große Ausgiebigkeit bahnen ihnen den Weg!

48 Sorten, wie: Spargel, Blumenkohl, Königin, Weibertren. 1 Würfel 3 Teller 10 Pf.

Die Schlafstellenaufsicht in Berlin-Schöneberg.

Die Stadt Berlin-Schöneberg hat eine geordnete Schlafstellenaufsicht eingerichtet. In der Durchführung konnte sie sich im wesentlichen auf die Erfahrungen in Charlottenburg stützen, das bereits seit 1911 die Schlafstellenkontrolle besitzt. Hierüber teilt der Magistrat Schöneberg mit:

Die Grundlage für die Schlafstellenaufsicht bildet die Polizeiverordnung betreffend das Schlafstellenwesen vom 19. April 1913, die auf Antrag des Magistrats erlassen ist und wesentlich verschärfte Bestimmungen gegenüber der alten Verordnung vom 17. Juni 1889 enthält. Die Schlafstellenvermieter sind verpflichtet, bevor sie Schlafleute aufnehmen, eine Genehmigung bei dem Polizeirevier nachzusuchen. Schlafgänger verschiedenen Geschlechts dürfen nur mit besonderer Erlaubnis der Polizei gehalten werden; ferner sollen in der Regel Schlafgänger nicht mit Familienangehörigen zusammen schlafen. Kinder über 12 Jahre dürfen mit Personen des anderen Geschlechts nicht in einem Räume untergebracht werden. Die Schlafräume der Schlafgänger und der Familienangehörigen müssen für jeden Bewohner über 10 Jahre wenigstens 4 Quadratmeter Bodenfläche und 11,2 Kubikmeter Luftraum (für Kinder unter 10 Jahren die Hälfte) besitzen. Bei Schlafräumen, die gleichzeitig zu gewerblichen Zwecken dienen, erhöht sich der Mindestluftstrom um 5 Kubikmeter für jede in diesen Räumen gewöhnlich tätige Person.

Die vermieteten Räume dürfen mit den Schlafräumen der Familie nicht in direkter Verbindung stehen und müssen vom Eingang der Wohnung direkt zugänglich sein, ohne daß die eine Partei die Schlafräume der anderen Partei zu betreten braucht. Ein eigenes Bett wird für Kinder über 10 Jahren gefordert. Jedem Schlafgänger ist eine besondere Lagerstätte, Waschgeschirz mit Seife und Handtücher zur Verfügung zu stellen.

Räume, in denen Nahrungs- und Genussmittel oder überreichende und auf die Gesundheit schädlich einwirkende Gegenstände hergestellt oder aufbewahrt werden, dürfen zum Schlafen nicht benutzt werden, ebenso dürfen Schlafräume nicht mit Aborten in direkter Verbindung stehen.

Die Aufsicht über die Innehaltung der vorstehenden Bestimmungen wird durch die Beamten der städtischen Wohnungspflege und Wohnungsaufsicht ausgeübt. Eine Genehmigung auch der bereits bestehenden Schlafstellen erfolgt nur, nachdem eine Befichtigung stattgefunden und etwaige Mängel behoben oder Ausnahme gewährt ist. Genügen die Schlafstellen nicht den Vorschriften, so wird für die Entlassung der Schlafgänger eine angemessene Frist gewährt, um Mängel nach Möglichkeit zu vermeiden.

In Charlottenburg ist die Schlafstellenkontrolle besonderen Beamten übertragen. Man wollte dort eine strenge Scheidung schaffen zwischen dem mehr polizeilichen Charakter der Schlafstellenkontrolle und der Wohnungsaufsicht, die als Wohlfahrtsmaßnahme gehandhabt werden soll. In Berlin-Schöneberg ist die Aufsicht vereinigt, und haben sich bisher hieraus keinerlei Mißstände ergeben. Im Gegenteil wird es hier als ein Vorzug empfunden, daß die Wohnungsaufsichtsbeamten ihren Bezirk durch die Schlafstellenkontrolle rascher kennen lernen und darauf aufmerksam werden, wo eine Befichtigung des ganzen Hauses auf Grund der Wohnungsaufsicht angezeigt ist.

Ueber zutage tretende erhebliche bauliche Mängel wird im Anschluß an die Schlafstellenbefichtigungen mit den Hausbesitzern ebenso verhandelt wie bei den Wohnungsbefichtigungen.

In der Zeit vom 1. Dezember 1913 bis 1. April 1914 sind 650 Schlafstellen befragt, hiervon wurden 145 unbeaufschlagt, 162 nach Abstellung von Mängeln, 178 unter Gewährung von Ausnahme genehmigt und 23 nicht genehmigt. In 152 Fällen schweben die Verhandlungen noch. Ausnahme wurde häufig gewährt, wenn Familienmitglieder mit Schlafgängern des gleichen Geschlechts zusammen schlafen, da die Schlafstellenvermieter wirtschaftlich auf die Abminderung angewiesen waren; ferner wurde die Grenze für die Geschlechtertrennung häufig auf 14 Jahre heraufgesetzt. Vielfach mußten auch Rücksicht auf die Familienangehörigen herangezogen werden, um Ueberfüllung und mangelnde Geschlechtertrennung zu vermeiden. Nichts charakterisiert die großstädtischen Wohnungsverhältnisse besser als die Tatsache, daß die Mindestvorschriften der Polizeiverordnung, die aus gesundheitlichen und sittlichen Gründen unbedingt erforderlich sind, zurzeit in zahlreichen Fällen nicht innegehalten werden können, da die Betroffenen die wirtschaftliche Schädigung nicht ertragen könnten. Das Zusammenklaffen der Familie mit Fremden ist besonders bedenklich, da es ein gesundes Familienleben in diesen Fällen unmöglich macht, selbst wenn eine direkte sittliche Gefährdung nicht besteht.

Den Anordnungen der Beamten wird in der Regel willig Folge geleistet; das beweist die große Anzahl der Schlafstellen, die in der kurzen Zeit nach Abstellung von Mängeln genehmigt werden konnten. Im ganzen wurden 896 Nachbefichtigungen vorgenommen. Wegen wiederholten Verstößen gegen die Vorschriften wurde nur in einem Falle Strafverfügung erlassen.

Zurzeit schweben Verhandlungen mit dem königlichen Polizeipräsidenten in Berlin, um den Erlass einzelner Vorschriften für Groß-Berlin zu erwirken.

Parteiangelegenheiten.

Verband der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Ordentliche Generalversammlung des Verbandes am Sonntag, den 14. Juni 1914, vormittags 9 Uhr, in den Konzerts- und Festsälen, Kopenstr. 29.

Provisorische Tagesordnung:

- 1. Bericht des Vorstandes, Kassensbericht, Bericht der Revisoren.
2. Wahl des Vorsitzenden, Schriftführers, Kassierers; der Revisoren und der weiblichen Vorstandsmitglieder sowie Bestätigung der von den Kreisen gewählten Funktionäre des Verbandes.
3. Wahl des Bildungsausschusses.
4. Wahl der Delegierten zum Internationalen Sozialistkongress in Wien.
5. Bericht der Reorganisationskommission.
6. Anträge der Kreiswahlvereine.

Bei der Berechnung der Zahl der Delegierten zu der Verbands-Generalversammlung werden pro Mitglied 12 Beitragsmarken zugrunde gelegt. Demnach ist nach dem Beschluß der außerordentlichen Verbands-Generalversammlung vom

10. November 1912 in Verbindung mit § 12 Absatz 2 des Verbandsstatuts auf 12mal 150 = 1800 Beitragsmarken ein Delegierter zu wählen. Für die verbleibenden Bruchteile wird ein weiterer Delegierter gerechnet.

Entsprechend der verkauften Anzahl Beitragsmarken haben zu entsenden:

Table with 2 columns: Location and Number of Delegates. Locations include Berlin I, II, III, IV, V, VI, Teltow-Beeskow, and Niederbarnim. Total sum is 633 Delegates.

Sitz und Stimme haben ferner: Die Mitglieder des Verbandsvorstandes, die Revisoren, der Parteivorstand, die Reichstags- und Landtagsabgeordneten resp. Kandidaten der Kreise Groß-Berlin, eine Vertretung der Redaktion des „Vorwärts“, fünf Vertreter der Berliner Stadtverordneten, drei Gemeindevertreter resp. Stadtverordnete von Teltow-Beeskow und drei Gemeindevertreter resp. Stadtverordnete von Niederbarnim. Der geschäftsführende Ausschuss.

An die Bildungsausschüsse und Organisationsleitungen.

Es fehlen uns noch immer die Fragebogen einer Reihe von Groß-Berliner Organisationen. Vor allem vermischen wir noch den Bericht der Bildungsausschüsse einiger großen und wichtigen Vororte. Es ist ganz unmöglich, im Jahresbericht ein einigermaßen erschöpfendes Bild der Bildungsarbeit im verflochtenen Geschäftsjahr zu geben, wenn die Bögen nicht sofort ausgefüllt und uns eingeschickt werden.

Wir vertiefen sodann noch einmal auf unsere Anknüpfung der Führungen im Botanischen Garten in den Monaten Juni, Juli, August. Wir ersuchen die Organisationen nochmals, die Tage, die sie belegen wollen, bald zu nennen. Die Nachmittagsführungen am 7. und 14. Juni sind noch frei, dann ist bis zum 19. Juli (Vormittagsführung) einschließlich alles besetzt. Die weiteren Führungen im Juli und August sind mit wenigen Ausnahmen noch frei.

Wir benutzen die Gelegenheit, um bekannt zu machen, daß die Reichskonferenz der Arbeiterbibliothekare in Leipzig vom 8. bis 10. August tagen wird. Der Zentral-Bildungsausschuss wird sie einberufen.

Der Bezirks-Bildungsausschuss Groß-Berlin. Sekretariat: Lindenstr. 3, Telefon: Rpl. 4741.

Zur Lokalliste.

In Landw. T.-B. ist uns das Lokal von Prochazka, „Gesellschaftshaus“, Viktorstr. 41/43, entzogen worden. Es ist von der Lokalliste zu streichen und für die organisierte Arbeiterschaft als gesperrt zu bezeichnen.

Am Donnerstag, den 21. Mai (Wimmelfahrt) veranstaltet der Verband der Pastoren, Neust. eine Partie nach Niedersorf, Lokal Fr. Köppen. Wir machen darauf aufmerksam, daß das Lokal für die organisierte Arbeiterschaft gesperrt ist.

In Sinner wird uns das Lokal zur Kranke, am Bahnhof, und in Rahnsdorf Restaurant zur Wärenhöhle, am Bahnhof, hartnäckig verweigert.

Wir ersuchen, die Lokalliste genau zu beachten. Die Lokalkommission.

Vierter Wahlkreis. Heute Sonntag, abends 6 Uhr, findet in den Konzerts- und Festsälen, Kopenstr. 29, eine Versammlung statt. Durch Erläuterungen von 80 Lichtbildern hält Genosse E. Kruter einen Vortrag über die Befreiungskriege 1814/15. Nachdem gemüthliches Beisammensein mit Tanz. Der Bildungsausschuss.

Am Dienstag, den 19. Mai, abends 8 1/2 Uhr, finden sechs Viertelversammlungen statt. (Siehe Annonce.) Der Vorstand.

Sechster Wahlkreis.

Am Montag, den 18. Mai, abends 8 1/2 Uhr, finden im Kreise 21 Mitgliederversammlungen statt. Die Tagesordnung derselben lautet: 1. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung. 2. Stellungnahme zur Tagesordnung der Kreis-Generalversammlung am 26. Mai und den vorliegenden Anträgen.

Die Versammlung der 16. Abteilung findet am Mittwoch, den 20. Mai, bei Funke, Triftstr. 63 statt.

Lichtenberg. Dienstag, den 19. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Arnold, Frankfurter Chauffee: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Die Märztag 1848 (Lichtbildervortrag). Vortragender: Genosse Roth. Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Eintritt.

Tempelhof. Dienstag, den 19. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Genossenschaftswirtschaftshaus, Dorstr. 60: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Gen. Vorstands (Parteivorstand). Reorganisation. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes.

Tempelhof-Mariendorf. Die Jugendsektion hält am Montag, den 18. Mai, bei Venschel, Mariendorf, Chauffeestr. 27, ihre nächste Zusammenkunft ab. Vortrag des Genossen Hinge: „Unserm Ausnahme-gesetz“. Gäste willkommen.

Friedenau. Am Mittwoch, den 20. Mai, Mitgliederversammlung des Wahlvereins im großen Saale des Kaiser-Wilhelm-Gartens. Genosse Gust. Paukant referiert über Berliner Organisationsfragen. Die Versammlung wird pünktlich 8 1/2 Uhr eröffnet.

Köpenick. Die Beerdigung des Genossen Gustav Heinrich findet heute nachmittag um 1 1/2 Uhr vom Kreisfrauenhaus Köpenick aus statt. Um rege Beteiligung ersucht der Vorstand.

Nieder-Schöneweide. Am Dienstag, den 19. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Waldhaus, Berliner Straße, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: a. Vortrag des Genossen Sepp Oetzer über „Die Frucht“.

Britz-Buckow. Am Mittwoch, den 20. Mai, 8 1/2 Uhr, im Lokal Lindenpark (Rehe), Britz, Chauffeestr. 18, außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Anträge und Wahl der Delegierten zur Kreis- und Verbands-Generalversammlung. Wahlvereinsangelegenheiten. Bericht des Bildungsausschusses über unser Bildungsprogramm während des kommenden Winterhalbjahres. Anträge sind in der Generalversammlung schriftlich einzureichen.

Petershagen-Friedersdorf. Die Jahreshende für Friedersdorf finden von jetzt an bei D. Richter, die für Petershagen bei D. Appel (Heuer) statt. Alle Vierteljahre tagt ein gemeinsamer Jahlabend bei Richter.

Rudow. Am Dienstag, den 19. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Palm: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Wahl der Delegierten zur Kreis- und Verbands-Generalversammlung.

Zegel. Am Dienstag, den 19. d., abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Gesellschaftshaus, Schloßstraße. Tagesordnung: Vortrag der Genossin Frau Demming: „Zu Kinder-schau eine Kulturarbeit?“ Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Vorsigwalde-Wittenau. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet umständehalber am Sonnabend, den 23. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in den Vorsigwalder Festsälen statt. Vortrag des Gen. Vorstands über: „Georg Herwegh, ein Freiheitskämpfer“. Mitgliedsbuch legitimiert.

Rosenthal. Am Dienstag, den 19. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Gustav Milbrodt: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. Parteiangelegenheiten.

Berliner Nachrichten.

Wehr Hygiene in den Sommerlokalen!

Die Toiletten in vielen Sommerlokalen zeigen, soweit sich bisher beobachten ließ, auch in diesem Jahre das alte verwerfliche Bild. Hier und da hat man mit Brettern und Dachpappe ein wenig geputzt, aber im wesentlichen ist der Zustand der alte geblieben, weil die betreffenden Sommerwirte dem Publikum in dieser Beziehung alles bieten zu können glauben. Für Privatgehöfte mögen ja solche aus einigen Latzen zusammengeschlagene, jeden geordneten Abflusses entbehrende Abortanlagen allenfalls ihren Zweck erfüllen, für den sommerlichen Massenverkehr sind sie gänzlich ungeeignet und hygienisch bedenklich. Oft ist es in der Nähe der Aborten vor Gestank kaum auszuhalten, trotzdem sitzen hier Ausflügler und atmen „wüßrige Landluft“ ein.

In größeren Sommerlokalen haben die Wirte schon vielfach für hygienisch ziemlich einwandfreie Einrichtungen gesorgt, um das Publikum nicht zu vergraulen, aber hier tritt immer mehr ein anderer Mißstand nach Berliner Muster auf. Damit die Wankosten wieder einigermaßen eingeholt werden, ist die Bedienung in den Toiletten verpackt. Diese Bedienung ist in der Hauptsache so gut wie überflüssig, soll aber das Publikum animieren, von ihr zugunsten des Wirtes Gebrauch zu machen. Der Pächter setzt Geld zu oder hat nur geringen Ueberfluß, der Verdienende ohne Arbeitsleistung ist der Wirt. Ueberdies darf bei den Männern kein Entgelt gefordert werden. Der Pächter ist also auf Bettelei und Mittelteil angewiesen, wovon man sich nur geniert fühlt. Bei den Frauen wird in der Regel für jeden notwendigen Gang mindestens ein Sechser gefordert, was eine ganz unberechtigte Lokalsteuer ist. Der Restaurateur hat im öffentlichen Interesse die Verpflichtung, seinen Gästen, die ihm durch Verzehren von Speisen und Getränken Verdienst bringen, die unentbehrliche Benutzung der Toiletten zu gestatten.

Prinzeninteressen und Kommunalpolitik.

Die Stadt Potsdam rechnet es sich zur großen Ehre, Neßbendam zu sein. Dieser Umstand bringt es mit sich, daß in Potsdam ein größerer Postamt residiert. Die Umgebung Potsdams ist mit Prinzen besät, die ihre eigenen Interessen haben, Interessen, die oft mit den Allgemeininteressen stark kollidieren. Bei verschiedenen Gelegenheiten hat sich in letzter Zeit gezeigt, welche Schwierigkeiten der Stadt Potsdam von höherer Stelle aus gemacht werden, wenn es sich um Anlagen im allgemeinen Interesse handelt. Dabei ist die Potsdamer Stadtregierung so loyal, daß sie kaum etwas unternimmt, was etwa das Mißfallen der allerhöchsten Stelle hervorrufen könnte. Und doch entstehen oft Hindernisse. Die jüngste Kommunalgeschichte Potsdams kann nicht weniger als drei Fälle verzeichnen, in denen durch höheren Einfluß die Ausführung oder Inbetriebnahme vereitelt oder wenigstens erschwert wurde. Als die Wienider Brücke neu gebaut wurde, legte die Stadt ihre Gleise in das Reichspflaster. Etwa 800 Meter sind nun nutzlos in das Pflaster gebettet, weil der in Wienide residierende Prinz Friedrich Leopold gegen die Straßenbahnfortführung Einspruch erhob.

Zum zweiten Male machte sich der Einfluß geltend, als für die Straße Kastanien-Allee-Lustschiffhafen die Straßenregulierung erfolgte und zu diesem Zweck die Straße besetzt werden sollten. Die Arbeiten kamen zum Stillstand und höherer Entscheidung bedurfte es zu ihrer Fortsetzung.

Jetzt heißt es, daß einem anderen Kaiserjohne die Verzögerung im Bahnbau, der die Genehmigung aller Behörden gefunden hätte, der durch Terrainverkauf des Oberhofmarschallamts begünstigt worden war, zugesprochen sei.

Dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, ist nicht leicht. Die Stadt hat sich nun an den Kaiser gewandt, der helfen soll, ihre Interessen gegen die Prinzeninteressen wahrzunehmen.

Auch ein Beitrag zu dem Kapitel, wie die Allgemeininteressen erschwert werden zugunsten von prinzipialen Privatinteressen.

Krankenhaus für Reichskranke.

Das neue Krankenhaus für Reichskranke auf dem Gelände des Johannesstiftes bei Blüthensee ist am Freitag zum ersten Male mit 19 Kranken aus dem Rudolf-Wirchows-Krankenhaus belegt worden. Diese Eröffnung bedeutet nicht nur eine wesentliche Entlastung der bestehenden städtischen Krankenanstalten, sondern auch eine erhebliche Umgestaltung unserer Krankenhäuser, die durch diese Unterbringung von Konvaleszenten, Reichskranken usw. ihren eigentlichen Zweck mehr als bisher dienlich gemacht werden.

Eine neue Urlaubsordnung für städtische Arbeiter und Angestellte hat der Magistrat erlassen. Wie aus dem Ratshaus geschrieben wird, handelt es sich um eine Neubearbeitung der teilweise veralteten und nach mehrfacher Ueberarbeitung unübersichtlich gewordenen bisherigen Urlaubsordnung. Dabei ist nicht nur die Praxis der letzten Jahre in umfassendem Maße verwertet, sondern es sind auch neue zeitgemäße Bestimmungen aufgenommen worden, z. B. die Ausdehnung der Urlaubsperiode, welche bisher mit dem 1. Oktober abschloß, auf das ganze Rechnungsjahr. Die Kategorien der städtischen Beamten und Angestellten sind jetzt im einzelnen genauer bezeichnet und alphabetisch geordnet vollständig aufgeführt, dem Bestehen des Arbeiterurlaubs ist schärfer als bisher Rechnung getragen worden. Hinsichtlich des Umfangs des Erholungsurlaubs ist eine größere Gleichmäßigkeit dadurch erreicht worden, daß solche Kategorien, die im Urlaub etwas zurückgeblieben waren, den gleichartigen Kategorien gleichgestellt wurden. Im übrigen ist der Anfangsurlaub und der nach fünf- und zehnjähriger Beschäftigung erreichbare Urlaub nur wenig verändert, dagegen vielfach, dem ge-

steigerten Erholungsbedürfnis im späteren Lebensalter entsprechend, eine Verlängerung des Urlaubs nach 20jähriger Tätigkeit neu eingeführt worden. Dabei wurde, um eine allzufrühe Erreichung dieses Urlaubs hinauszuhalten, die Vollendung des 45. Lebensjahres zur Bedingung gemacht. Neu ist auch die Verlängerung des Urlaubs nach der Amtstätigkeit für solche Personen, welche eine nur im vorgerückten Alter erreichbare städtische Stellung einnehmen.

Hoffentlich enthält die neue Ordnung keine Verschlechterungen, sondern Verbesserungen. Eine solche wäre allerdings in einer Verlängerung des Urlaubs zu sehen, denn 3 Tage Urlaub ist doch eigentlich keiner.

Aus der städtischen Waisenfürsorge.

Die nach dem Stande vom 31. März 1914 stattgehabte Zählung der in der Waisenfürsorge befindlichen Berliner Kinder hat einen Bestand von 9478 Waisenkinder und 65 Pflegslingen des aus Stiftungsmitteln unterhaltenen Kinderasyls ergeben gegen 8819 Waisenkinder und 69 Pflegslinge am 1. April 1913.

Die Waisenkinder haben also um 659 zugenommen, eine Zahl, die sich auf 299 ermäßigt, wenn man berücksichtigt, daß von den neu aufgenommenen Kindern 360 der Waisenfürsorge durch die Armenverwaltung überwiesen worden waren, also sich schon vor der Aufnahme in öffentliche Pflege befunden hatten.

Außer diesen Kindern sorgte die Waisenfürsorge für 516 junge Leute, die in der Lehre, 353, die im Dienst waren, für 11 erwerbsunfähige, bereits eingesehene Kinder; für 7 ältere Kinder, die eine höhere Ausbildung aus Stiftungsmitteln erhalten; für 7 junge Leute, die ein Stipendium aus der Brundhler Stiftung beziehen, also insgesamt für 894 bereits eingesehene Pflegslinge.

Wie Fürsten wohnen.

Der ehemalige Statthalter der Reichsländer, Fürst Wedel, hat in Berlin dauernd Wohnung genommen und im Hause Pariser Platz 2 eine Wohnung bezogen. Dieselbe umfaßt rund 50 Zimmer, in die in 38 Möbelwagen die Möbel und Ausstattungsgegenstände aus dem Statthalterpalais in Straßburg übergeführt wurden.

50 Zimmer für eine fürstliche Familie! Man halte folgende Notiz aus Spandau gegenüber:

Eine wohnungslose Familie, ein Arbeiter mit Frau und acht Kindern, hat im städtischen Armenhause vorübergehend Aufnahme gefunden; er sollte mit den Seinen auch in den Räumen der früheren Punitionsanstalt untergebracht werden, weigerte sich aber, in dieses Gebäude überzusiedeln, weil sich darin nur ein Kochherd befindet, der von allen Familien benutzt werden muß.

Und da gibt es noch so unangenehme Elemente wie die Sozialdemokraten es sind, die solche Zustände ungesund finden!

Unfälle im Berliner Osthafen.

Mit der erfreulichen Entwicklung des Verkehrs im Berliner Osthafen scheint leider auch die Unfallgefahr für die dort beschäftigten Arbeiter zu steigen. Sind doch allein in der Zeit von Anfang April bis 14. Mai d. J. nicht weniger als fünf Unfälle zu verzeichnen, wobei Arbeiter durch bewegliche Lasten oder maschinelle Einrichtungen verletzt wurden. Anfang April verunglückte ein Arbeiter am Kran 13 — er erlitt einen Beinbruch.

Ende April wurden einem Arbeiter am Kran 11 vom Kohlengreifer drei Finger abgequetscht. Anfang Mai ereignete sich ein weiterer Unfall am Kran 12, wo einem Arbeiter beim Führen des Greifers ein Glied vom Finger abgequetscht wurde.

Einige Tage später verunglückte an demselben Kran ein anderer Arbeiter dadurch, daß er vom Greifer an die Wand gedrückt wurde. Er erlitt einen Beinbruch.

Zwei Tage später, am 14. Mai, ist wiederum ein Arbeiter durch einen Kran verletzt worden, doch konnten wir bislang noch nicht feststellen, welche Art der Verletzung vorlag.

Alle diese Unfälle ereigneten sich in den heißen Tagesstunden. Welche Perspektiven eröffnen sich den Arbeitern da, wenn erst mal Nacharbeit zur Bewältigung des Verkehrs erforderlich sein sollte.

Es ist dringend notwendig, festzustellen, ob auch alle Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen getroffen sind. Wirksamere Unfallverhütung ist wichtiger als Unfallentschädigung!

„Anständige“ Behandlung.

Einen höchlichen Vorfall konnte man Freitagabend auf dem Schlesischen Bahnhof beobachten. In dem dort um 11 Uhr 20 Min. eintreffenden Stadtbahnzuge, der dort sein Endziel hat, waren zwei Arbeiter eingeschlafen. Als der eine infolge Trunkenheit nicht sofort das Raupen verließ und dies auch trotz Aufforderung nicht tat, packten ihn mehrere Bahnbeamte an den Schultern und warfen ihn buchstäblich aus dem Zuge hinaus. Auf dem Perron blieb er dann mit dem Gesicht nach unten liegen. Daß ihm dabei keine Verletzung zugefügt ist, kann eigentlich wundernehmen. Auf die von den zahlreichen Passagieren ausgestoßenen Entrüstungsrufe drohte der diensttunende, äußerst schnellidig auftretende Stationsassistent mit Feststellung der einzelnen Personen. Statt nun die Betrunkene einfach laufen zu lassen, mußte auch noch dem Gesetze Genüge geschehen. Sie wurden, weil sie ihr Ziel überfahren hatten, unter nicht gerade sanftem Händedruck nach dem Stationsbureau gebracht und dann ebenfalls lebenswürdigerweise aus dem Bahnhof entfernt.

Wir glauben sicher, wenn der Eingekerkerte ein Passagier zweiter Klasse oder ein besser Gesellener gewesen wäre, wäre man anders mit ihm verfahren; so waren es einfache Arbeiter.

Vom Dach des Omnibus abgestürzt.

Gestern nachmittags 2 Uhr stürzte der 25 Jahre alte Schaffner Karl Ritzsch, Schöneberger Str. 30, der neuen Autobuslinie — blaue gelb — vom Dach des Wagens, wo er gerade mit Willkommengedanken beschäftigt war, in der Neuen Köhlerstraße über das Gelande auf das Straßenpflaster und schlug mit dem Kopf auf. Der Schaffner wurde in bewußtlosem Zustande nach der Rettungsstelle am Spittelmarkt gebracht, wo eine Gehirnerschütterung und schwere äußere Verletzungen festgestellt wurden. Von dort aus wurde der Verunglückte nach der Charité gebracht.

Von der Krautdröschle getötet.

Von einer Krautdröschle überfahren und getötet wurde Freitagabend gegen 7 Uhr der 27 Jahre alte Kaufmann Reinhold Konrad. Als er gegen 7 Uhr die Köhler- und Wilhelmstraße mit seinem Zweirad kreuzte, fahle ihn die Krautdröschle IA 7680 und schlugerte ihn mit solcher Wucht auf das Pflaster, daß er sich einen Schädelbruch zuzog. Der Verunglückte wurde von dem Wagenführer mit der Dröschle nach der Unfallstation in der Kronenstraße gebracht. Hier konnten aber die Ärzte nicht mehr helfen, er war schon tot.

Der „Schwindschweif“ Obermaat, über dessen Streiche und Tod wir berichteten, ist jetzt festgestellt worden. Der Mann heißt in

der Tat Bogt, mit Vornamen Otto, war aber nicht Obermaat, sondern fahnenflüchtiger Matrose. Er stammte aus Leipzig und war 24 Jahre alt. Bogt brannte vor einem Jahr von der ersten Matrosendivision in Kiel durch und war seitdem verschwunden. Wo er sich die ganze Zeit über herumgetrieben hat, weiß man noch nicht.

Kleine Nachrichten. Auf dem Wege zur Arbeit vom Tode überrascht wurde gestern morgen der Schlosser Hans Redmann aus der Berlingschenstr. 14, ein Mann von 30 Jahren. Auf dem Bahnhof Beusselstraße brach er plötzlich zusammen und verstarb, wahrscheinlich an Herzschlag, auf der Stelle. — An der Ecke der Berliner und Eisenbahnstraße in Schöneberg wurde eine in Zeitungspapier gewickelte Kindesleiche gefunden. — In einem Café der Friedrichstadt vergiftet hat sich gestern früh ein Mann, dessen Persönlichkeit nicht bekannt ist. Der Unbekannte ist etwa 40—45 Jahre alt und scheint dem Mittelstande anzugehören. Er trug einen braungrauen Anzug. In seinen Kleidertaschen fand man eine Brille und einen Anzeiger, aber keinen Pfennig Geld.

Bewegungsspiele im Freien für die arbeitende Jugend Berlins

finden statt: Spielplatz an der Bremer Straße: Mittwoch und Freitag, abends von 7—9 Uhr. — Humboldt-Hain (Rasenplatz): Montag und Donnerstag, abends von 7—9 Uhr. — Schillerpark (Rasenplatz): Mittwoch 7—9 Uhr abends. Sonntags 4—8 Uhr nachmittags. — Falkplatz (Rasenplatz): Mittwoch 7—9 Uhr abends. — Trepower Park (Rasenplatz VII): Mittwoch 7—9 Uhr abends, Sonntag 2—8 Uhr nachmittags. — Tempelhofer Feld: Mittwoch und Freitag 7—9 Uhr abends. — Friedrichshain (Rasenplatz): ab Montag, den 18. Mai: Montag und Mittwoch 7—9 Uhr abends; ab Sonntag, den 14. Juni: Sonntag nachmittags 3—6 Uhr.

Alle jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind dazu eingeladen. Für Spielgelegenheit ist reichlich gesorgt. Die Arbeitereltern werden ersucht, ihre schulentlassenen Söhne und Töchter auf diese Bewegungsspiele aufmerksam zu machen.

Dorortnachrichten.

Neukölln.

Die gefährlichen Jugendideale.

Am Freitag sollte die Neuköllner Jugend in einer unpolitischen Versammlung einen Vortrag über Jugendideale hören. Das Thema hat zwar mit Politik nichts zu tun, nichts desto weniger bietet es der Jugend eine reiche Quelle von Besehrung. Allein wenn man bedenkt, mit welcher Begeisterung ein Johann Gottlieb Fichte die Jugend mit hehren Idealen zu erfüllen strebte, wird man das Thema nicht hoch genug einschätzen können. Der preussischen Polizei schweben ansehnend grauenhafte Schreckbilder vor Augen, wenn sie von Jugendidealen reden hört. Einigen allem Recht und Gesetz verbot sie einhändig die unpolitische Jugendversammlung. Die heilige Hermandad hat sich nach dieser Riffion sicher schlafen gelegt in der Meinung, die Jugend und den Staat vor den gefährlichen Idealen bewahrt zu haben. Doch die Jugendlichen machten die Zusammenkunft trotz der Polizeikontrolle möglich. Etwa 700 Jugendliche lauschten bald darauf den Ausführungen eines Freundes der Jugend über das obige Thema. Sache der Arbeitereltern muß es immer und immer wieder sein, ihre Jugend mit dem Geiste der modernen Zeit zu erfüllen, um sie so zu bewahren vor den schädlichen Einflüssen der Reaktionäre und Finstlerlinge.

Charlottenburg.

Einen prächtigen Verlauf nahm eine im Volkshaus für die westlichen Vororte veranstaltete Versammlung der arbeitenden Jugend. Die Versammlung wies einen Besuch auf, wie er nur bei besonderen Anlässen zu verzeichnen ist. Den beiden Rednern des Abends, der Frau D o s t m a n n und dem Reichstagsabgeordneten Dr. C o h n, die in eindringlichen Worten auf die große Bedeutung des Zusammenschlusses der arbeitenden Jugend hinwiesen, wurde stürmischer Beifall gezollt. Die Charlottenburger Liebertafel hatte die Versammlung mit dem Liebes Liebeslied eingeleitet und mit dem Liebes Frühlingslied beschlossen. Ohne Zweifel wird diese echt proletarische Jugendkundgebung, die von der Polizei unbehelligt blieb, auf die Besucher einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen.

Röpenitz.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde zunächst der an Stelle des Genosse Weber zum Stadtverordneten gewählte Genosse Otto N i e l in sein Amt eingeführt. Weiter nahm die Versammlung Kenntnis von den Maßnahmen des Magistrats betr. die Eröffnung der Badeanstalt am Langen See, Kolonie Wendenhof. Danach wird die Badeanstalt zur Verpachtung ausgeschreiben. Sollte jedoch ein zu niedriges Gebot abgegeben werden, so soll die Verwaltung eventuell in eigener Regie erfolgen. Zum Brandenburgischen Städtetag am 25. und 26. Mai in Guben wurde u. a. auch der Genosse W o l d delegiert.

Tempelhofer-Mariendorf.

Volkshaus. Getragen von der Erkenntnis, daß nur in der Stärke die Macht liegt, haben sich die Gesangsvereine „Freie Sängerschaft Tempelhofer“, „Männerchor Mariendorf“ sowie der „Frauen- und Mädchenschor Tempelhofer“ zu einem gemeinschaftlichen Chor zusammengeschlossen. Die Vereinigung, die den Namen „Volkshaus Tempelhofer-Mariendorf“ angenommen hat, tagt vom 1. Juni bei Frau Salein (früher Gräfin) in Mariendorf, Chauffee Nr. 305. Die Übungsstunden finden statt: Frauen- und Mädchenschor jeden Sonntag von 9—11 abends, Männerchor jeden Donnerstag von 9—11 Uhr abends. Der Verein hat es sich zur Aufgabe gemacht, sich ganz in den Dienst der Arbeiterbildungsbestrebungen zu stellen. Er appelliert daher an alle ihm bisher fernstehenden Freundinnen und Freunde dieser Bestrebungen, durch zahlreichen Beitritt den Zusammenschluß zu unterstützen.

Bris.

Das schamlose Treiben eines anscheinend anormal veranlagten kräftig gebauten Mannes bildet seit längerer Zeit eine Gefahr für die Frauen und Mädchen, die die Ringluisstraße passieren. So wurde am Freitagabend gegen 8 Uhr wiederum eine Frau aus der Idealstraße, als dieselbe mit dem Kinderwagen und zwei Kindern die Zeltowalanalbrücke passierte, von dem entblößten Manne überfallen. Der Unhold ging so gewalttätig zu Werke, daß der Kinderwagen umgeworfen und die Kinder auf den Straßendamm fielen. Der Frau gelang es mit Ausbietung aller Kraft sich des Unholdes zu erwehren. — Gefragt wird darüber, daß die Ortspolizei gerade in jener Gegend mit ihrem Schuß völlig verlagert. Wir müssen annehmen, daß die Polizei nach Kenntnis des für Frauen und Kinder gleich gefährlichen Treibens eines solchen Unholdes für den weitgehenden Schuß Sorge trägt.

Mariensfelde.

In der letzten Gemeindevertreterversammlung teilte der Gemeindevorsteher mit, daß der Bohrbeitrag im Ort 91 518 M. beträgt. Es sei eine Vermögenszunahme von 2 300 000 M. zu verzeichnen. Bei der Abnahme der neu gepflasterten Dorfstraße stellte sich bei 20 Untersuchungen 17mal heraus, daß die Arbeit nicht vertragsgemäß ausgeführt ist. Die Straßenbaufirma W o r e h u. Co. soll aufgefordert werden, die Straße bedingungsgemäß herzustellen. Bei der Beratung über die Reparatur des Armenhauses beantragte der Vertreter Geride, vorher die Gesundheitskommission zu hören. Der

Vorsteher war der Ansicht, daß dies nicht zweckmäßig wäre, weil die Kommission wahrscheinlich die Meinung habe, daß das Armenhaus überhaupt nicht bewohnbar sei; auch dürfe das Armenhaus nicht so sehr komfortabel ausgebaut werden, da sonst der Zugang von armen Leuten zu erwarten wäre. Man beschloß schließlich, die Reparatur dem Unternehmer Feuerhald für den Betrag von 1155 M. zu übertragen. Ferner wurde beschlossen, einen Arbeitsnachweis für Dienstpersonal einzuführen. In das Auktatorium der höheren Schule wurden die Vertreter Fabrikbesitzer Caspari, Direktor Spiller und Kanzleirat Kohloff gewählt. Pfarrer Richter, der hierzu auch vorgeschlagen war, blieb in der Kinderheit.

Schmargendorf.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins wurde an Stelle des Genossen Busse, der den Ort verlassen hat, Genosse Jermisch als Kassierer gewählt. Zur Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Red u. Schmidt delegiert. Unter Verschiedenem wurde beschlossen, die Agitation für den Konsum endgültig im Juni vorzunehmen.

Hohen-Schönhausen.

„Die Bedeutung des Kinderhauses“ lautete das Thema, welches Genossin Demming in einem einstündigen Vortrag in der gut besuchten Mitgliederversammlung der hiesigen Bezirksorganisation behandelte. Auf den folgenden Frauenleseabenden wird ein Vortragsthema abgehalten werden über: „Die Frau und der Sozialismus“. Referent ist Genossin Demming. Der nächste Frauenleseabend findet am Dienstag, den 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Genossen Friß Rehger, Berliner Str. 66, statt.

Retzdorf.

Bei der am Freitag stattgefundenen Wahl der Gewergerichtsbekanntmachung wurden gewählt von den Arbeitnehmern die Kandidaten des Gewerkschaftskartells, die Genossen Scharrf, Jen, Ladner und Lorenz. Bei der Arbeitgeberwahl siegte im 3. Bezirk der Genosse Loh und in den anderen beiden Bezirken die bürgerlichen Gegner.

Schönow (Kreis Niederbarnim).

Laut Beschluß der Gemeindevertretung soll das Straßenland in der Friedrich- und Bienenstraße von den Anliegern an die Gemeinde aufgelassen werden. In dem am Freitag veröffentlichten Gemeindebericht war irrtümlich von einer Friedrich-Wilhelmstraße die Rede.

Wittenau-Vorsigtalbe.

Mit der Gründung eines Frauen- und Mädchenschors wird sich eine am Dienstag, den 19. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in den Vorsigtalbe Festhallen stattfindende öffentliche Versammlung beschäftigen. Stimmbegabte und langgestandene Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse, die Mitglieder des Gesangsvereins werden wollen, sowie alle Freunde des Arbeitergesanges werden zu dieser Versammlung freundlichst eingeladen.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Mariendorf. Dienstag, den 19. Mai, nachmittags 5 Uhr, in der Aula des Reformrealgymnasiums, Kaiserstraße 17/20.

Regel. Montag, den 18. Mai, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus.

Tempelhofer. Montag, den 18. Mai, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Gemeindevertretungszimmer, Dorfstr. 42.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Jugendveranstaltungen.

Röpenitz. Wegen Beerbigung des Genossen Gustav Feinrich (181) die Spielpartie der Jugend nach Herbedacht aus.

Kubersberg. „Kollégia“ begehrt heute 17. Mai sein 10jähriges Jubiläum, verbunden mit der Einweihung eines neuen Volkshauses. Gäste willkommen. Volkshaus: Ringluisstr. bei Spandau.

Berichtszeitung.

Vertrauter Aberglauben.

Die Tatsache, daß Angehörige der gebildeten Stände es einer ungebildeten Zigeunerin möglich gemacht hatten, sie mit Hilfe eines „Wahrsagertricks“ zu betrügen, kam in zwei Verhandlungen zur Sprache, welche die Berufsgerichtsamt beschäftigten.

Angeklagt wegen Betruges war in dem ersten Falle die Zigeunerin Albertine Laubinger. Die Angeklagte, welche mit Spinnen handelt, kam eines Tages zu einer Frau D., die in einem Vorort eine kleine Villa besitzt. Als die listige Zigeunerin durchblicken ließ, daß sie auch in der Kunst des Wahrsagens bewandert sei, war gleich Frau D. Feuer und Flamme, einmal einen Blick in die Zukunft zu tun. Auf Anordnung der D. mußte sie ihr sämtliches Geld, welches sie im Hause hatte, herbeibringen und auf einem Tisch ausbreiten. Nachdem die braune Dame mit dem üblichen Götuspokus das Jaubermantel „Abracadabra“ ausgesprochen hatte, setzte sie die Geldstücke zu allen möglichen geheimnisvollen Figuren zusammen. Bei dem Anstarr, den sie nun „wahrsagte“, spielte, wie gewöhnlich, ein blonder junger Mann, ein Brief u. a. eine Rolle. Nachdem sich die Zigeunerin dankend und litzend emiserat hatte, kamen der D. doch Bedenken. Sie zählte ihr Geld nach und erwiderte das Fehlen eines Zehnamarkstückes. Die Zigeunerin wurde eingeholt und ihr das Geldstück wieder abgenommen. Das Schöffengericht hatte die Angeklagte zu 5 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Strafkammer belieh es bei dieser milden Strafe mit der Begründung, daß eigentlich auch diejenigen Leute, die in dem Zeitalter der Aufklärung noch auf einen derartigen Kumpel hineinsinken, auf die Anklagebank gehörten.

Auch in dem zweiten Falle handelte es sich um eine Zigeunerin namens Anita Weiß, die eine alte Dame und deren Tochter um mehrere hundert Mark geprellt hatte. Die Angeklagte wurde eines Tages in Schildhorn mit der Rentiere F. bekannt. Im Laufe des Gesprächs kam die W., nachdem sie gesehen hatte, daß die Tochter mehrere Barzen an den Händen hatte, darauf zu sprechen, daß sie auch in der Geißkunst erfahren sei und insbesondere lästige Barzen entfernen könnte. Sie wurde daraufhin von den beiden Frauen nach ihrer Wohnung bestellt, wo die Zigeunerin einen schwarzen Zwirnsfaden mit so viel Knoten verflocht, wie Barzen vorhanden waren. Dieser Faden wurde dann unter allerlei Götuspokus verbrannt. Als die Barzen nicht weggingen, mußte Frau F. ihr ganzes Geld in einen Steinwurf tun, nachdem die Zigeunerin das Geld selbst in ein mit geheimnisvollen Zeichen bedecktes Papier eingewickelt hatte. Die Barzen waren nicht verschwunden, dagegen aber die Zigeunerin und mit ihr die angeblich in das Papier eingewickelten 327 M. Das Gericht verurteilte die Angeklagte zu 3 Monaten Gefängnis.

Man sieht, formale Bildung schützt vor Dummheit nicht.

Die Leiden eines Stiefkindes.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte hatte sich gestern eine Frau Ida Wolf, geb. Bellach, wegen Kindesmißhandlung zu verantworten. Die im 40. Lebensjahre stehende Frau wurde beschuldigt, ihr jetzt achtjähriges Stiefkind Dora mehrere Jahre hindurch fortgesetzt schwer mißhandelt zu haben. Diebezügliche Beobachtungen waren schon im Jahre 1911 gemacht worden, als die Eheleute Wolf im Hause Wiesenstr. 60 wohnten. Nachdem sie später in das Haus Kolberger Str. 17 gezogen waren, wurde auch hier bemerkt, daß die kleine Dora Schlimmes zu erdulden hatte. Die Kindeshauskommission machte, sobald sie Kenntnis davon erhielt, die ersten Ermittlungen — und bei einer Besichtigung des Kindes wurde der Verdacht einer groben Mißhandlung des Stiefkindes

roches zur Gemüthlichkeit. Hinterher griff auch der Verein zum Schutz der Kinder gegen Mißhandlung und Ausbeutung ein, und die gegen Frau Wolf eingereichte Strafanzeige führte dann zur Anklageerhebung.

Die Angeklagte behauptete vor Gericht, sie habe das Kind, weil es sehr ungezogen war, nur manchmal geschlagen, z. B. „so'n bißchen mit dem Federpüschel gehauen“. Daß sie, wie die Anklage ihr vorwarf, die Kleine auch mißhandelt, sie an den Haaren gerissen und gegen den Wasserleitungsausguß gestoßen habe, sei unwar. Der Vorsitzende stellte fest, daß inzwischen bereits das Vormundschaftsgericht dem Vater, der das Kind aus seiner ersten Ehe mitgebracht hatte, das Sorgerecht entzogen hat und Dora in fremde Pflege gegeben worden ist. Begründet worden sei das damit, daß der Vater von den Mißhandlungen des Kindes gewußt, aber nicht für Abhilfe gesorgt habe.

Die Beweisaufnahme ergab ein erschütterndes Bild der Leiden eines Kindes. Man habe, bekundeten verschiedene Zeuginnen und Zeugen, die Kleine Dora eigentlich fast nie ohne blaue Flecken gesehen. Ihr sei verboten gewesen, mit Hausbewohnern zu sprechen. Würde sie gefragt, wozu die Flecken waren, so habe sie verschüchtert geschwiegen oder ängstlich geantwortet: „Ich darf es nicht sagen.“ „Ich muß sagen, daß ich mich gestoßen habe oder gefallen bin,“ bekamte sie einmal einer sie ausfragenden Frau. Ganze Stunden habe Dora manchmal still auf dem Flur vor der Wohnungstür gestanden, auch bei bitterer Kälte, und habe gewartet, bis ihr gähhaft leises Kopfen endlich Gehör fand und die Tür sich öffnete. Oft habe man drinnen sie weinen und jammern gehört, und mal sei ihr Geschrei bis auf die Straße gedrungen, so daß Passanten stehen blieben und ihre Verwunderung äußerten. Eine Flurnachbarin litt unter dem, was sie hören und sehen mußte, so schwer, daß sie öfters mitweinte und andere bat, für Abhilfe zu sorgen. Diese Zeugin erklärte vor Gericht, daß sie mit Frau Wolf befreundet gewesen sei und sie sogar heute noch gern habe. Sie habe es aber nicht mehr mitanzusehen vermocht, wie Frau Wolf in ihrer Wut das Kind packte und schüttelte, wie sie es hin und her stieß, mit Häuten drauflos hieb und es an den Haaren riß. Diese Zeugin hat Blutspuren, die sie auf Mißhandlung des Kindes zurückführt, vor ihrer Küchentür und auf der Treppe bemerkt. Einmal fragte sie die Frau Wolf, was denn Dora heute wieder gemacht habe. „Das hat mich betrogen und genascht!“ schimpfte Frau Wolf. Als „Masthünd, Sauhund, Misthünd“ habe sie das Kind oft bezeichnet. Dora sei der Stiefmutter schon immer in weitem Bogen scheu ausgewichen. Eine andere Mitbewohnerin des Hauses traf das Kind mit angeschwollenem Gesicht, blutend aus Nase und Mund. Einmal zeigte sich die eine Hälfte des Gesichtes schwarzlich unterlaufen, und noch ehe diese Spuren ganz geschwunden waren, bemerkte die Zeugin einige Zeit später schon wieder eine ähnliche Blutunterlaufung auf der anderen Gesichtshälfte. Eine Zeugin bekundete, in der Wiesenstraße von ihrer Wohnung aus beobachtet zu haben, wie Frau Wolf das Kind „an die Wand schmiert“. Auch der Onkel des Kindes, ein Schwager der Angeklagten, hatte Mißhandlungsspuren bemerkt, Blutunterlaufung der Stirn, Risse am Ohr. Frau Wolf antwortete ihm, Dora stoße sich eben überall, und bei dem Bruder richtete er mit seinen Vorhaltungen ebensowenig aus. Als zu schlapp bezeichnete er ihn vor Gericht. Eine genaue Schilderung des Zustandes, in dem man das Kind gefunden hatte, gaben eine Helferin und ein Kontrolleur der Kinderschutzkommission und ein Kriminalbeamter.

Der Staatsanwalt führte aus, die Angeklagte sei überführt, das Kind mit ganz unmenschlicher Grausamkeit behandelt zu

haben, die auf einen hofflosen Charakter schließen lasse. Er beantragte 1 Jahr Gefängnis und sofortige Verhaftung. Die belastenden Ausfagen hielt der Verteidiger, Rechtsanwalt Spuhl, für Hausklatsch, phantastische Uebertreibung, entstanden aus Feindseligkeit. Der Ehemann sei aus der sozialdemokratischen Partei ausgetreten, das trage man ihm nun nach. (Unsere Ermittlungen haben nicht ergeben, daß Wolf seinen Austritt aus der Partei erklärt hätte.) Der Verteidiger beantragte Freispruch oder zu vertragen, um einen Arzt darüber zu hören, ob nicht die an dem Kind bemerkten Wunden auf eine Krankheit, etwa auf Strophulose Anlage, zurückzuführen seien.

Das Gericht wies diesen Antrag ab, weil man die blauen Flecken und blutunterlaufenen Striemen nur aus Mißhandlung erklären könne. Die Beweisaufnahme habe systematische Mißhandlungen ergeben, rohe Mißhandlungen eines wehrlosen Kindes. Auf den phantastischen Einfall, die Angeklagte als ein Opfer politischen Hasses hinstellen zu wollen, ging die Urteilsbegründung mit keiner Silbe ein. Das Urteil lautete auf 9 Monate Gefängnis, auch ordnete das Gericht sofortige Verhaftung an.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Zindenkstraße 99, vorn vier Treppen — Fahrstuhl — wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Zeugen trage man in der Sprechstunde vor.

Mit Rücksicht auf die vielen Anfragen in Steuerangelegenheiten verweisen wir noch besonders auf den in der Vorwärts-Buchhandlung erschienenen „Führer durch das Einkommensteuergesetz“ (Preis 30 Pf.).

52. R. R. Falls die Wohnung nicht weiter demietet wird, sind Sie zur Zahlung des Mietzinses verpflichtet. — F. R. 40. Die Kündigung ist zulässig. — G. R. 100. Sie sind zur Zahlung der vereinbarten Raten zu den Fälligkeitsterminen verpflichtet. Der Veräußerer könnte Klage erheben. — W. R. 74. Falls das Testament formgültig ist, haben die Geschwister keine Ansprüche. Kommen Sie mit dem Testament zum Zwecke der Nachprüfung in die Sprechstunde. — W. R. 1914. 1. u. 2. Kein. 3. Erzwungen können Sie das nicht. Es kann nur bei der Armenverwaltung für den Fall, daß Armenunterstützung bezogen wird, ein dahingehender Antrag gestellt werden. — Janke, Richtenrade. Der tatsächliche Reinerwerb wird zugrunde gelegt. Die Ausgaben für die genannten Zwecke sind abzugsfähig vom Bruttoerwerb. — G. R. 27. 1. Kein. Sie haben die Uebermittlungspflicht. — W. 74. 3. R. Wiederholen Sie Ihre Anfrage unter Beifügung der Sakungen der Krankenkasse und unter Mitteilung des Tages, an dem Sie entlassen sind. — H. R. 2. 1. An die Handwerkskammer. 2. Am zweckmäßigsten ja. 3. An seinen Hauptmann. — R. 55. Ja. — W. R. 60. 1. Sie können vom Wert Abhilfe verlangen. 2. Ob der Betrieb im Interesse von Stellungsgeltern geschieht, können wir nicht feststellen. Das Geschäftsgebahren der Firma ist übrigens im „Börsmarkt“ bereits wiederholt besprochen worden. — G. 86. Nein, da das Gesetz nicht so weit zurückliegende Wirkung hat. — F. R. 3. Wir halten eine strafbare Handlung nicht für vorliegend. — F. R. 1. Ja, Verjährung tritt erst nach Ablauf von drei Jahren ein. 2. Eine Beitreibung wird nicht zu erzielen sein. Jedoch muß nach Ihrer Darstellung die Klage abgewiesen werden. — G. R. a) Eine dahingehende Vereinbarung, zu der Ihre Zustimmung als Ehemann notwendig ist, ist im Verhältnis zwischen den beiden Erben rechtswirksam. b) Ja, wenn die Umschreibung des Grundstücks auf den Namen des Vaters erfolgen soll. c) Ja, soweit Ihre Frau in Frage kommt. d) u. e) Die Sparte kann Vorlegung eines Urtheils, auf beide Erben lautend, verlangen. f) u. g) Das ist notwendig, wenn Ihre Frau von der Haftbarkeit befreit werden will. — H. R. 452. Zur Annahmeverweigerung und zur Aufhebung der Kündigung sind Sie nur dann berechtigt, wenn sich durch Sachverständigenurtheil die Schädlichkeit des Schuttmittels nachweisen läßt. Der Rückzahlungsanspruch würde eventuell durch Klage beim Amtsgericht geltend zu machen sein. — H. R. 98. Erfolg zweifelhaft. Waske, Reutkölln. Wir halten Sie persönlich nicht für zahlungspflichtig. Ob Ihre Schwester dazu verpflichtet ist, kann nicht beurteilt werden, da die Höhe des Einkommens derselben nicht angegeben ist. — W. R. 49. Sie

können unter Stellung einer Pfand Abkündigung der Mängel beim Reuefierung des Spiegels verlangen und androhen, daß Sie nach Ablauf der Frist Klage auf Zurücknahme erheben werden. Eine solche Klage hat Aussicht auf Erfolg. Zur Zahlung einer besonderen Entschädigung halten wir Sie nicht für verpflichtet. Sie würden allerdings zur Begleichung der Abmündungskosten verpflichtet sein. — C. R. 100. 1. u. 2. Ja. R. 48. 1. Ja, und zwar von der Landesversicherungsanstalt den Betrag, den die Krankenkasse zu leisten verpflichtet wäre für den Fall Ihrer Krankenhausbehandlung. 2. Die Landesversicherungsanstalt kann die Leistungen erhöhen. Für die Ansprüche an den Verband sind die Zahlungen maßgebend. 3. Weitere Rechtsansprüche stehen nicht zu. Ihre Frau kann eventuell Armenunterstützung beantragen. — W. R. 93. 1. Kein. 2. Sie können auf den Pflichtteil — Hälfte des geschiedenen Erbteils — gesetzt werden. — F. R. 40. Dazu wären Ihre Eltern belangt. — R. W. 29. Das ganze Jahreseinkommen kann hinzugerechnet werden, falls Ihre Frau noch erwerbsfähig ist. — G. R. 29. Nein, sofern Sie im vorjährigen Jahr infolge Arbeitslosigkeit oder Krankheit ein Fünftel des Jahreseinkommens verliert gegangen sind. Abdomen wird das mutmaßliche Einkommen des laufenden Steuerjahres der Veranlagung zugrunde gelegt. Sie können aber noch jetzt wegen des infolge Arbeitslosigkeit entgangenen Arbeitseinkommens Steuerertrag bzw. Ermäßigung beantragen. — E. R. 321. 1. Nicht erforderlich. 2. Sie können durch einen Rechtsanwalt die Klage auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft erheben lassen. Der Klage muß ein Ehebündnis vorliegen. — F. R. 3. Nicht strafbar, weil die Anmeldung nach dem Gesetz ja nicht anders zulässig war. Der Ehemann hat jedoch das Recht, die Klage auf Annullation der Eheschließung zu erheben, falls nicht bereits mehr als ein Jahr verstrichen ist, von dem Zeitpunkt ab gerechnet, wo der Mann von der Geburt Kenntnis erhalten hat. — W. R. 84. Ja. — G. R. Nr. 99. 1. u. 2. Dadurch erledigen sich die übrigen Fragen. — W. R. Nr. 88. Kein. — F. 156. Der Reichstag hat 397, das Abgeordnetenhaus 448, das Herrenhaus etwa 400 Mitglieder. Der Bundesrat hat 61 Bevollmächtigte, diese werden von den Einzelstaaten bevollmächtigt und können jederzeit abberufen werden. Ein Abgeordnetenmandat dauert fünf Jahre. Wer der mehrschichtigen Rechtsanwaltschaft nicht angehört, ist nicht zulässig. — W. R. 39. Kein. — F. 1. Kein. Wenden Sie sich an die Stellungsdeputation des Magistrats Berlin, Poststr. 16. — F. R. 67. Rufus in der Charité vom 1. Oktober bis Ende März, Meldung zur Erlangung eines Vorprüfungsgeschnittes bei dem für Ihren Wohnort zuständigen Kreisarzt und demnachst beim königl. Polizeipräsidium. Kosten annähernd 300 M. — F. R. 23. Richten Sie das Gesuch direkt an die Leitung der Anstalt. — F. R. 12. Sprechen Sie mit dem Rektor der Schule. — F. R. 100. 1. Esmarckstr. 4. 2. Campenhausstr. 20. — F. R. 65. Fragen Sie an bei der Zentralkommission der Krankenkassen, Berlin, Alexanderstr. 39/40. — R. 59. § 172 Reichsstrafgesetzbuch setzt das Strafmaß für Gebrauch des Beschlusses (Schwank) zwischen 1 Tag und 6 Monaten Gefängnis fest. Die Verurteilung tritt nur auf Antrag des unglücklichen Teils ein. — F. R. 14. Unseres Erachtens nein. — R. W. 66. Ja, wenn die Klage es verlangt. Bei Minderjährigen verlangt schon das Vormundschaftsgericht die Auseinandersetzung. Der Anteil läßt sich nur beurteilen, wenn wir wissen, wann die Ehe geschlossen ist und wo der erste Eheverlobte gewohnt ist. — G. R. 24. Ja, für die Dauer von drei Monaten. — W. R. 6. 1. Ja, beschweren Sie sich beim Versicherungsamt, Klosterstraße 65/67. Ein Rechtsanspruch darauf besteht nicht. — W. R. 23. 1. Eigenhändig geschriebenes, mit Ortsbezeichnung, Datum und Unterschrift versehenes, privatschriftliches Testament ist gültig. 2. In einem solchen Falle ja. 3. Das ist zulässig, aber nicht absolut notwendig. — R. R. 38. 1. und 2. So weit ersichtlich, ist die Klage ausfindiglos. 3. Eine derartige Ehescheidung, wenn gleichzeitig die körperliche Uebergabe erfolgt ist, ist rechtsgültig. Bleibt der Ehemann im Verzug, so muß ein Schenkungsverprechen, um Rechtsvollkommenheit zu haben, zu notariellem oder gerichtlichem Protokoll erklärt sein. — W. R. Wald 22. Die Sachverteilung reicht nicht aus, kommen Sie in die Sprechstunde. — Paul Wenzel, Groß-Räthen 104. Wenn das Bildnis in der bezeichneten Ausfertigung bestellt war und dies nachweisbar ist, können Sie beim Amtsgericht Kostbus Klage erheben. — F. R. 34. 1. Beantragen Sie bei der Landesversicherungsanstalt Stellung von Duplikaten. Sie müssen aber die Bescheinigungen der Arbeitgeber darüber, daß Versicherungsmarken in der fraglichen Zeit geleistet sind, beibringen. 2. Ja, bestehen durch die Berliner Illustrationsgesellschaft, Admigräger Str. 62. — Wedding 100. 1. und 2. Die Sachen sind Ihr Eigentum. 3. Für die Schulden haften Sie persönlich nicht. — Posteur. Die Forderung erscheint nicht einklagbar. — G. R. 35. Zur Abgabe der löschungsfähigen Quittung ist der Gläubiger verpflichtet, sobald er Zahlung erhalten hat. Die Kosten gehen zu Lasten des Eigentümers, falls nicht anderweitig Vereinbarung getroffen wird. — W. R. 90. Das ist nicht bekannt. — F. R. 14. Sagen Sie sich zuerst mit Ihrer Verursachung in Verbindung. Ueber die Verhältnisse dürfen Sie bei der Zentralstelle für Auswanderer, Am Karlsruh 9/10, nähere Auskunft erhalten.

Leisen

neue Modelle

Neueröffnung demnächst: Friedrichstr. 129
 König-Strasse 34 Oranien-Strasse 47a Müller-Str 3a
 Leipziger Strasse 65 Oranien-Strasse 54 Neukölln, Bergstr. 7/8
 Tauentzien-Strasse 20 Friedenau, Rheinstr 14 Moabit, Turmstrasse 50

Weiß Leinen 5,90
" " 2,90

Beige Chevron: 8,00
" " Goody: 11,00
Feinste Ausführung 10,50

1a: Chromlack mit Topas & Grau Chevraufsatz
beige, hell- & dunkelgrau oder M 12 50

Schwarz, Braun, Grau & beige Chevrauf Box calf, 1a Chromlack Good: V 12 50

Grau, beige weiß Leinen 3,00 5,00
Orig Goody: V 10,50

1a Chromlack mit mod. Kammgarn und feinstbr. Leder einfarbig: 12,50 14,50 16,50

Weiß Leinen: 4,90

1a Chromlack: 8,00 12,50

1a Chromlack mit mod. Kammgarn & feinstbr. Leder einfarbig: 12,50 14,50 16,50

Tennis-Schuhe Sandalen

HERMANN TIETZ

Leipziger Strasse
Alexanderplatz
Frankfurter Allee

118a

Großer Verkauf besonders billiger Kinderwäsche

Eigens für diesen Verkauf aus äußerst soliden Stoffen mit
1a Stickereien und in erstklass. Verarbeitung angefertigt

Einheitspreise für angegebene Größen



Serie I aus gutem Renforcé mit
1a Stickereien garniert

Serie I:

laut Abbildung
mit sortierten
Stickereien

Mädchenhemd	Länge 45-70 cm	95 Pf.	Länge 75-100 cm	1 35
Beinkleid	Länge 30-45 cm	95 Pf.	Länge 30-65 cm	1 35
Nachthemd	Länge 65-85 cm	1 95	Länge 90-120 cm	2 05
Prinzessbrock	Länge 30-70 cm	2 95	Länge 75-100 cm	3 75

Serie II:

mit sortierten
Stickereien

Mädchenhemd	Länge 45-70 cm	1 85	Länge 75-100 cm	1 95
Beinkleid	Länge 30-45 cm	1 35	Länge 30-65 cm	1 95
Nachthemd	Länge 65-85 cm	2 65	Länge 90-120 cm	3 60
Prinzessbrock	Länge 30-70 cm	3 50	Länge 75-100 cm	4 50

Serie III:

laut Abbildung
mit sortierten
Stickereien

Mädchenhemd	Länge 45-70 cm	1 55	Länge 75-100 cm	2 10
Beinkleid	Länge 30-45 cm	1 55	Länge 30-65 cm	2 10
Nachthemd	Länge 70-90 cm	2 95	Länge 100-120 cm	4 25
Prinzessbrock	Länge 30-70 cm	3 50	Länge 75-100 cm	4 75

Serie IV:

Knab-Hemd	Maßstab, Länge 45-65 cm	70 Pf.	Länge 70-85 cm	1 10
Knabennachthd.	Länge 65-80 cm	1 45	Länge 90-110 cm	1 95



Serie III aus feinem Renforcé mit 1a Schweizer
Batist-Stickereien garniert

Ein Posten	Untertaillen für Damen, steif mit Stäben	95 Pf.	1 35	1 95
Ein Posten	Unterröcke für Damen, mit reichen Stickereien	4 25	5 50	
Ein Posten	Damenbeinkleider Knieform, m. Sticker. garn.	1 95	2 25	2 95

Ein Posten	Nachthemden für Damen, mit vorzüglicher Stickerei	2 75	3 90	5 50
Ein Posten	Damenhemden gute Stoffe, feine Stickereien	1 95	2 50	2 95
Ein Posten	Prinzess-Unterröcke f. Damen, vorz. Sitz	4 50	6 90	8 50

Garbáty

Cigaretten

für
Qualitätsraucher



Jeder neue Kunde, der von heute ab in einem meiner 4 Geschäfte Einkäufe im Werte von mindestens M. 40.— bei einer sofort zu leistenden Anzahlung von M. 10.— macht, erhält

1 Rotes + Los gratis
Gewinne im Werte von 75000 M.

2667 Gewinne | Ziehung 18 u. 19 Juni 1914 | 75 000 Lose

Jedermann ist seines Glückes Schmied!

Darum wende sich jedermann vertrauensvoll an

KREDIT-FEDER

Centrale Norden

Brunnenstrasse 1, Eingang Weinbergsweg 28

Filiale Osten | Filiale Süden | Filiale Westen

Frankf. Allee 89 | Kottbuser Damm 103 | Charlbg., Scharrenstr. 5

Mit jeder nur annehmbaren Anzahlung eventuell auch ohne jede Anzahlung an Beamte und Kunden, die bei mir oder anderweitig ein entsprechendes Konto besitzen und prompt erledigt haben,

Anzüge u. Paletots
in deutschen und englischen Stoffen, prima Qualitäten

Jungs- u. Knaben-Garderobe

Kostüme u. Kleider
nur letzte Neuheiten, in einfachem und eleganten Genre.

Backfisch- u. Mädch.-Konfektion

Damenhüte • Stangenreihen • Feine Wäsche

1 M. Wochen- rate | **Schuhwaren** | 4 M. Monats- rate



Sensations-Verkauf

Nur noch ganz kurze Zeit
Leipziger Strasse 104
vis-à-vis Kempinski.

Bitte genau auf die Hausnummer zu achten!
Des grossen Andranges in den Nachmittagsstunden wegen Besuch möglichst vormittags erbeten.

Waschkostüme	sonst bis 38.—	für M.	9.—
Sportjackets	sonst bis 26.—	für M.	9 1/2
Reise-Mäntel	sonst bis 42.—	für M.	12.—
Kunstseidene Strickjacken	sonst bis 36.—	für M.	18.—
Phantasie-Kostüme	sonst bis 55.—	für M.	19.—
Leichte Voile-Kleider	sonst bis 52.—	für M.	18.—
Winter-Ulster	sonst bis 56.—	für M.	18.—
Gesellschaftskleider	sonst bis 100.—	für M.	25.—
Blusen	sonst bis 9 1/2	für M.	3 1/2
Pelzmäntel	sonst bis 350.—	für M.	105.—
Plüschmäntel	sonst bis 240.—	für M.	68.—

Sonntag 8 bis 10 Uhr geöffnet!

Frotté

KOSTÜME-KLEIDER BLUSEN-RÖCKE

Wir haben diesem so beliebten Stoff unsere grösste Aufmerksamkeit geschenkt und bringen in dieser Woche besonders preiswerte Neuheiten

Frotté-Kostüme in weißen, farbigen und karierten Stoffen	Frotté-Kleider in weiß u. modernen Farben, geschmackvolle Fassons
M. 18 ⁵⁰ 23,- 34,- 41,- 58,-	M. 17 ⁵⁰ 24,- 27,- 34,- 45,-

Frotté-Röcke in modernen Fassons, mit und ohne Tunique	Frotté-Blusen und Wasch-Crêpe. Fesche neue Fassons
M. 3 ⁷⁵ 6 ⁵⁰ 7 ⁵⁰ 9 ⁵⁰ 13 ⁵⁰ 16 ⁵⁰	M. 2 ⁹⁰ 4 ⁹⁰ 5 ⁹⁰ 6 ⁷⁵ 8 ⁷⁵

Der neue **Covert-coat-Paletot** ^{in vorzüglicher Verarbeitung und neuen aparten Fassons} 25 M. an

Moderne **Capes** in vielen Fassons und Farben 11⁵⁰ 19⁵⁰ 29,- 33,- 45,- 66,-

Sonder-Angebote

Nur in unserm Stammhause am Oranienplatz

Modell-Kostüme in elegantem Genre, zum Teil Seide, letzte Neuheiten	Modell-Mäntel ^{Cape- und Paletot-Formen,} in eleganten Genres, letzte Neuheiten
Früher M. 85 bis 180	Früher M. 60 bis 200
Jetzt M. 29, 45, 58 bis 98	Jetzt 24, 32, 39, 49 bis 90

Illustrierter Modenbericht kostenlos.

Leipziger Str. 42 • BERLIN • Oranienstr. 165

MAASSSEN



Frotté-Kleid in allen modernen Farben mit reich gestickten Volants, Seidengürtel und Batistgarnitur . M. 49⁵⁰



Frotté-Kleid in weiß, fesches Fasson mit Tunique, Gürtel und Kraut aus Seiden-Maire M. 37⁵⁰

Kartoffel-Floden

Sind gedämpfte, getrocknete, Rohkartoffeln, bestes Futter für Geflügel, Klein- u. Großvieh, von 1/2 Str. ab Frankfurt a. D. gegen Nachnahme liefern billigt. Führt & Alexander, Frankfurt a. D.

Diese Woche

Extra-Verkauf
Buntpersische doppelseitige
Diwandecken

M. 6⁷⁵ 8⁷⁵ (bis her 10-15 M.)
einfachere Qualität 4³⁵ 4⁹⁵

Mokett-Plüsch ^{Diwan-}
decken

Moderne **kleine Muster** 16⁷⁵ (regulär 27 M.)
Mokettischdecken 9³⁵ (bisher 15 M.)

Teppich - Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158

Unter nirgends Filialen!

Spezial-Katalog

650 Abbildungen gratis u. franko.
Frankoversand aller Waren v. 20 M. an

Berlins größtes Kredithaus ALLE TAGE ANDERS

direkt am Nettelbeckplatz — Bahnhof Wedding

AUF KREDIT

Herren-Garderobe • Damen-Garderobe
Kinder-Garderobe für Knaben u. Mädchen
Wöchentliche Teilzahlung nur 1.- Mark

Sport- und Kinderwagen
Kolossale Auswahl! — Preise so billig wie nur möglich!

Gratiszugabe: Herren: eleganter Hut oder moderner Stock.
Damen: elegante Lederwaren usw. usw.
Bis zum Pfingstfeste Verabfolgung der doppelten Anzahl Sparmarken der Rabatt-Gewährungs-Genossenschaft oder 50 Prozent Rabatt in bar pro Mark für Anzahlung.

Einziges Waren-Abzahlungs-Geschäft, das zur Verabfolgung der Sparmarken der Rabatt-Gewährungs-Genossenschaft berechtigt ist.

Waren- und Möbel-Kredit-Haus ALLE TAGE ANDERS

Größtes Haus am Nettelbeckplatz

Pank-, Gericht- und
Reinickendorfer Str.-Ecke.
Parterre, I., II., III., IV. Etage.

METZNER

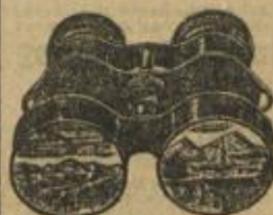
Kinderwagen-Welthaus

Metall-Bettstellen
Kinder- und Rohr-
Möbel • Korb-
waren Ruhestühle
Puppenwagen Alle
Kinderfahrzeuge etc.
Größte Auswahl Berlins

Andreasstr. 23 Andreasplatz
Brunnenstr. 95 • Beusselstr. 67
Leipziger Str. 54, Neukölln, Bergstr. 133
Spandau, Charlottenstr. 24a

Das Universal-Fernglas

Ein billiges, aber gutes Glas!



Die hervorragenden Eigenschaften unseres speziell für **Reise, Sport, Theater, Jagd** usw. gleich gut geeigneten Universalglases durch Worte zu beschreiben, erscheint uns ungenügend. Damit sich jeder Mann von der Ausstattung, den optischen Leistungen und der Preiswürdigkeit unseres Glases persönlich überzeugen kann, versenden wir **10 000 Stück kostenlos**

5 Tage zur Probe mit Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen. Wir liefern es mit feidüchlichem Etui und 2 Um- 2 M. ohne Anhängern für nur 38.80 M. gegen Monateraten v. zahlung. Verlangen Sie sofort Ansichtsendung. Postkarte genügt.
Bial & Freund, Postfach 120/225 Breslau II
Photogr. Apparate unter gleichen Vergünstigungen laut Katalog



A. WERTHEIM



Leipziger Str. Königstr.

Versand-Abteilung
Leipziger Str. 132-137

Rosenthaler Str. Moritzplatz

Montag bis Mittwoch

Extra-Preise!

Montag bis Mittwoch

Grosser Wäsche-Verkauf

Garnituren

Garnituren Stickerei Myrthenmuster, eigenes Muster der Firma

Damenhemd	3.10
Damen-Beinkleid	2.85
Damen-Nachthemd	5.25

Rosen-Wäsche Muster gesetzlich gesch.

Damenhemd	1.90
Damen-Beinkleid	1.90
Damen-Nachthemd	2.25
Damen-Jacke	halsfrei 2 M.
Untertaillen	amerik. Form, ohne Stangen 1.75

Garnituren mit Stickerei-Ansatz

Damenhemd dazu	2.90
Damen-Beinkleid dazu	3.35
Damen-Nachthemd dazu	5.25

Damenhemden

Damenhemden Fassonschnitt, mit Langgett.u.Durchbruch 2 M.

Damenhemden	mit Stickerei-Ansatz	2.05
Damenhemden	mit Stickerei-Ein- u. Ansatz	2.40
Damenhemden	Fassonschnitt, mit Stick-Ein- u. Ansatz	2.35

Damenhemden mit verschiedenen Stickereien 1.25 1.45 1.55

Nachthemden

Damen-Nachthemden Renforcé, mit Stickerei-Volant 2.95 4.15

Damen-Nachthemden Renforcé, mit Stickerei-Ein- und Ansatz 5.50

Damen-Nachthemden Renforcé, mit Stickerei-Ansatz, halstref. . . . 3.70

Untertaillen

Untertaillen mit Stickerei-Ein- u. Ansatz 1.60 bis 2.60

Untertaillen mit Stickerei-Ein- u. Ansatz und seidnem Banddurchzug 2.10 bis 3.35

Untertaillen mit Spitzen u. Stickerei 2.80 u. 3.10

Untertaillen mit Tüll u. Banddurchzug 2.15

Untertaillen mit Tüll 2.45

Ein Posten handgenähter

französ. Damenwäsche

Damenhemden mit Spitzen-Ein- und Ansatz 2.90 3.25 3.75

Damen-Beinkleider Calotte-Form 2.90 3.25 3.75

Damen-Nachthemden 5.50 6.25

Damen-Nachthemden handgestickt 5.90

Genossenschaft Berl. Bandagisten

NO 16, Köpenicker Str. 98 b
zwischen Neander- und Neue Jakobstraße)
Gegr. am 1. Juli 1907 von organisierten Bandagisten-Gehilfen.

Bruchbandagen, Leibbinden, Plattfüßelagen, Gummiwaren,
Artikel zur Krankenpflege u. dergl.

:: :: Lieferung aller Krankenkassen Berlins und Vororte, :: ::
des Verbandes der Hausarztvereine und der Konsum-Genossen-
schaft Berlin und Umgegend. 103,9*

Eigene Werkstatt. Fachgemäße Bedienung.
Für Damen weibliche Bedienung.



Klopfe mit Luft!

Teppich-Reinigung
und sämtliche Nebenarbeiten

Staehr & Co.

Berlin S 42, Gitschiner Straße 80

Fernspr.: Amt Moritzplatz 216 u. 226.

Aufbewahrung. — Entmottung von Polster-
möbeln. — Chemische Reinigung. — Kunst-
stopferei. — Bettfedern-Reinigung.

Vacuum-Entstaubung mit fahrbaren Apparaten.

Klopfe mit Luft!

Konfektion

Paletots von schw. Tuch- und 20 M.
Kammgarnstoffen von an

Paletots von engl. 15 M.
Stoffen v. an

Kostüme reiche Aus-
wahl in
engl. Stoffen, Kamm-
garn und Tuch . . . von 18 M. an

Kostüm - Röcke 400
größte Auswahl . von an

Alpaka-Mäntel v. 12 M. an

Wasserd. Stoffmäntel v. 18 M. an

C. PELZ

Kottbuser Strasse 5

Steppdecken

größte Auswahl, billigst;
auch Einarbeiten alter
Steppdecken.
Bernhard Strohmandel.
Fabrik Berlin, Volkstr. 72.

Biesdorf

Station der Stadtbahn

Route 20 Mk. an

Neu-Sadowa

Stat. Sadowa, S.d. Strasse n. Biesdorf

Route 15 Mk. an

Auskunft bei unserem Vertreter
Neugbauer, Biesdorf, Karl-
strasse 23 und Neu-Sadowa:
Restaurant „Waldfrieden“.

Nieschalke & Nitsche

Berlin NO 42, Neue Königstr. 16
Fernspr. Amt Königst. 6376.



Problem Cigarettes Moslem

Trustfrei

KON-
LINON

Garderobe

auf Teilzahlung

Herren-Anzüge, Paletots

in prima Qualitäten und in modernsten Stoffen

Damen-Garderobe

Kostüme, Kleider, Mäntel, Röcke, Blusen usw. ingr. Ausw.
Neu aufgenommen! Gummi-Mäntel Neu aufgenommen!

bei denkbar kleinster Anzahlung

Wochenrate 1 Mark an.

Ferner empfehle: **Komplette Wohnungs-Einrichtungen.**

Auch einzelne Möbel zu herabgesetzten Preisen.

Sport- u. Kinderwagen, Teppiche, Portieren, Tisch-
decken, Steppdecken, Gardinen, Stores, Bettwäsche,
Leibwäsche, Betten, Wand-Uhren, Taschen-Uhren,
Bilder, Spiegel, Gas- und Petroleum-Kronen.

S. Dorn, Weinmeisterstr. 9
Ecke Alte Schönhauser Str.

Sonntag von 8 bis 10 Uhr geöffnet

Reichstag.

289. Sitzung. Sonnabend, den 16. Mai 1914, vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Deibrück. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des

Etats für den Reichstag.

Zwei Resolutionen Wasser mann (natl.) und Genossen fordern freie Eisenbahnfahrt für die Abgeordneten während der ganzen Legislaturperiode und die Einsetzung einer besonderen Kommission für Handel und Gewerbe. — Eine Resolution Behrens (Wirtsch. Gg.) verlangt die Einsetzung einer Kommission für Sozialpolitik und Arbeiterfragen.

Abg. Ledebour (Soz.):

Der Etat des Reichstages gibt uns Gelegenheit, über die ganze Art der Erledigung der Reichstagsgeschäfte zu sprechen. Die Unmöglichkeit, den Etat rechtzeitig zu verabschieden, und den übrigen vorliegenden Gesetzesstoff aufzuarbeiten, wächst sich von Jahr zu Jahr mehr zu einer wahren Katastrophe aus. Ihre Ueberwindung ist keine Parteifrage. Alle Parteien des Hauses haben ein Interesse daran, die

Arbeitsfähigkeit des Reichstages

und die Elastizität seiner Geschäftsführung zu erhöhen. Wir haben in dieser Beziehung ja gewisse Fortschritte durch Einführung der kleinen Anträge und dergleichen erreicht, aber das Diätengesetz schränkt die Bewegungsfreiheit des Reichstages in gefährlicher Weise ein. Seine Bestimmung, daß die erste Diätanzahlung am 1. Dezember und die letzte vor der Schlußrate am 1. April erfolgt, hat zur Folge, daß der Reichstag fast nie vor den letzten Dezember tagen einberufen wird, und daß im Quadrat der Entscheidung vom 1. April der Feriendrang immer stärker wird, bis er Ende Mai eine unwiderstehliche Kraft erlangt. Dadurch wird die Dispositionsfreiheit des Reichstages in der Erledigung seiner Geschäfte vollkommen aufgehoben. Erweist es sich einmal als ganz unmöglich, die Arbeiten in der genannten Zeit zu erledigen, dann muß ein besonderes Diätengesetz für den Einzelfall den Reichstag zusammenhalten. Das ist schon vorgekommen und kann jeden Tag wieder vorkommen, und ist schon an sich ein genügender Beweis, daß das Diätengesetz unrichtig formuliert und nicht genügend elastisch ist. Die Reichstagsarbeit wird durch die wirtschaftliche Entwicklung und Deutschlands Hineinziehen in weltpolitische und kolonialpolitische Fragen naturgemäß von Jahr zu Jahr umfangreicher. Aber infolge des Diätengesetzes fehlt die Möglichkeit, den zunehmenden Beratungsstoff vernünftig einzuteilen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Diätengesetz wirkt auf eine Verkürzung der Zahl der Arbeitstage und eine Verlängerung der Arbeitsstunden hin. Vor dem Diätengesetz war eine Plenarsitzung von mehr als 5 Stunden Dauer eine außerordentliche Seltenheit, jetzt wächst die Sitzungsdauer von Session zu Session. Dabei sind 5 Stunden Plenarsitzung vollkommen hinreichend für den, der wirklich an der Reichstagsarbeit teilnimmt, besonders wenn er vorher drei Stunden Kommissionsitzung gehabt hat. Denn in der Kommission kann man sich unmöglich der Arbeit so entfremden wie im Plenarsitzungssaal, wo überall Gruppen umherstreifen und sich unterhalten und aufpassen, daß sie die richtige Zeit für das Mittagessen nicht verpassen. (Große Heiterkeit.) Acht Stunden Sitzungsdauer ist das höchste, was der Reichstag leisten kann. (Sehr wahr!) Diese Zeitdauer wird jetzt fortgesetzt ungeheuer überschritten, namentlich gegen Ende der Session oder des Sessionsabschlusses wird zusammengedrängt und durchgepeitscht, was noch irgend hindurchgehen will. Für die ganze dritte Etaslesung sollen wir diesmal einen Tag haben. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Soz.) In einem früheren Jahre haben in der dritten Lesung bei der Generaldebatte die bürgerlichen Parteien in wunderbarer Enthaltensamkeit sämtlich nicht das Wort ergriffen. Dabei soll die dritte Etaslesung das Gesamtergebnis der Staatsberatungen geben und die politischen Konsequenzen daraus ableiten. Die jetzige Verhandlungsmethode ist mit den Zwecken des Reichstages jedenfalls nicht in Einklang zu bringen. Bei der ersten und dritten Etaslesung und bei der zweiten Lesung des Etats des Auswärtigen Amtes und des Reichslanzlers soll er in Abständen von je ein paar Monaten Gelegenheit zur Förderung der wichtigsten politischen Fragen haben. Durch die Zusammendrängung des Reichslanzlers Etats mit der dritten Lesung wird ihm eine dieser großen Gelegenheiten geradezu genommen. Ich kann nicht begreifen, daß hervorragende Mitglieder des Hauses darin gelegentlich noch einen Vorteil für den Reichstag erblicken wollten. Dazu kommt, daß die Kommissionsberichte jetzt in Etüden vor das Plenum gebracht werden, daß die Etats hier in der zweiten Lesung erörtert werden, ehe sie in der Kommission erledigt sind. Alle diese Uebelstände werden von Jahr zu Jahr schlimmer und

schädigen die ganze Reichstagsarbeit.

Die Abgeordneten werden bei der gegenwärtigen Geschäftsführung überbürdet und abgegrüt. (Wielaches Sehr wahr!) Denn der Abgeordnete muß ja nicht nur hier seine Stunden abgeben, sondern sich doch auch auf die Sitzungen vorbereiten. Es sollte unüberdrückliches Gesetz sein, daß nach 6 Uhr abends im Reichstagsgebäude nicht mehr verhandelt wird. (Wielache Zustimmung.) Aus Rücksicht auf die Abgeordneten, aus Rücksicht auf die Beamten und aus Rücksicht auf die Presse. (Sehr wahr!) Die Reichstagsbeamten haben jetzt vielfach einen zwölfstündigen Arbeitstag. Auch die Pressevertreter können nicht einfach davonlaufen, wie wir Abgeordnete, sondern müssen dauernd auf dem Posten sein. Dabei ist ihr Amt an sich aufreibend und schwerlich genug. (Sehr wahr!) Ich habe mit Freude gehört, daß die Herren von der Presse bereits den Beschluß gefaßt haben, diese Ueberbürdung künftig von sich abzuwehren. Die Schuld an all diesen Mängeln trägt in erster Linie das Diätengesetz. Die Einführung eines Tagesdiätens würde dem Reichstag die volle Dispositionsfreiheit geben. Aber auch eine andere Verteilung des Haushaltes mit gleichmäßigen Monatsraten könnte schon Besserung schaffen. Ich will auf die Einzelheiten nicht eingehen, weil in diesem Stadium der Geschäfte ein praktischer Erfolg doch nicht mehr zu erzielen ist. Aber zu Beginn der nächsten Session sollte ein gemeinschaftlicher Initiativantrag aller Parteien die Neuregelung des Diätensystems herbeiführen und die geübten Uebelstände abschaffen. (Lebhaftige Zustimmung.) Bei dieser Gelegenheit sollten wir dann auch die Ausdehnung der Freifahrtskarten auf die ganze Session durchsetzen. Es ist des Reichstages nicht würdig, daß die Regierung oder Anhänger der Regierung die Möglichkeit haben oder zu haben glauben, den Reichstag durch die Inanspruchnahme der Vertagung, die den Abgeordneten die Freifahrtskarten läßt, zu beeinflussen. Der Reichstag in seiner Gesamtheit ist allen derartigen Instruktionen auf das entschiedenste entgegenzutreten. Aber daß überhaupt jemand glaubt, auf die Abgeordneten durch Gewährung von Vorteilen einwirken zu können, ist ein unhaltbarer Zustand. Wenn die Regierung sich nicht dem Verdacht aussetzen will, daß sie auf diesem Wege etwas erreichen möchte, was sie auf legitimen Wege nie erreichen könnte, sollte sie dem nahezu einstimmigen Verlangen des Reichstages entsprechen, die Freifahrtskarten für die ganze Dauer der Legislatur zu geben. (Lebhaftig, allgemeiner Beifall.) Zugleich mit der Änderung des Diätengesetzes möchte die Regierung ihre Praxis ändern, uns die Gesetzentwürfe und Denkschriften erst im letzten Augenblick zugustellen. Noch vor der Budgetberatung konnten eine ganze Reihe

von Gesetzen verabschiedet werden, unter denen jetzt der Sessions-schluß

ein Gemischel

wie beim bestbehemittelten Rindermord veranfaßt. (Sehr wahr! und Heiterkeit.) Gegenwärtig weiß der Reichstag nicht, was heute und was morgen geschieht, und die Abgeordneten wissen es erst recht nicht. Jede Möglichkeit des Disponierens hat aufgehört. (Sehr wahr!) Wir sollten alle zusammenwirken, um im Interesse des Reichstages, der Abgeordneten, der Beamten, der Presse und unseres ganzen politischen Lebens mit Beginn der nächsten Session eine gründliche Besserung dieser Zustände herbeizuführen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Thoma (natl.):

Als selbst ausübender Stenograph und Mitglied der Kommission für die einheitliche deutsche Stenographie muß ich um Verbesserung der Dienstverhältnisse unserer Stenographen bitten, deren unermüdete Arbeit wir als eine Selbstverständlichkeit fast mit Rücksicht hinnehmen. Ich will den Brauch nicht verlegen, dem Präsidenten in inneren Verwaltungsangelegenheiten des Reichstages keine Beschlüsse zu geben, aber die Verantwortung dafür, daß seit Jahren die berechtigten Wünsche der Stenographen abgewiesen werden, trägt doch schließlich der Reichstag. (Sehr wahr! links.) Wenn der Verkehr zwischen Präsidenten und stenographischem Bureau durch Zwischenglieder gestört werden, so müssen diese eben beseitigt werden. Es fehlt an jeder Regelung der Anstellungsbedingungen, an einer einheitlichen Dienstanzweisung und an einer feststehenden Amtsbezeichnung. Die ausgeschiedene Zusammenfassung des Bureaus aus 31 Personen, darunter 14 Herren mit akademischer Ausbildung, ist unter diesen Umständen als zufällig, als nicht genügend garantiert zu bezeichnen. In Oesterreich, Venedig — wo der Vorsteher des stenographischen Bureaus den Titel eines Geheimen Regierungsrats, der erste Stenograph den Professoren-titel führt — und Sochen ist die Stellung der Parlamentarischen Stenographen fest geregelt. Wir sind es der treuen und schwierigen Mitarbeit der Stenographen schuldig, für die Hebung ihrer gesellschaftlichen und rechtlichen Stellung einzutreten. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Kaempff:

Jeder von den Stenographen noch über die Stenographen ist mir irgendwelche Beschwerde zugegangen. Es versteht sich von selbst, daß ich die Wünsche der Stenographen zu prüfen und nach Möglichkeit zu erfüllen mit Eifer bestraft sein und mich dabei der Mitwirkung sachkundiger Mitglieder des Hauses bedienen werde. (Lebhafter Beifall.)

Abg. List-Elbingen (natl.):

Abg. Ledebour hat über die Geschäftslage des Hauses geklagt. Ein großer Teil der Schuld trifft unabweislich die Regierung, die in vorgeschickter Zeit mit einer Anzahl wichtiger Entwürfe gekommen ist. (Lebhaftige Zustimmung.) Das schöne Ideal Ledebours, der parlamentarische Achtstundentag mit sechs dreistündigen Kommissions- und sechs fünfständigen Plenarsitzungen wird bei der Häufung des Arbeitsstoffes schwer durchführbar sein. Gewiß ist das Diätengesetz unvollkommen, aber wir sollten uns doch fragen, ob nicht auch unter allzu großes Redebedürfnis an der ungünstigen Gesundheitslage schuld ist. (Heiterkeit und Zustimmung.) Wenigstens sollte aber für ein gutes Essen gesorgt werden. (Zustimmung und härmliche Heiterkeit.) — Neben begründet die Resolution auf Gewährung von Freifahrtskarten während der Dauer der ganzen Legislaturperiode. Es ist von allergrößtem Werte, daß die Parlamentarier möglichst viele Teile des deutschen Vaterlandes aus eigener Anschauung kennen lernen. Die Einwürfe gegen diese Forderung sind geradezu kleinlich. Es schadet doch wirklich nichts, wenn ein abgeleiteter Parlamentarier auf Grund der Freifahrtskarte eine Sommerreise zur Auffrischung seiner Kräfte benutzt. (Zustimmung.) Die Gewährung der uneingeschränkten Freifahrtskarten beseitigt auch den für das Ansehen des Reichstages höchst peinlichen, wenn auch falschen Eindruck, daß wir von der Frage, ob Schluß oder Vertagung unserer Verhandlungen abhängig machen. (Lebhaftige Zustimmung.) Wir protestieren dagegen, daß die Gewährung der Freifahrtskarten als eine

Prämie für Wohlverhalten

angesehen wird. (Erneute lebhaftige Zustimmung.) Ich bitte um einstimmige Annahme unserer Resolution. Eine weitere Resolution unserer Fraktion betrifft die Einsetzung einer besonderen Kommission für Handel und Gewerbe.

Abg. Gröber (Z.):

Wir tun am besten, den Anspruch auf Ausdehnung der Freifahrtskarten ohne weitere Debatte anzunehmen. (Zustimmung.) Das Diätengesetz ist von Abg. Ledebour hart angegriffen worden. Ich gestehe zu, daß es in einigen Punkten verbesserungsfähig ist. Seinen Hauptzweck, einen beschlußfähigen — wenn auch nicht in jedem Augenblick beschlußfähigen — Reichstag herzustellen, hat es erreicht. (Zustimmung im Zentrum.) Die Gewährung von Tagegeldern statt der Anwesenheitsgelder würde die Dauer der Beratungen nur noch weiter ausdehnen. (Lebhaftige Zustimmung im Zentrum und rechts.) Ein Hauptübelstand sind die vielen Wiederholungen. Von bedenkliehen Folgen ist der ewige Personalwechsel in den Kommissionen. (Zustimmung.) — Die Verhandlung, die die Regierung dem Reichstage zuteil werden läßt, ist wahrlich nicht schön. (Lebhaftige Zustimmung.) Noch heute wissen wir nicht, ob der Reichstag vertagt oder geschlossen wird. (Sehr wahr!) — Zu erwähnen wäre, ob nicht die Regierung bezogen werden könnte, den Reichstag etwa einen Monat früher einzuberufen, damit vor dem Etat Einzelgesetze beraten werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es mag alsdann erproben werden, ob dadurch eine Aenderung des Diätengesetzes bedingt wird. — Den Wünschen des Abg. Thoma in bezug auf die Reichstagsstenographen kann ich mich im wesentlichen anschließen.

Abg. Dr. Müller-Weiningen (Sp.):

Daß die Geschäftslage schlecht ist, darüber herrscht wohl nur eine Stimme. Zwei Hauptursachen liegen vor: das Verhalten der Regierung und das Diätengesetz mit seiner ganz verfehlten Monatsentteilung. Es ist auch unerhört, daß Abgeordnete, die wegen eines Unfalls wochenlang krank liegen, mit Diätenentziehung bestraft werden. (Sehr wahr!) Auf die Dauer kann nicht so forgerührt werden, wie bisher. Es ist geradezu unerhört, daß die Regierung noch bis zuletzt mit großen Vorlagen kommt und dabei uns im Unklaren läßt, ob geschlossen oder vertagt werden wird. Das ist ein höchst bedauerlicher Mangel an Rücksichtnahme auf den gleichberechtigten Faktor der Reichstagsgebäude. (Lebhaftige Zustimmung.)

Abg. Frommer (F.):

Gegen die beiden Spezialkommissionen für Handel und Gewerbe, Antrag Wasser mann — und für Sozialpolitik — Antrag Behrens — bestehen Bedenken weniger grundsätzlicher als praktischer Natur. In bezug auf die Gewährung der uneingeschränkten Freifahrtskarten sind die Ansichten in unserer Fraktion geteilt.

Abg. Hoch (Soz.):

Die Rücksichtslosigkeit der Regierung, gerade zum Schluß der Session mit neuen Vorlagen zu kommen und darauf zu spekulieren, daß der Reichstag dann in seiner Arbeitsschaff manches mit durchschlupfen läßt, wird nicht eher überwunden werden, als bis der Reichstag der Regierung die nicht rechtzeitig eingebrachten Vorlagen einfach unerhört zu lassen. Mit der ewigen Rücksichtnahme kommen wir nicht weiter. (Sehr wahr! links.) Die Klagen über zu lange Reichstagsreden bringen uns auch nicht

einen Schritt vorwärts. Die Meinungen, wer zu lang und zu kurz redet, gehen ja doch immer auseinander. Jeder Redner hält seine Rede und jede Partei ihre Reden für unbedingt notwendig. (Heiterkeit und Zustimmung.) Helfen kann dem Reichstag nur eine Reform des Diätengesetzes und eine größere Rücksichtnahme der Regierung. Die Regierung liefert ihre Vorlagen nicht nur zu ganz ungelegener Zeit, sondern auch mit völlig ungenügender Begründung. Die erste Kommissionsitzung muß jetzt immer erst die Frage behandeln, welches Material wir brauchen und dann damit es Boden, ehe es eintrifft. Die Regierung hat doch wirklich Zeit genug, die Begründung ihrer Vorlagen sorgfältig und sachgemäß auszuarbeiten. (Sehr wahr!) Den Wünschen für die Stenographen schließen wir uns an, bitten den Präsidenten aber, seine Forderungen auch den unteren Beamten des Hauses zuzuwenden. Ferner sollte der Neudruck vergriffener Drucksachen, insbesondere des ersten Arbeiterversicherungs-Gesetzbuchs von 1881, beschleunigt werden. (Bravo!)

Die Resolution Wasser mann betr. die Einsetzung einer besonderen Kommission für Handel und Gewerbe wird angenommen. Bei der Abstimmung über die Resolution Behrens betr. Einsetzung einer besonderen Kommission für soziale und Arbeiterangelegenheiten bleibt das Resultat zweifelhaft. Der Hammelesprung ergibt die Anwesenheit von nur 177 Mitgliedern, von denen 75 (Sozialdemokraten und Wirtschaftliche Vereinigung und vereinzelte Mitglieder anderer Fraktionen) mit Ja, 102 mit Nein stimmen.

Der Präsident Dr. Kaempff konstatiert die Beschlussumfähigkeit des Hauses und beraumt unter großer Heiterkeit die nächste Sitzung auf eine Viertelstunde später an mit der Tagesordnung: Rest der heutigen Tagesordnung.

290. Sitzung vom Sonnabend, den 16. Mai, nachmittags 12 1/2 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Deibrück, Kommissare.

Die Abstimmung über die Resolution Behrens wird auf die dritte Lesung verschoben.

Die Resolution Wasser mann betr. die Gewährung von Freifahrtskarten während der Dauer der ganzen Legislaturperiode wird mit allen gegen die Stimme des Abg. Dr. v. Zeit (F.) angenommen. — Der Etat des Reichstages ist damit erledigt.

Der Etat des Reichsmilitärgerichts wird ohne weiteres bewilligt, ebenso ein Ergänzungsetat zum Marineetat und ein solcher zum Etat des Reichsarchivs.

Der Etat der Reichsschuld wird nach unwesentlicher Debatte erledigt, ebenso der des Rechnungsausschusses.

Allgemeinen Venkonnfons

wünscht

Abg. Erzberger (Z.)

Die Einrichtung einer privaten Auskunftsstelle für pensionierte Offiziere, nachdem die amtliche Auskunftsstelle abgelehnt sei.

Generalmajor v. Langemann:

Wir sind bereit, der Forderung zu entsprechen. Es wird also unnötig Zeit kosten und in Anspruch werden wir die amtliche Auskunftsstelle nicht sofort eingehen lassen können.

Bei einem Ergänzungsetat der Reichspostverwaltung

Staatssekretär Kraetke.

daß der Bundesrat der Umwandlung der nicht pensionfähigen Zulagen des Bureaupersonals in pensionfähige zugestimmt habe, und daß daraus die Konsequenzen für andere Beamtengruppen zu ziehen seien.

Abg. Antrid (Soz.):

Nachdem meine früheren Ausführungen ohne Erfolg geblieben sind, muß ich erneut auf Abstellung der Mängel in der Oberpostdirektion Braun schweig dringen. Wenn der Oberpostdirektor nicht größeres Interesse für außeramtliche als für amtliche Angelegenheiten hätte, so hätte er längst der Schifanierung der Beamten im Hauptpostamt Braun schweig durch den Postdirektor Wittenberg ein Ende machen müssen. Die dortigen Zustände sind derart, daß sie in keinem einigermaßen wohlgeordneten Privatbetrieb geduldet worden würden. Die Arbeitszeit der unteren Postbeamten ist unerhört lang und trotz meiner im Vorjahre vorgebrachten Beschwerden ist nichts daran geändert worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Noch immer steigt die Dienzeit einschließlich der Pausen auf 16, sogar auf 18 Stunden. Von einem Familienleben und einer geordneten Erziehung der Kinder kann unter diesen Umständen keine Rede mehr sein. Die Räume, namentlich für die Briefträger, sind gänzlich unzureichend, geradezu gesundheitsgefährlich. Die ärztlichen Kontrollen werden vorher angemeldet und alles wird vorher sorgsam darauf zugeschnitten. Ebenso unhygienisch sind die Zustände auf Postamt 11. Für 40 Unterbeamte ist ein Kleiderstank und ein einzig kleiner Esstisch da und nicht ein einziges sauberes Handtuch; sie bekommen die Handtücher, die vorher die oberen Beamten hatten. (Heiterkeit und Hört! hört!) Als Sitzgelegenheit dienen oft die Lebensmittelpakete. Der Dienst ist auch auf diesem Postamt überaus anstrengend, die Krankenziffer ungeheuer hoch. Die höheren Beamten stehen dem völlig teilnahmslos gegenüber. Den Unterbeamten gegenüber ist man wirklich höflich; ein Mann, der unbedient in Rot geraten war, erhielt keine Unterstützung, wohl aber die Anfrage, warum er sich auf einmal ein volles halbes Duzend Hemden gekauft habe. (Heiterkeit.) Auf der anderen Seite geht der Oberpostdirektor mit Staatsbeamten in der leichtfertigen Weise um, läßt zu seinem Spaß 5 bis 6 Zentner Kohle verbrennen und wirtschaftlich überhaupt wie in Rußland. Der Staatssekretär hätte die Pflicht, gründlich für Abhilfe zu sorgen. Aber wird er einmal gegen einen höheren Beamten einschreiten? Wir trauen es ihm kaum noch zu. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nach meiner vorjährigen Beschwerde über die Braunschweiger Oberpostdirektion erschien in einem lugerischen Reichsverbandblatt Braunschweigs eine Notiz, nach Erscheinen des amtlichen Stenogramms werde man nachweisen, daß alle meine Klagen erfaßten und erlogen seien. Ich warie noch heute auf diese Widerlegung. In Wahrheit habe ich nur einen

Keinen Teil meines Materials

hier vorgebracht, die wirklichen Zustände sind noch viel schlimmer. Nach außen hin legt man freilich großen Wert auf das „gute Einvernehmen zwischen oberen und unteren Beamten“, aber die Unterbeamten werden in jeder Weise schikaniert und dann sogar noch zur Teilnahme an Feiern für die höheren Beamten gezwungen. Wenn der Staatssekretär nicht Wandel schaffen will, muß ihn der Reichstag dazu zwingen. Beamtenauschüsse in allen Oberpostdirektionen würden uns hier manche Beschwerde sparen. (Vizepräsident Dr. Baasche ersucht den Redner um etwas mehr Kürze.) Ich habe schon im vorigen Jahr den Staatssekretär auf den postfachlich ahnungslosen Oberpostdirektor aufmerksam gemacht, der nur lustig in Auto durch die Welt fuhr. (Vizepräsident Dr. Baasche bittet, derartige Vorkommnisse gegen abwesende Beamte zu unterlassen.) Auf Grund meines Materials muß ich diese Vorwürfe erheben, aber wenn nun der Staatssekretär nicht eingreifen will, so werden eben die Unterbeamten sich sagen: Eine Krabe hat der andern kein Auge an.

Staatssekretär Kraetke:

Die beweislosen Forderungen, auf Grund deren der Herr Abg. Antrid hier pflichttreue Beamte herabgesetzt hat

veranlassen mich nur zu der einen Erwiderung: Unsere Postbeamten sind viel zu brave Leute, als daß ihnen Ihre Absicht gelingen könnte, Zwietracht zwischen Sie und Ihre Vorgesetzten zu säen.

Abg. Brühne (Soz.):

Auch wir erkennen die tüchtige und fleißige Arbeit der Postunterbeamten durchaus an. Aber wir verlangen dann auch, daß man diese tüchtigen Beamten besser behandelt. (Sehr gut bei den Sozialdemokraten.) Die Beamten der Oberpostdirektion Frankfurt a. M. klagen über viel zu viel Aufsichtspersonal, das eine außerordentlich rigorose und Kleinliche Aufsicht führt. Auch die Arbeitsräume sind viel zu eng und ungesund. Wenn wir vor ein paar Tagen eine Kassenliste für den Neubau des General-Kommandos in Frankfurt a. M. bewilligt haben, das lediglich Repräsentationszwecken dienen soll, dann sollte auch Geld für den Neubau der Oberpostdirektion vorhanden sein, damit die Beamten den riesig gemachten Verlust ohne Schaden an ihrer Gesundheit bewältigen können.

Der Ergänzungsetat wird genehmigt.

Es folgt der Etat der allgemeinen Finanzverwaltung. Die dazu vorliegenden Haushaltsresolutionen werden bis nach Erledigung der Etatberatung zurückgestellt.

Abg. Nehe (natl.)

Klagt über die ungünstige Lage der deutschen Zuckerindustrie und verlangt endliche Beseitigung der Zuckersteuer.

Reichsfinanzsekretär Kühn:

erkennt an, daß die Zuckerindustrie sich in schwieriger Lage befindet; die Zuckerkonvention war eine Notwendigkeit nach außen und innen. Nach England gehen 70 Proz. unserer Zuckerproduktion. Wie soll unsere Zuckerindustrie bestehen, wenn ihr der englische Markt genommen wird?

Abg. Wurm (Soz.):

Dann würden wir unsere Produktion im Inlande verbrauchen, und das wäre sehr gut; der Zucker würde dann aus einem Zurechtfertigungsmittel ein Nahrungsmittel. Hierzu ist das geeignete Mittel die Beseitigung der Zuckersteuer. Aber durch die Zuckersteuer haben wir 1500, durch die Zuckerprämien 500, zusammen also

2000 Millionen Mark aus den Taschen der Steuerzahler

herausgeholt, um die Zuckerindustrie großzupflegen; die glaubte, sie würde für alle Zeiten den Weltmarkt beherrschen. Aber auf die Dauer läßt sich der Weltmarkt nicht von einem Land monopolisieren. Jetzt tritt der Konkurrenz in England anstehende Zuckerfabriken, und nun ist die Not groß. Natürlich gehen erst die kleinen und mittleren Fabriken zugrunde — das ist ja der Grundzug der kapitalistischen Entwicklung. Herr Nehe klagt jetzt über die Zuckersteuer. Aber ihre Verlängerung haben die Nationalliberalen immer wieder gebilligt, ebenso ihre Erhöhung von der Rechten; denn sie wissen, daß der Ausfall durch diese Steuern gedeckt werden würde, und bevor haben sie eine heillose Angst. (Sehr wohl bei den Sozialdemokraten.) Die Gewinnung der Zuckerindustrie ist nur durch Gewinnung des deutschen Marktes, des Inlandmarktes, möglich. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Spirituszentrale hat eine unbedingte Macht durch die Kartellierung gewonnen. Die Abschaffung der Liebesgabe ist deshalb den Konsumenten gar nicht zugute gekommen. Auch die Destillateure werden von der Zentrale schikanieren; denn die Zentrale braucht nicht mehr die Destillateure als Abnehmer, diese brauchen vielmehr die Zentrale, weil sie nur von ihr Spiritus erhalten. Die Zentrale gibt zu, daß sie bei dem Stand der Kartoffelpreise mit dem Preise heruntergehen könnte; sie tut es aber nicht, sondern gibt den einzelnen Rabatte, um sie gefügig zu machen, und da einige Destillateure trotzdem sich der Zentrale nicht gefügig erweisen wollen, macht die Zentrale ihnen in der Vorkonzession unmittelbare Konkurrenz. Das zeigt, bis zu welcher Macht sich Privatmonopol kommt. Sogar den denaturierten Spiritus gewinnt die Zentrale ihre Abnehmer, im Flaschen nicht unter einem Liter abzugeben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Zentrale ist ein Terrorismus aus, gegen den sich der so viel gesoholene Terrorismus der Arbeiter wie ein Meißel gegen ein Eisenblech verhalten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und jetzt entsteht wieder ein neuer Ring. Wir hatten eine sehr gute Kartoffelernte. Der Spiritusverbrauch aber ist, vor allem durch die Abstinenzbestrebungen der Arbeiter, von 4 auf 3 1/2 Liter pro Kopf gesunken. Man nun den Kartoffelpreis hochzubalten, sollen

10 Proz. der Ernte zurückgehalten

werden, gar nicht zur Verwendung kommen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Dabei könnte die Kartoffelproduktion an sich noch erheblich gesteigert werden. (Zuruf rechts: Aber sie rentiert sich nicht.) Gewiß, und die kapitalistische Produktion muß vor allem Rente aus dem Boden herauszwickeln, die sozialistische Produktion dagegen will aus dem Boden Nahrung für das Volk gewinnen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) — Das Heil für die Zuckerindustrie liegt in der Abschaffung, zum mindesten in der Milderung der Zuckersteuer, und über die Branntweinsteuer unterhalten wir uns ein andermal. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Koch (Op.)

verlangt die Herabsetzung der Zuckersteuer von 14 auf 10 Mark.

Abg. v. Meding (Welfe)

schließt sich diesem Wunsch an und befürwortet eine Resolution, die um Milderung der Zuckersteuerausführungsbestimmungen dahin ersucht, daß die Menge des zur Viehfütterung abgelassenen Zuckers von 5 Kilogramm für jedes Viehstandmaß auf 10 Kilogramm erhöht werde.

Ein Regierungskommissar:

Die Herabsetzung der Zuckersteuerausführungsbestimmungen wird zum 1. April 1915 erfolgen.

Abg. Dr. Baasche (natl.):

An der Verbilligung des Zuckers haben wir im Interesse der Verankerung des Konsums gewiß ein Interesse. Aber als Vertreter der Gesamtheit können wir bei dem gegenwärtigen Stande der Finanzen die Verantwortung für die Aufhebung oder Ermäßigung der Zuckersteuer nicht übernehmen.

Abg. Dr. Arendt (Op.):

Die Zuckersteuer müßten wir aufrecht erhalten, weil wir in einer Zwangslage waren.

Abg. Kreth (L.)

bestreitet die Verächtlichkeit der Vorwürfe des Abg. Wurm gegen die Spirituszentrale. In dem Maße, wie die Zentrale, speziell von süddeutschen Brennern, weil ich nicht für Erhöhung der Spirituspreise sorge. Eine segensreiche Folge der Erhöhung der Spirituspreise ist der Rückgang des Schnapskonsums. — Die Zentrale hat gar nicht daran gedacht, die Vorkonzession aufzunehmen. Eine sonst unbekannt stehende Brennerlei ist in eine Vorkonzession umgewandelt worden. Die Zahlen des Abg. Wurm waren falsch.

Abg. Wurm (Soz.):

Meine Zahlen stammten aus dem Material, das mir eine der Fabriken selbst zur Verfügung gestellt hatte. Sie sind absolut richtig und einwandfrei.

Abg. Siebenbürger (L.)

Klagt über die sofreie Einfuhr von Kleie, welche die Reichsflasse, die Landwirtschaft und die Mühlen schädigt.

Abg. Fegter (Op.):

Die Erschwerung der Einfuhr von Fisch würde den kleinen Bauern schädigen.

Abg. Wolfenbühr (Soz.):

Der Kern der Klagen des Abg. Siebenbürger geht darauf hinaus, daß wir zu viel Viehfutter ins Land hineinbringen. Als die Viehzüchter aber den Rückgang unseres Viehstandes zeigten, sagte man, das liege an dem Mangel an Viehfutter. Es handelt sich hier wieder um einen Vorstoß gegen den kleinen Bauern, der noch weniger Vieh halten kann, wenn er Mangel an Viehfutter hat; das Vieh wird dann noch teurer. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kreth (L.)

Der kleine Landwirt hat reichlich Futter für sein Vieh auf seinem eigenen Boden (Widerspruch links); Futtermittelbedarf hat nur der Viehhändler.

Abg. Siebenbürger (L.):

Ich will keineswegs den kleinen Landwirt schädigen, sondern ich verlange lediglich Beachtung des Gesetzes.

Abg. Neuhauß (B.)

Klagt darüber, daß die Bundesstaaten für die Einziehung der Zölle zu geringe Entschädigung erhalten.

Reichsfinanzsekretär Kühn:

Es ist eine neue Regelung dieser Entschädigung geplant, die auch den Reichstag beschäftigen wird, da sie eine Änderung der Reichsverfassung involviert.

Abg. Dr. Haas (Op.):

gibt seiner Freude über die Erklärung des Finanzsekretärs Ausdruck. Bei der Beratung des Staatsgesetzes begründet

Abg. Graf Westarp (L.):

einen Antrag, den Wehrbeitrag in größerem Umfange zur Deckung der einmaligen und fortwährenden Ausgaben der Jahre 1913 bis 1916 zu verwenden.

Reichsfinanzsekretär Kühn:

Einen materiell gleichen Antrag des Grafen Westarp hat der Reichstag im vorigen Jahre abgelehnt. Er hat die Wehrvorlage auf einen Betrag des Wehrbeitrages von 1200 Millionen finanziert und wird das heute doch nicht ändern wollen. Ob 1200 Millionen einkommen werden, dafür will ich keine, aber absolut gar keine Garantie übernehmen.

Abg. Erzberger (B.):

Es ist mir sehr angenehm, daß gerade von der Rechten ein Antrag kommt, der die Rechte des Reichstages erweitert, indem er ein Gesetz, die Wehrvorlage, durch das Staatsgesetz abändern will. Materiell muß der Antrag aber abgelehnt werden. Er würde bedeuten, daß wir bis 1916 überhaupt keine Ueberschüsse haben können.

Abg. Piesching (Op.)

bestreift den Antrag, der unsere Finanzen auf drei Jahre wieder in Unordnung bringen würde.

Abg. Graf Westarp (L.):

Mein Antrag will den § 60 der Wehrvorlage nicht ändern, sondern durchführen. Es sollen Summen, die für fortlaufende und einmalige Ausgaben bestimmt sind, nicht zur Schuldentilgung verwendet werden.

Reichsfinanzsekretär Kühn

wiederholt, daß der Antrag die im Jahre 1913 beschlossene Finanzierung der Wehrvorlage umschließt. Uebrigens ist der Streit vermuthlich belanglos, denn der Wehrbeitrag wird 1900 Millionen Mark auch nicht entfernt erreichen.

Abg. Erzberger (B.)

bestreift den Antrag, der ein Restriktionen aus dem Wehrbeitrag über 1000 Millionen Mark zur Abdrückung des Wehrbeitrages benutzen wolle.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. v. Westarp und Schiffer (natl.), die in ein Gespräch darüber ausarten, ob die Konservativen dem Wehrbeitrag zugestimmt haben oder nicht, wird der Antrag Westarp abgelehnt.

Das Spionagegesetz.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Wir erkennen an, daß die Kommission aus dem Entwurf die beabsichtigte Diktatur der Militärbehörde beseitigt und ihm die Giftgähne gegen die Arbeiter und Angestellten der Preise abgedreht hat. Aber es bleibt noch genug übrig, um uns zur Bekämpfung dieses Gesetzes zu veranlassen. Selbstverständlich beurteilen wir mit jedem anderen den Landeserrat und wollen ihn verhindern, aber dazu genügen mindestens die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, soweit man der Spionage mit Strafgesetzen beikommen kann. Das Reichsgericht hat durch seine ausnehmende Rechtsprechung alle möglichen Dinge für militärische Geheimnisse zu erklären verstanden, sogar Dinge, die jeder sehen kann und die sich gar nicht geheimhalten lassen. Ist doch sogar die ganze Insel Helgoland wegen ihrer strategischen Bedeutung als militärisches Geheimnis erklärt worden! Einer derartigen ausdehnenden Rechtsprechung schiebt auch diese Vorlage einen Nagel nicht in den Rücken. Nun hat aber das gegen unseren Widerspruch beschlossene Gesetz von 1893 bewiesen, daß man durch Strafgesetze die Spionage überhaupt nicht bekämpfen kann. Die Spionage hat sich seitdem diesseitig noch vermehrt. Man hat Verwaltungsmaßnahmen angeordnet, daß ausländische Arbeiter auf den Werften, bei Festungsbauten usw. nicht beschäftigt werden dürfen, aber auf der „geheimen“ Insel Helgoland werden sie bis heute beschäftigt. Sehr häufig handelt es sich ja bei den angeblichen militärischen Geheimnissen nur um

überflüssige militärische Geheimnisträmerie.

Die letzte Zeit hat genug Beweise dafür geliefert, daß eine wirkliche Bekämpfung der Spionage die Verstaatlichung der Rüstungs-, Werkst., Eisenindustrie und der Industrie der Schiffe der Erde zur Voraussetzung hat. Vor allen Dingen aber muß derjenige, der den Landeserrat wirklich bekämpfen will, dafür sorgen, daß nicht innere Zustände herrschen, die einem großen Teil der Bürger das Staatsgefühl, die Anteilnahme an der Stärke des Staates nehmen und die dadurch im Auslande die Ansicht entstehen lassen, daß dieser Staat infolge dieser inneren Zustände weniger in der Lage sein könnte, sich zu wehren, so daß hierdurch gerade ein Anreiz für die ausländische Spionage gegeben wird. In dieser Beziehung muß die Polizeispionage gegen bestimmte politische Richtungen, die Vorenthaltung der Gleichberechtigung gegen ganze Klassen und Nationen, die Entfaltung des Klassenkampfes gegen große Gruppen von Staatsbürgern durch den Staat der Spionage Vorstoß leisten. Diese Dinge sind es, die im Ausland den Glauben erwecken, daß die inneren Zustände so faul seien, daß man Galunten gewinnen könnte, die bereit sind, die schimpfliche Last des Vaterlandsverrat zu begeben. In diesem Sinne wird aber auch auf militärischem Gebiet reichlich gesündigt. Die Aufrichtung der

unübersteiglichen Schranken zwischen Soldaten und Offizieren, die Unmöglichkeit, daß im Heere jeder nach seinen Fähigkeiten auch die höchsten Stellen erreiche — das bereitet den Boden für die Spionage; und ebenso geschieht das dadurch, daß die beschworene Reichs- und preussische Verfassung unausgesetzt gegenüber der Klasse der Bürger verstoßt, daß die beschworene Gleichberechtigung und objektive Rechtsprechung ihnen vorenthalten wird, daß man Angehörigen der größten Partei des Volkes nur wegen ihrer Teilnahme die fittliche Eignung zum Einjährig-Freiwilligen abspricht! Diejenigen, die an solchen Zuständen schuld sind, die sie billigen, die machen sich in Wahrheit des Völkerrats

schuldig, indem sie wie ich schon ausführte, das Ausland zur Vermeidung der Spionage anreizen. — Soweit die jetzige Vorlage noch Verschärfungen gegenüber dem Gesetz von 1893 enthält, bitten wir Sie dringend, diese Verschärfungen zu streichen.

Insbesondere soll bei mildernden Umständen Festungshaft ausgelassen werden. Solange Sie selbst Reichsgelder für Spionage bewilligen, solange können Sie nicht Spionage unter allen Umständen mit Ehrenstrafe vergelten. Selbst eine Reihe von Reichsgerichtspräsidenten, die sonst noch über die Beschlüsse der Kommission hinausgehen, bitten, es in diesem Punkte bei der Möglichkeit der Festungshaft zu belassen. Bei schwerem Schaden für das Reich soll nach den Kommissionsbeschlüssen lebenslanges Zuchthaus zugelassen sein. Ist 15 Jahre Zuchthaus nicht genug? Solche Strafverschärfung ist ein Zeichen staatlicher Unkultur und die Liberalen sollten solche Ungleichheiten schon wegen der Rückwirkung auf die allgemeine Reform des Strafgesetzbuches nicht billigen. Die Strafverschärfung von 1893 hat die Zahl der Spionagefälle erhöht. Vor der Spionage entgegenzutreten, müssen Sie den Militarismus bekämpfen und für die Gleichberechtigung aller Bürger eintreten. Keine hohe Strafen sind nur eine Salbung ihrer Gewissen, ändern aber am Verbrechen der Spionage gar nichts. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die ersten sieben Paragraphen werden, nachdem die sozialdemokratischen Anträge gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt sind, nach den Kommissionsbeschlüssen von allen bürgerlichen Parteien angenommen.

§ 8 bedroht mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre den, der in einer Festung über seine Person falsche Angaben macht oder die Angaben verweigert.

Abg. Cohen-Greiz (Soz.)

macht darauf aufmerksam, daß diese Bestimmung einen weitgehenden Eingriff in bürgerliche Rechte enthält und eine Menge unnötiger Prozesse zur Folge haben wird. Er bittet, den Paragraphen zu streichen oder wenigstens das Wort Festung durch Festungswerke zu ersetzen.

Die Anträge werden abgelehnt, der Paragraph von allen bürgerlichen Parteien nach den Kommissionsbeschlüssen genehmigt.

§ 9 setzt die Schweigepflicht für Spionageprozeesse fest.

Abg. Stadthagen (Soz.)

macht darauf aufmerksam, daß dieser Paragraph mit dem Strafgesetz nicht übereinstimmt und fordert Klarstellung der Rechtslage.

Die geschlossene bürgerliche Mehrheit lehnt alle Änderungsanträge ab und nimmt das Gesetz nach den Kommissionsbeschlüssen an.

Es werden dann noch eine Reihe von Petitionen erledigt, zu denen keine Wortmeldungen vorliegen.

Hierauf verlegt sich das Haus auf Montag, mittags 12 Uhr. (Rechnungssachen, Militärstrafgesetznovelle, Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige, Postdampferverbindungen, 2. Lesung der Befolgungsnovelle usw.) Schluß 7 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Aus dem Internationalen Sozialistischen Bureau.

Eine Reihe von Blättern hat in diesen Tagen der vom Kongreß der „Independent Labour Party“ („Unabhängige Arbeiterpartei“) angenommenen Resolution über die sozialistische Einigkeit in England eine tendenziöse Deutung unterworfen. Diese Mitteilungen sind aber nicht nur tendenziös, sondern auch direkt falsch.

Die Situation ist folgende: Bis jetzt nannten sich die Kandidaten der „Arbeiterpartei“ („Labour Party“) einfach „Arbeiterkandidaten“. In der letzten Konferenz des Internationalen Sozialistischen Bureaus wurde die Frage der britischen Einigkeit ausführlich beraten und schließlich folgende Tagesordnung angenommen:

„Da es wünschenswert ist, die sozialistische Einigkeit auf der Basis einer gemeinsamen Aktion mit der Arbeiterpartei zu begründen, stellt die Konferenz an die Vertreter der drei Organisationen das Ersuchen, ihren Mitgliedern einen Antrag vorzuschlagen und diesen dem Kongreß der „Arbeiterpartei“ vorzulegen, wonach es jedem Kandidaten auf seinen Wunsch gestattet sein soll, sich als „Arbeiterkandidat“ und „Sozialist“ vorzustellen.“

Da die Vertreter der drei Gruppen seitens ihrer Organisationen keine Vollmacht für einen bindenden Beschluß über die Einigkeit hatten, beschloßen sie, die Frage ihren Kongressen vorzulegen.

Der eben abgehaltene Kongreß der „Unabhängigen Arbeiterpartei“ (I. L. P.) hat nun ein negatives Votum gefällt. In einem an das Internationale Sozialistische Bureau in Brüssel gerichteten Brief Herr Harbidge setzt der englische Arbeiterführer die Bedeutung dieses Votums auseinander, in dem man keinen gegen die sozialistische Einigkeit gerichteten feindseligen Akt zu erblicken habe.

Die Ursachen dieses Votums seien anderer Natur.

Es ist bekannt, daß die Vergewaltigung der Arbeiterpartei in Bezug auf ihre Kandidaten immer noch mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Viele unter ihnen sind Liberale und erst kürzlich hat die Föderation in zwei Fällen ihre Billigung ausgesprochen, weil die betreffenden Kandidaten die Statuten der „Arbeiterpartei“ mißachteten.

Robert Smillie, der Präsident der Föderation, hat sich dahin ausgesprochen, daß, wenn die Einschaltung der Worte „Sozialist“ und „Arbeiter“ angenommen worden wäre, dieses Votum nur dazu gedient hätte, die liberalen Arbeiter der Vergewaltigung-Föderation dazu zu ermutigen, sich in Wahlzeiten den Titel „Labour and Progressive“ — liberale und fortschrittliche Kandidaten — zu nennen.

Der von der I. L. P. gefaßte Beschluß ist demnach in keiner Weise als gegen die Einigkeit gerichtet anzusehen und die Verwerfung der Anregung des Internationalen Bureaus erfolgte, wie man sieht, aus wesentlich anderen Motiven.

Das folgende Telegramm, das uns vom Internationalen Sozialistischen Bureau in Brüssel übermittelt wird, wurde von der Parlamentarischen fraktion unserer italienischen Genossen nach ihrer Sitzung vom 10. Mai an die sozialdemokratische Demofraktion gesendet, ohne jedoch an seine Adresse zu gelangen. Die sozialistische Parlamentarische fraktion Italiens ersucht nun das I. S. B., das Telegramm in der gesamten sozialistischen Presse zu veröffentlichen. Das Telegramm hat folgenden Wortlaut:

Die sozialistische Parlamentarische fraktion Italiens, aufs Heftigste erregt über das Vorgehen der Demofraktion gegenüber unseren sozialistischen Brüdern in England, spricht über dieses Vorgehen ihre Enttäuschung aus und entbietet ihren Fraktionskollegen mit dem Wunsch, den Absolutismus vernichtet zu sehen, ihren brüderlich-solidarischen Gruß.

Aus den Organisationen.

Am Sonntag fand im Gewerkschaftshaus zu Biennig die diesjährige Konferenz für den Wahlkreis Biennig-Goldberg-Hannau statt. Vertreten waren Biennig durch 18, Hannau durch 8, Goldberg und Hedenau durch je 2, Paradies, Rüstern und Groß-Wedern durch je einen Delegierten. Unter den 29 Delegierten befanden sich vier Frauen. Aus dem vom Genossen Müller erhaltene Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der Wahlkreis 3050 Mitglieder zählt. Durch die rote Woche ist ein Ausbleiben des durch die Krise entstandenen Mitgliederbeschlusses herbeigeführt worden. Das Organ des Wahlkreises, die als „Sozialist“ erscheinende „Volkswacht“ zählte Biennig 3208 Abonnenten. Die Einnahmen der Kreisliste betragen 8616,90 M., die Ausgaben 6718,68 M. Bestand

1896/97 M. Kerner haben die einzelnen Ortsklassen noch 3735,21 M. Restant. Auch in den vier Städten des Wahlkreises hat die Partei in 63 Landgemeinden festen Fuß gefasst. Bei der Landtagswahl stand die Partei zwar mit 4082 Stimmen an erster Stelle, erhielt aber nur 62 Wahlmänner. Die Zahl der Stimmen und Wahlmänner verdoppelte sich gegen die letzte Wahl. Sozialdemokratische Stadtkommissionen hat der Wahlkreis 11, dagegen nur einen solchen Gemeindevorsteher. Der Bericht über die Agitation verzeichnet 25 öffentliche und 110 Mitgliederversammlungen, darunter 15 für Frauen. Vorträge wurden in 57 Versammlungen gehalten. Ein Frauenkursus in Liegnitz war auch von Goldberg und Dahnau beachtet. In der Berichtzeit wurden 15 000 Kalender, 36 000 Landboten, 3200 Broschüren und 76 000 Flugblätter im Wahlkreise, der durchweg ländlicher Konstitution ist, verbreitet. Bildungsausschüsse bestehen in Liegnitz, Goldberg und Dahnau. Eine Wanderbibliothek hat sich gut eingeführt; die Jugendbewegung macht erfreuliche Fortschritte. — In der Debatte wurde betont, die Bildungsbestrebungen in den kleinen Orten mehr zu fördern. Angenommen wurde ein Antrag, wonach für die Speisen der Bezirkssekretäre die Bezirkskasse aufzukommen hat. Ein weiterer Antrag, der den Bezirksvorstand ersucht, einen Antrag an den deutschen Parteitag vorzubereiten, der die Bezahlung der Delegationskosten durch die Bezirkskasse vorsieht, fand einstimmige Annahme. Als Delegierter zum Parteitag wurde Genosse Müller-Liegnitz bestimmt. Zwei Vorträge über Agitation und Organisation vom Genossen Schölich und über Die Gruppe, Führung der Parteien und die nächsten Kollisionspunkte vom Reichstagskandidaten Genossen Dietrich bildeten den Abschluß der Konferenz.

Im 3. sächsischen Kreis liegt die Zahl der Mitglieder von 1540 auf 1780, die Zahl der Gemeindevorsteher von 50 auf 68. Die Ortsgruppenzahlen ergaben 5529 M., denen 7804 M. Ausgaben gegenüberstehen. Vorüber der Kreisorganisation wurde wieder Genosse Kraut-Kanpen.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Die persönlichen Interessen des Pfarrers an sozialdemokratischen Einrichtungen.

Bekanntlich war der sächsische Pfarrer Raubereit wegen Verleumdung des Vorstandes des Sozialdemokratischen Vereins Königsberg Stadt zu 150 M. Geldstrafe verurteilt worden. Er hatte diesen vorgeworfen, er hätte die Witwen und Waisen beraubt, Leichenschändung, Raub, Diebstahl verübt, weil auf seinen Antrag die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins von den entscheidenden Leberschüssen der Sterbekasse des Vereins 1000 M. der Vereinskasse überwiesen hätte, wogegen Vorstand und Generalversammlung nach dem Statut berechtigt waren. Der fraunwe Herr Pfarrer hatte in mehreren Artikeln des „Volksfreundes“, den er redigiert, nicht nur den Vorwurf der Verleumdung von Witwen und Waisen erhoben, sondern von „wahren Schandjuden“, „Küpelkomdie“, „sozialen Parassiten und Heuchlern“, „Sumpf, in dem die Königsberger Obergewissen steden“, „niedlichen kleinen Schriftfälschungen“, „Halsabschneidern“, „Ganern Europas“, „Eitergeschwür am sozialdemokratischen Leibe“ geschrieben. Die Strafkammer hatte dem Herrn Pfarrer den Schutz des § 193 zugebilligt, weil er als Gründer und Mitglied einer Sterbekasse ein persönliches Interesse an den Zuständen in der sozialdemokratischen Sterbekasse gehabt hätte.

Gegen das Urteil wurde von den Klägern Revision angemeldet, die in erster Linie rügte, daß dem Angeklagten der § 193 zugebilligt worden wäre. Weiter wurde geltend gemacht, daß der Pfarrer eigentlich auch wegen Vergehens gegen § 187 (verleumderische Verleumdung) hätte bestraft werden müssen. Das Oberlandesgericht zu Königsberg hat aber dieser Lage die Revision verworfen, und sich damit auf den Standpunkt der Strafkammer gestellt.

Ob diese Anwendung des § 193 nunmehr auch sozialdemokratischen Redakteuren zugute kommt?

Jugendbewegung.

Statistik der katholischen Jugendbewegung.

Die sieben erschienenen Nummer 1 der „Wacht“, des Organ katholischer Jugendvereine, bringt eine Statistik über die Mitgliederzahlen der katholischen Jugendvereine in Deutschland, abgeschlossen am 31. Dezember 1913. Demnach hat die katholische Jugendbewegung 8204 Vereine mit 298 228 Mitgliedern, und zwar Westdeutschland 1503 Vereine und 193 261 Mitglieder, Ostdeutschland 286 Vereine mit 16 693 Mitgliedern, Mitteldeutschland 815 Vereine mit 42 413 Mitgliedern, Süddeutschland 621 Vereine mit 81 261 Mitgliedern, Reichsland 176 Vereine mit 11 600 Mitgliedern. Die Mitgliederzahlen der früheren Jahre sind nicht beigefügt, doch wird man den Zuwachs mit etwa 40 000 bis 50 000 Mitgliedern richtig einschätzen.

Wie man aus obigen Zahlen sieht, stehen die dichtesten Scharen der Schwärzen in Rheinland und Westfalen, wo die Herikalen Organisationen überhaupt am besten ausgebaut sind. In der Diözese Aachen allein sind 75 000 Mitglieder, in Münster 64 976, in Paderborn 44 158, in Trier 28 000. In allen anderen Diözesen (Bischöfengebietern) sind die Mitgliederzahlen verhältnismäßig schwach. So sind im Breslauer Bezirk 12 300, in Würzburg gar nur 1353, in Gnesen-Posen nur 100 Mitglieder. In den Gebieten, wo die freie Jugendbewegung noch nicht zu einer Gefahr werden kann, hat auch der Klerus seinen Eifer für die Jugend noch nicht recht erloschen.

Jedenfalls muß man damit rechnen, daß die Herikale Jugend die numerisch und organisatorisch stärkste gegenwärtige Jugendbewegung ist.

Sozialdemokratische Konfirmationsfeiern.

Seit einigen Jahren hat die Arbeiterkasspi auch die Veranstaltung von intimen Konfirmationsfeiern an Stelle der kirchlichen Einsegnungen in ihre Hand genommen. Neudölln z. B. hat schon seit einigen Jahren in den Räumen seiner beiden Jugendheime den Schulern, deren Eltern weder eine kirchliche Einsegnung, noch eine solche der freireligiösen Gemeinde für nötig halten, eine jedesmal recht würdig verlaufene Feier bereitet. Berlin hat nun auch in diesem Jahre Versuche gemacht, die sich hoffentlich zu einer dauernden Einrichtung auswachsen werden. Auch außerhalb der Reichshauptstadt sind solche Feiern schon seit längerer Zeit veranstaltet worden. — Es ist ein guter Gedanke, den Kindern, die ins Leben hinaustrreten, eine kleine, aber schöne und würdige Schul-entlassungsfeier zu veranstalten. — Daß die von unserer Seite veranstalteten Feiern den kirchlichen Abbruch tun, ist natürlich. Darum verstehen wir auch, wenn kirchliche Kreise ihnen nicht gerade sympatisch gegenüber stehen. Sie sehen eben wie die betriebligen Vorgesetzten ihre Stelle wegschütten. So beschneiden unsere Feiern auch noch sind, die frommen ahnen aber doch, daß sie den Anfang vom Ende ihrer Herrlichkeit bilden. Nun sollte man erwarren dürfen, daß sie als Christen uns mindestens nicht mit Unwahrheiten belästigen. Und schon die Bezeichnung „sozialdemokratische Konfirmationsfeiern“ ist mindestens eine grobe Unwahrheit. Wir erlauben uns zu fragen: Was ist an diesen unseren Veranstaltungen „sozialdemokratisch“? Weder die Gedächtnis, die dort vorgelesen, noch die Lieder, die gesungen werden, können von christlichen Gegnern sozialdemokratisch genannt werden. Auch die Musik, die wir dort gehört haben, hat nichts Sozialdemokratisches an sich.

Das alles hindert jedoch die „Evangelische Kirchenzeitung“ nicht, in ihrer Nr. 16 ihrer (christlichen!) Herzogshofen-Ausgabe zu geben, daß nunmehr endlich der Staatsanwalt gegen die „sozialdemokratischen Konfirmationsfeiern“ vorgeht. Nach ihrer Behauptung haben diese schon viel Unheil angerichtet und noch mehr

Veranlaßt gegeben. Das Landgericht zu Dresden hat nämlich die löbliche Ansicht, durch Verhängung von außerordentlich hohen Geldstrafen (150 M.) diese Feiern in Zukunft unmöglich zu machen. Die „Evangelische Kirchenzeitung“ faßert indert auch die Staatsanwaltschaft anderer Bundesstaaten auf, dem ebenen Beispiel des sächsischen Anklägers zu folgen, damit dem „Standal“ dieser „sozialdemokratischen Konfirmationsfeiern“ ein Ende gemacht wird. Sie freut sich ganz besonders darüber, daß der Einspruch gegen das fragliche Urteil erfolglos geblieben ist, und auch „das Loben der Sozialdemokratie in Sächsischen Landtage nicht ausgerichtet hat“.

Das also sind die Waffen, mit denen uns diese Sorte von Potentatisten belästigt. Ist denn, so trauen wir uns zu fragen, die Position der evangelischen Christen schon so verzweifelt, daß es gar nicht mehr ohne den Staatsanwalt geht?

Frauen-Leseabende.

Friedrichsde. Montag im Saale von Hermann Brant, Pringen-Allee 39; Vortrag über „Der Fuß der Heiden“, Vortrags.

Pantow. Montag 27. Ubr. für den Hochschütz im Lokal Erdbeer, Florstr. 5; für den Siedebier bei Künze, Berliner Str. 78. In beiden Bezirken: Vortrag.

Königsberg. Dienstag, 28. Montag im Lokal von August Lange, Siemendstr. 6. Reduziert ist die Gesellsch. Kattze.

Steglich. Montag 19. Ubr. bei Zitel, Albrechtstr. 57. Genossin Käthe Dunder: Sozialistische Weltbewegung und Schule.

Witterungsüberblick vom 16. Mai 1914.

Stationen	Barometer Höhe am Mittags- stand	Temperatur Mittags- stand	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer Höhe am Mittags- stand	Temperatur Mittags- stand	Windrichtung	Windstärke	Wetter
Swinemünde	774,0	12	Wolken	12	Soparanda	771,0	10	Wolken	10		
Hamburg	774,0	13	1 wolken	13	Petersburg	772,0	11	1 wolken	11		
Berlin	772,0	13	2 wolken	13	Schles	769,0	12	4 wolken	12		
Frankfurt	770,0	12	2 wolken	12	Aberdeen	771,0	9	2 wolken	9		
Königsberg	768,0	7	4 wolken	7	Paris	768,0	11	2 wolken	11		
Wien	765,0	9	2 wolken	9							

Wetterprognose für Sonntag, den 17. Mai 1914.
Trocken und wolkenlos, nachts noch kühl, am Tage etwas wärmer bei ziemlich stillen nördlichen Winden.

Berliner Wetterbureau

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montag mittag: Größtenteils trocken und im Norden, besonders an der Küste, anfangs noch vielmal heiter. In den Landesteilen mäßige Wärme. Später zunehmende Bewölkung und im Süden beginnende leichte Regenschauer.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	15.5.	14.5.	15.5.	14.5.		15.5.	14.5.	15.5.	14.5.
Remet, Elbe	206	-7	206	-7	Scale, Grochly	108	0	108	0
Uregel, Elbe	89	-6	89	-6	Sabel, Spandau	44	0	44	0
Wesiel, Elbe	153	-1	153	-1	Sabel, Rathenow	39	-2	39	-2
Ober, Elbe	142	+7	142	+7	Spree, Spremberg	91	-1	91	-1
Krosten	104	+1	104	+1	Seeftau	80	0	80	0
Frankfurt	108	+2	108	+2	Weser, Minden	170	+2	170	+2
Weser, Schrimm	28	-2	28	-2	Weser, Minden	250	-1	250	-1
Landsberg	39	+1	39	+1	Rhein, Wargmitzhausen	374	+8	374	+8
Rega, Borsdamm	28	+2	28	+2	Raub	343	-1	343	-1
Gilde, Veltmerz	11	-10	11	-10	Raub	317	+6	317	+6
Dresden	-104	0	-104	0	Redar, Hildesheim	99	-2	99	-2
Harbe	108	+4	108	+4	Rain, Dams	106	-3	106	-3
Königsberg	109	+3	109	+3	Weser, Aler	110	+4	110	+4

*) + bedeutet Anst. — Fall. — *) Ueberbeal.

Eine Grossmacht



in Deutschlands Schuh-Industrie!

Überall preist man die Vorzüge unserer Fabrikate!

Mode-Schnürhalbschuhe für Damen:

Braun Chevreau 490 675 750 890 1050 1150 Beige und grau Leder. 750
Unsere Reklameschöner

Damen-Riemenschnürschuhe kalleder..... 925 f. Lack..... 950
Apert. hell Sport

Für empfindliche Damen-Füße:

Schnürschuhe Schwarz Chevreau 850 Braun Chevreau 890

Fesche Kreuz-Spangenschuhe — für die Strasse

Lack mit farbigen Chevreau-Aufsatz 890 Modebraun Chevreau 790 Beige Leder 690

Herrn-Schnürstiefel Modebraun Chevreau 750 1090 1250 1450 1650

Herrn-Knopfstiefel mit farbigen Einsätzen 1350

Herrn-Halbschuhe Sehr fesche, gelb Kalleder, f. Lack 1090

Verlangen Sie neue Preisliste



Comrad Tack & Cie. Act.-Ges.

Schuhfabrik, Burg 1 1/2 Mödabg.

144 Verkaufsstellen im Reich, davon 21 in Berlin-Umgebung:

- C. Spittelmarkt 15 (Tel Aviv)
- C. Rosenheimer Strasse 14
- W. Potsdamer Str. nur 50
- W. Schillstrasse 16
- NW. Turmstrasse 41
- NW. Wilmersdorfer Strasse 23
- NW. Duesenstrasse 29
- N. Friedrichstrasse 127
- N. Mollersstrasse 3
- N. Reinholdsdorfer Str. 25
- N. Brunnenstrasse nur 37
- N. Danziger Strasse 1
- O. Adriansstrasse nur 50
- O. Frankfurter Allee 125
- SO. Oranienstrasse 2a
- SO. Oranienstrasse 33
- SO. Wronkestrasse 49
- SW. Friedrichstr. 340-341
- Charlottenburg: nur Wilmersdorfer Str. 122-125
- Neukölln: Dergstrasse 30-31
- Potsdam: Dransburger Str. 54

Konkursmassen-Ausverkauf

9 bis 1 Uhr, 3 $\frac{1}{2}$ bis 8 Uhr, Sonnabends bis 9 Uhr

Friedrichstr.
110-112

Passage-Kaufhaus

Friedrichstr.
110-112

50% herabgesetzt

Reisedecken
Schlafdecken
Wollfries 130 und 160 cm breit

Handschuhe
aus Stoff und Leder
mit kleinen Fehlern **58 Pf.**

Herrenhüte
Velourshüte
steife und weiche Haarfilzhüte
30% herabgesetzt

Damen-Konfektion

Kleider, Blusen, Kostüme
50% herabgesetzt

Papierwaren und Malutensilien

Füll-Federhalter, Kassetten
Tuschkästen, Reisszeuge
Holzbrand-Wandsprüche } **33 $\frac{1}{3}$** herabgesetzt
Kontobücher, Kalikowaren
Schul-Artikel, Glaswaren } **25%** herabgesetzt
Brenn-Apparate, Brennstifte
Scherzartikel, Sommerartikel } **60%** herabgesetzt
Die neuen Bücher in der Bücher-
abteilung sind **33 $\frac{1}{3}$** herab-
gesetzt
Leihbibliotheks-Bücher in allen
Sprachen **50-80%** herab-
gesetzt

40% herabgesetzt

Deutsche Teppiche
Läuferstoffe
Handarbeiten

Franz. Parfüms
„Monna Vanna“ Paris
40% herabgesetzt

Kinder-Mützen
und Südwester
aus Samt und Püsch
40% herabgesetzt

Gardinen, Bett- u. Diwanddecken, Möbelstoffe sind um **30%** herabgesetzt
Die Restbestände in der Möbelabteilung sind um **33 $\frac{1}{3}$** herabgesetzt
Restbestände Korbwaren, Kleinmöbel sind um **40%** herabgesetzt
Gummischuhe und Ballschuhe sind um **50%** herabgesetzt

Don der Kundschaft des Passage-Kaufhauses u. der Potsdamer Str. noch vorhandene
photograph. Platten werden derselben zum Preise von **M. 1.-** per Stück überlassen
Der Konkursverwalter.

Aufruf!

an alle, die sich mit kleinem Einkommen stets gut und modern kleiden wollen. Ueberzeugen Sie sich, daß die seit 25 Jahren als reell bekannte Firma des Schneidermeisters A. Ringel jedem Gelegenheit bietet, sich mit reeller, fertiger Garderobe für billiges Geld zu versehen.

Anzüge, Paletots, Ulster 22.-, 25.-, 28.-, 33.- M.
Extra-Anfertigung 36.-, 39.-, 44.-, 49.- M.
Abonnement und Verleihung sämtlicher Herren-Bekleidung. Verliehen gewesene Garderobe und Modelle, von Maßschneidern gearbeitet, werden billigst abgegeben.

A. Ringel, Schneidermeister, Chausseestr. 31.

Die reellsten und solidesten
MÖBEL

Liefert anerkannt Möbelfabrik von Schulz, Reichenberger
seit 26 Jahren die Straße 5,
mit langjähriger Garantie zu äußerst billigen Kassenpreisen.
Ferner einen großen Posten Burschen- u. Jünglingsanzüge.
Größte Auswahl in moderner Ausführung in allen Preislagen
von 240 bis 10 000 M. am Lager.

Herren-Konfektions-Engros-Geschäft
verkauft direkt an Private nur bis Pfingsten
Herren-Anzüge Wert bis 30.- von 13.75 an.
Ferner einen großen Posten Burschen- u. Jünglingsanzüge
Hoher Steinweg 1 l. - Sonntags von 8-10 geöffnet.
Vorwärtsleser erhalten 10 Proz. Rabatt in bar.

Teilzahlung **50 Pf.** an
Klappstuhlwagen, Kinderwagen,
Herren-Anzüge, Damen-Kostüme, Wasche,
Portieren, Gardinen, Teppiche, Steppdecken,
Tischdecken, Möbel, Polsterwaren,
bunte Küchen, Spiegel, Bilder, Betten,
Uhren, Zithern, Gramophone
F. & H. Schmidt, Petersburger Straße 23,
nur 1. Etage.



SINGER
„66“
die Nähmaschine des
20. Jahrhunderts.
Neue Spezial-Apparate für
den Hausgebrauch.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Zu vermieten: Lichtenberg, Rittergutsstr. 22-26
per sofort 1 Zweizimmerwohnung, 48,67 R. pro Monat.
Auch per 1. Oktober werden einige Zwei- und Dreizimmerwohnungen frei.
Wiespreis versteht sich inkl. Beleuchtung, Warmwasserheizung und Warm-
wassererwärmung.
Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend e. o. m. b. H.
Auskunft während der Geschäftszeit von 9-5 Uhr im Kontor, sonst beim
Verwalter, Rittergutsstr. 25, III. 100/1

Beim Vorzeigen dieses Inserates 4 uCl. Rabatt.

Damen sparen Geld!

Engros-Lager „Einzel-Verkauf“ nur in der Export-
Lager 1. Etage, Lager

6 Ulster Staubmäntel Kindermäntel Mark Sport-Paletots	Kostüme engl. Art Sport-Paletots Popeline-Mäntel Loden-Capes Mark	9
Hochelegante Modelle - Kostüme u. Mäntel, Tuch, Eolienne, Etamine und Moiré besonders unter Herstellungspreis. Spezialität: Extraweiten für starke Damen.		
12 Popeline-Mäntel Kostüme auf Seide Alpaka-Mäntel Mark Moiré-Blusen	Tuch-Mäntel Kostüme-Etamine Eolienne-Mäntel Seiden-Paletots Mark	15

15 Mark Blusen-Kostüm. 15 Mark Popeline-Mäntel.
Max Mosczytz, Berlin C, Landsberger Str. 59, eine Treppe,
am Alexanderpl.
Sonnabends jetzt den ganzen Tag geschlossen.
Achten Sie in Ihrem eigenen Interesse auf die Hausnummer.

8. Verbandstag der Gastwirtsgehilfen.

Bei Eröffnung der Freitagssitzung gibt der Vorsitzende Jilman-Damburg das Resultat der Debatte über die Berliner Differenzen bekannt. (Vergl. Resolution.) Darauf wird von den Vertretern der Berliner Opposition folgende Erklärung abgegeben:

Die unterzeichneten Delegierten des achten Verbandstages erklären, die zu den Berliner Differenzen vom Verbandstag gefassten Beschlüsse in aller Form anzuerkennen. — Sie erklären alles, was an ihnen liegt, daran zu setzen, die durch die Differenzen entstandene Schärfe auszuwechen.

Hamburg, den 15. Mai 1914. Emil Döfler. Fr. Saaz. Max Schindelmeier. Sodann unterbreitet Bochsich-Berlin die untenstehende Resolution zum

Koalitionsrecht.

Nach kurzer Begründung wird dieselbe ohne Begründung einstimmig angenommen. Sie lautet:

Das Recht der Vereinigung und des Streiks ist den Arbeitern durch das Gesetz gewährleistet. Diese Grundrechte dürfen sich die Arbeiter unter keinen Umständen kürzen lassen, wenn nicht der Aufstieg der Arbeiterklasse gehemmt und eine Verschlechterung der gesamten Lebensbedingungen eintreten soll. Die volle Aufrechterhaltung des Koalitionsrechts liegt daher im Interesse des allgemeinen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritts. Staat und Gesellschaft sollten daher bemüht sein, es zu achten und zu schützen.

Statt dessen sind in Deutschland Regierung und Polizei bemüht, den Arbeitern das Koalitionsrecht illusorisch zu machen. Während Streikende bei den geringsten Vergehen auf das schärfste bestraft werden, gehen die sogenannten Arbeitswilligen selbst bei den schwersten Verbrechen meist strafflos aus.

Deshalb dürfen Unternehmer den härtesten Druck, Verurteilung, Boykott bis zum wirtschaftlichen Ruin der Gegner ausüben, ohne in Gefahr zu kommen, mit den Strafgesetzen in Konflikt zu geraten.

Der Verband protestiert auf das entschiedenste gegen die Maßnahmen der preussischen Polizei, die es neuerdings wieder versucht, die Gewerkschaften rechtslos zu machen, indem sie die Verbände zu politischen Vereinen kempeln will. Die Gastwirtsgehilfen versprechen, im Verein mit den übrigen Gewerkschaften alles einzusetzen, diese arbeiterfeindlichen Absichten der Reaktions- und Schatzmacher zu vereiteln.

Es folgt eine Reihe von Anträgen, die sich auf die Einberufung von Gaunerkongressen usw. beziehen. Hierauf wird der Hauptverwaltung Decharge erteilt.

„Paritätische Arbeitsnachweise“

referiert Diezinger-Berlin. Er bespricht die frühere Stellung der Gewerkschaften zu den öffentlichen Arbeitsnachweisen, sodann die Haltung der gelben Gastwirtsgehilfenverbände gegenüber den paritätischen Arbeitsnachweisen. Das Stellenvermittlungsgesetz werde von den gewerkschaftlichen Stellenvermittlern noch vielfach umgangen. Eine Verringerung der Konzessionen von Stellenvermittlern habe noch nicht Platz gegriffen. Redner kommt sodann auf diejenigen Maßnahmen zu sprechen, die in letzter Zeit von seiten einiger Behörden gegenüber den paritätischen Facharbeitsnachweisen getroffen worden sind, man suche vielfach die Selbstverwaltung in den Facharbeitsnachweisen zu unterbinden. Trotz mancher schlechter Erfahrungen empfiehlt Redner die weitere Förderung der paritätischen Arbeitsnachweise durch den Verband. Verlangt müsse werden die Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung durch paritätische Kuratoren. Es sei Pflicht des Staates und der Kommune, die Kosten für die Arbeitsvermittlung aufzubringen. Der Referent legte eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution vor.

In einer von Hannover gestellten Resolution wird u. a. das gänzliche Verbot der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung gefordert. Ferner die Errichtung obligatorischer Nachweise in Städten von über 50 000 Einwohnern, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer dieses gemeinsam beantragen. Ein Antrag Leipzig verlangt, daß sich der Verband der Gastwirtsgehilfen nur dann an den Facharbeitsnachweisen beteiligen soll, wenn bestimmte Vorbedingungen gegeben sind. Als solche sollen gelten das gesetzliche Verbot der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung am Platze; die Beteiligung sämtlicher Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen.

In der Diskussion schildert zunächst Steglitz-Leipzig die Verhältnisse in der genannten Stadt, die Erfahrungen seien keine guten zu nennen. Vardelle-Preslau betont, daß er mit dem „Gadmann“ im Arbeitsnachweis nicht immer die besten Erfahrungen gemacht habe. Thomas-Hannover: In Hannover seien Leute vom Arbeitsnachweis ausgeschlossen worden, die sich mit ihren streikenden Kollegen solidarisch erklärt hatten. Bochsich-Berlin behandelt in längeren Ausführungen die Maßnahmen, die die Regierung und Behörden in letzter Zeit gegen die Arbeitsnachweise ergriffen haben. Zweifellos gehe die Absicht und die Entwicklung dahin, die Arbeitsnachweise zu kommunalen Institutionen zu machen. Trotz aller schlechter Erfahrungen und trotzdem man sichtbar das Bestreben beobachtet kann, den Arbeitern auch hierin das Selbstverwaltungsrecht langsam zu entziehen, müsse man doch nach wie vor für die paritätischen und für die Aufhebung der eigenen Arbeitsnachweise eintreten. Er erörtert des weiteren die Vorteile des paritätischen bzw. der öffentlichen Arbeitsnachweise.

In der Nachmittagssitzung wird die Debatte über die Anträge fortgesetzt.

Von den verschiedenen Rednern werden Beschwerden vorgebracht über die Geschäftsführung von den Facharbeitsnachweisen ihrer respektiven Orte. Schließlich wird unter Ablehnung aller anderen Anträge die Resolution des Referenten angenommen, aus der wir die nachstehenden Sätze wiedergeben möchten:

Der Verbandstag spricht sein lebhaftes Bedauern aus, daß sowohl die Regierung wie sonstige einflussreiche Behörden und Korporationen seit geraumer Zeit eifrig bemüht sind, die paritätische Selbstverwaltung aus den Facharbeitsnachweisen zu beseitigen und dafür eine rein bürokratische einzuführen.

Demgegenüber fordert der Verbandstag, daß die Errichtung paritätischer Facharbeitsnachweise nur unter Garantie der Selbstverwaltung der sich beteiligenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen mit maßgebendem Einfluß erfolgt.

Ritter-München referiert sodann über Arbeiterfragen.

Die Bundesratsverordnung für das gastwirtschaftliche Personal bezieht sich bekanntlich nur auf das gelernte Personal. Die neue Fassung des § 120 f der Gewerbeordnung gibt die Möglichkeit, die Bundesregierungen und die örtlichen Polizeibehörden zu veranlassen, diese Schutzbestimmungen auch auf das Hilfspersonal auszudehnen. In München ist dieses durch eine Verordnung der Regierung von Oberbayern geschehen; diese Bestimmung ist auch ausgedehnt auf das in Pensionen, Privat-hotels usw. beschäftigte Personal. Der Referent schlägt vor, die Reichsregierung erneut zu ersuchen, die Arbeiterschutzbestimmungen auf das gesamte Personal auszudehnen. Ferner sind aber auch Eingaben an die einzelnen Bundesregierungen, sowie an die örtlichen Polizeibehörden zu richten.

Baumeyer-Berlin regt an, Material vom Verband, den Gewerbeinspektoren, Redigieren usw. zu sammeln und den Behörden zu unterbreiten. Die Hauptverwaltung sollte eine besondere Konferenz einberufen, um über diesen Punkt weitere Beschlüsse zu fassen. Hierauf werden die Vorschläge des Referenten angenommen. Es folgt ein kurzes Referat von Bochsich-Berlin über die

Gewerbenovelle.

Die dem Reichstag unterbreitete Novelle zur Gewerbeordnung genüge den Erfordernissen einer den derzeitigen Verhältnissen entsprechenden Regelung des Gastwirtsberufes nicht. Die Bestimmungen, welche die Einschränkung der Konzessionen betreffen, wären geeignet, der Willkür und der Schikane Tür und Tor zu öffnen, ferner werde die Möglichkeit für die Gehilfen, sich selbständig zu machen, noch mehr eingeschränkt. Die für das weibliche Personal vorgesehenen Schutzbestimmungen sollen sich, wie aus der Begründung der Regierungsvorlage hervorgeht, nur beziehen auf die in den sogenannten Anmischerneien beschäftigten Kellnerinnen. Der Referent ist der Auffassung, daß Verkürzung der Arbeitszeit, eine andere Regelung der Entlohnung, Verbot der Abgaben usw. für alle Kellnerinnen Platz zu greifen hat. Er schlägt vor, die Hauptverwaltung zu beauftragen, zu gegebener Zeit die geeigneten Anträge an den Reichstag gelangen zu lassen. Nach einigen Anregungen von Baumeyer und anderen Delegierten wird demgemäß beschlossen.

Die Abendigung

beginnt mit einem Referat von Bochsich über die christlichen Gewerkschaften.

Bis vor einigen Jahren gab es innerhalb der gastwirtschaftlichen Angestellten eine sogenannte „christliche Gewerkschaft“ nicht. Seitdem eine solche gegründet wurde, ist die Zersplitterung unter den Gastwirtsgehilfen noch weiter gediehen. Die christlichen Organisationen der Gastwirtsgehilfen, deren Sitz in Hannover ist, tritt ganz in die Fußstapfen ihrer christlichen Vorbilder von den anderen Berufsgruppen. Es war daher notwendig, sich auf einem Verbandstage mit dieser Frage zu beschäftigen. Der Gedankengang des Referenten kommt in der nachstehenden von ihm unterbreiteten Resolution zum Ausdruck:

Die christlichen Gewerkschaften sind politisch vom Zentrum, geistig und religiös vom katholischen Klerus abhängig. Die verschiedenen Rundgebungen des Papstes und der Bischöfe, wie auch die Erklärungen der christlichen Gewerkschaftsführer beweisen dies.

Die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter lassen die christlichen Gewerkschaften beziehentlich deren Führer leicht in Konflikt mit den „höheren Interessen“ der Kirche und der politischen Partei kommen, die sich nicht immer bedenken mit denen der Arbeiterklasse.

Aus der Geschichte der christlichen Gewerkschaften geht deutlich hervor, daß deren Gründung erfolgte im Gegensatz zu den freien Gewerkschaften, deren Weiterentwicklung sie nach Möglichkeit hemmen sollten. Dieses im Interesse der Zentrumspartei, die vom Agrarierium und den fromm katholischen Industrieherrn stark beeinflusst wird, und der katholischen Kirche liegende Ziel, das Bestreben, die freien Gewerkschaften zurückzubringen, treibt die christlichen Gewerkschaften zu immer neuen und immer gewagteren Manipulationen. Die Fälle, wo christlich organisierte Arbeiter als Streikbrecher, ihre Führer als Streikbrechervermittler auftreten, wehren sich.

Die christliche Gewerkschaft der „Gasthausangestellten“, die erst seit wenigen Jahren besteht, verfolgt dieselben Tendenzen und wendet je länger je mehr die gleiche Taktik an, wie die übrigen christlichen Gewerkschaften. Als die wirtschaftlichen Interessen der gastwirtschaftlichen Angestellten durch den Verband der Gastwirtsgehilfen in der bestmöglichen Weise gewahrt sind, suchen die Christlichen überall Sonderorganisationen ins Leben zu rufen, angeblich, weil vielen gastwirtschaftlichen Angestellten die Weltanschauung der freien Gewerkschaften nicht aufgehe, und treiben so die Zersplitterung unter den Gastwirtsgehilfen bis auf das höchste, zum Schaden der Angestellten.

Es liegt andererseits keine Veranlassung vor, die christliche Gewerkschaft unseres Berufs zu übersehen. Wenn erst die gastwirtschaftlichen Angestellten in ihrer Mehrheit von den gewerkschaftlichen Zersplitterungsbestrebungen der Christlichen überzeugt sind, wird ein weiteres Wachstum sicher unterbleiben. Der Verbandstag erwartet von allen Mitgliedern, besonders von den Funktionären des Verbandes, daß sie mit dazu beitragen, die gastwirtschaftlichen Angestellten durch mündliche und schriftliche Agitation über das wahre Wesen der christlichen Gewerkschaften aufzuklären.

Die Ausführungen des Referenten werden wirksam unterstützt von Evers (Gauleiter für Rheinland und Westfalen), der an der Hand reichhaltigen Materials aus den einzelnen Orten die Agitationsmethode der Christlichen kennzeichnet. Der Kampf werde bei den Christlichen rein persönlich geführt. Sie schreden vor Demunziationen und vor Verrat der Arbeiterinteressen nicht zurück, sofern es in ihrem Vorteil liegt. Ein Zusammengehen mit den

Christlichen sei abzulehnen. Eine weitere Diskussion folgt nicht, die Resolution wird hierauf einstimmig angenommen.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: Der Rosenkavalier. Montag: Margarete. Dienstag: Elektra. (Anfang 8 Uhr.) Mittwoch: Der fliegende Holländer. Donnerstag: Die Tugentotten. Freitag: Die Reiterflieger von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr.) Sonnabend: Fidelio. Sonntag: Aida. Sonntag: Lantana. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Königl. Schauspielhaus. Sonntag: Peer Gynt. (Anfang 7 Uhr.) Montag: Die Journalisten. Dienstag: Peer Gynt. (Anfang 7 Uhr.) Mittwoch: 1812. Donnerstag: Peer Gynt. (Anfang 7 Uhr.) Freitag: Die Nabensteinen. Sonnabend und Sonntag: Der Botschafter. Sonntag: Peer Gynt. (Anfang 7 Uhr.) (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Deutsches Theater. Sonntag: Ein Sommernachtstraum. Montag: Othello. (Anfang 7 Uhr.) Dienstag: Was ihr wollt. Mittwoch: Othello. Donnerstag: Hamlet. Freitag: Othello. Sonnabend: Was ihr wollt. Sonntag: König Lear. Montag: Ein Sommernachtstraum. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Kammerspiele. Sonntag: Peterleuchten. Montag: Der Stroh. Dienstag: Scherzhaufen. Mittwoch: Bürger Schindel. Donnerstag: Rein Freund Leddy. Freitag: Der Stroh. Sonnabend und Sonntag: Sumurun. Sonntag: Frühlings Erwachen. (Anfang 8 Uhr.)

Vestibül-Theater. Sonntag: Professor Bernhardt. Montag: Professor Bernhardt. Dienstag: Professor Bernhardt. (Anfang 8 Uhr.) Sonntag: Peer Gynt. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Montag: Nach Damaskus. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Verliner Theater. Sonntag: Große Koffen. Montag: Große Koffen. (Anfang 8 Uhr.) Sonntag: Die fünf Frankfurter. (Anfang 8 Uhr.)

Deutsches Künstler-Theater. Sonntag: Der Oberpelz. Abends: Schneider Bibbel. Montag: Der Raub der Sabinerinnen. Dienstag: Schneider Bibbel. Mittwoch: Der Raub der Sabinerinnen. Donnerstag: Schneider Bibbel. Freitag: Der Raub der Sabinerinnen. Sonnabend: Schneider Bibbel. Sonntag: Der Raub der Sabinerinnen. Montag: Schneider Bibbel. (Anfang 8 Uhr.)

Kombidienhaus. Sonntag: Die fünf Frankfurter. Montag: Die fünf Frankfurter. (Anfang 8 Uhr.)

Theater an der Weinbaumbrücke. Sonntag: Der müde Theodor. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Vestibülhaus. Abends: Die jamaikische Hölle. Sonntag: Die jamaikische Hölle. (Anfang 8 Uhr.)

Thalia-Theater. Sonntag: Charleys Kante. Montag: Charleys Kante. (Anfang 8 Uhr.)

Trianon-Theater. Sonntag: Die fünf Frankfurter. Montag: Die fünf Frankfurter. (Anfang 8 Uhr.)

Deutsches Opernhaus. Sonntag: Hecate. Montag: Hecate. (Anfang 8 Uhr.)

Abends: Das Rheingold. Montag: Die Reiterflieger von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr.) Dienstag: Areland. Mittwoch und Donnerstag: Der Jägerbaron. Freitag: Die Reiterflieger von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr.) Sonnabend: Das Rheingold. Sonntag: Der Jägerbaron. Montag: Die lustigen Weiber von Windsor. (Anfang 8 Uhr.)

Reichstheater. Sonntag und Montag: Ein Balzer von Chapin. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Kleines Theater. Abends: Zeitlich Gebel. (Anfang 8 Uhr.)

Schiller-Theater O. Sonntag: Gefährt ist Gefährt. Montag: Gefährt ist Gefährt. (Anfang 8 Uhr.)

Abends: Die Waisensöhne. Montag und Dienstag: Ueber unsere Kraft. 1. Teil. Mittwoch: Das große Licht. Donnerstag: Heiligenswald. Freitag: Das große Licht. Sonnabend: Jugendfreunde. Sonntag: Klein-Eva. (Anfang 8 Uhr.)

Schiller-Theater Charlottenburg. Sonntag: Ueber unsere Kraft. 1. Teil. (Anfang 8 Uhr.)

Abends: Klein-Eva. Montag: Heiligenswald. Dienstag: Klein-Eva. Mittwoch: Der Kompanon. Donnerstag: Ueber unsere Kraft. 1. Teil. Freitag: Klein-Eva. Sonnabend: Ueber unsere Kraft. 1. Teil. Sonntag: Die Waisensöhne. Montag: Ueber unsere Kraft. 1. Teil. (Anfang 8 Uhr.)

Walhalla-Theater. Abends: Die Dolmetscherin. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Luisen-Theater. Sonntag: Rade und Liebe. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Abends bis Donnerstag: Ein seltsamer Fall. Freitag: Rur ein Traum. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Neues Volkstheater. (Neue freie Volkshöhle.) Sonntag: Maria Friedhammer. Abends und Montag: Frau Warrens Gewerbe. Dienstag bis Donnerstag: Maria Friedhammer. Freitag: Die Hausmutter. Sonnabend und Sonntag: Maria Friedhammer. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Abends: Die Ferkel-Heil. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Montis Operetten-Theater. Sonntag: Die Fledermaus. Abends: Jung-England. (Anfang 8 Uhr.)

Rose-Theater. Sonntag: Philippine Weller. Abends: Die Kino-Römer. Montag: Philippine Weller. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Abends: Die Kino-Römer. (Anfang 8 Uhr.)

Theater am Rollendorflap. Sonntag: Daphne. (Anfang 8 Uhr.)

Metropol. Sonntag: Ein Blumendel. Abends: Die Kette um die Welt in 40 Tagen. (Anfang 7 55 Uhr.)

Apollo. Sonntag: Spezialitäten. Abends: Otto Kauter. (Anfang 8 Uhr.)

Wintergarten. Abends: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)

Reichshallen-Theater. Sonntag: Die fünf Frankfurter. (Anfang 8 Uhr.)

Abends: Die fünf Frankfurter. (Anfang 8 Uhr.)

Gebr. Herrnhut-Theater. Abends: Ein Reinfall. Gebr. Herrnhut. Die Klubpartie. (Anfang 8 Uhr.)

Admiralpalast. Am Langgolf. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Berliner Gipspalast. Fußball: Amor auf Urlaub. (Anf. 9 Uhr.)

Palast am Zoo. Das Wärfel. (Täglich: 8 Uhr, Sonntag 6 Uhr.)

Cines Rollendorf-Theater. Histoire d'un Pierrot. (8 1/2 und 9 Uhr.)

Urania-Theater. Sonntag: Mit dem Imperator nach New York. Abends: Zum Hörsaal der Jungfrau. (Anfang 8 Uhr.)

Passage-Theater. Abends: Kino-Barth. (Anfang 8 Uhr.)

Kaffee-Theater. Sonntag: Trübens Sommerreise. Abends: Wo die Liebe hinfällt. (Anfang 8 Uhr.)

Hollis Caprice. Abends: Der Luftkammer. Das Karnikel. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Virtus Quich. Abends: Das Karnikel. (Anfang 8 Uhr.)

Wortpreis von Berlin am 15. Mai 1914, nach Ermittlungen des Königl. Polizeipräsidiums. Weiz (müde), Natal 00,00—00,00, Denu 0,00—0,00. Mais (runder), gute Sorte 15,30—15,50. Nichtstroh 0,00. Neu 7,00—8,40.

Partikallendpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—30,00. Speisebohnen, weiße 35,00—30,00. Linen 40,00—30,00. Kartoffeln (klein) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 0,00—0,00. Rindfleisch, Bauchfleisch 0,00—0,00. Schweinefleisch 0,00—0,00. Kalbfleisch 0,00—0,00. Nimmelfleisch 0,00—0,00. Butter 2,40—2,80. 60 Stück Eier 3,20—4,80. 1 Kilogramm Karapfen 1,20—2,20. Rale 1,60—3,20. Hander 1,60—3,20. Fische 1,40—2,50. Wäsche 1,00—2,20. Schale 1,40—3,20. Weiz 0,80—1,60. 60 Stück Rente 2,50—40,00.

Das Central-Leihhaus unterhält keine Filialen, nur allein Eckhaus Jäger- und Kanonierstraße.

Central-Leihhaus nur Jägerstr. 71 allein in großer Auswahl

Abt. I: Hochelegante Monatsgarderoben, teils in prima Seide, zu sehr mäßigen Preisen.

Elegante Monats-Garderoben, welche in vornehmen Werkstätten nach Maß hergestellt sind, werden als Gelegenheitskäufe zu billigsten Preisen zum Verkauf gestellt, und ist die Auswahl gerade in diesen wenig gebrauchten Maßgarderoben jetzt eine sehr große, da bei dem Saisonwechsel ein starkes Lager vorhanden.

Herrn-Frühjahrs-Paletots teils in wenig gebrauchte Maßgarderob. Monats-Paletots für M. 9, 10, 12, 15, 20, 25 Eleg. Herren-Jackett- u. Rock-Anzüge gebrauchte Monats-Anzüge für M. 9, 10, 12, 15, 20, 25

Eleg. Kostüme und Kleider zu sehr billigen Preisen Damen Garderoben Eleg. Kostüme sehr billig Sommer - Ulster in großer Auswahl in den bedeutend erweiterten Parterre-Räumen von 7, 9, 10, 12, 15 M.

Heute Sonntag geöffnet nur von 8—10 Uhr vormittags

Theater und Vergnügungen

(Siehe Wochen-Spielplan.)
Freie Volksbühne.
 Sonntag, den 17. Mai, nachm. 3 Uhr:
 Schiller-Theater O.: Geschäft ist Geschäft.
 Künstler-Theater: Der Vörsperler.
 Leistung-Theater: Professor Bernhardt.
 Kollendorfer-Platz-Theater: Operette: Orpheus in der Unterwelt.

Neue Freie Volksbühne.
 Sonntag, den 17. Mai, nachm. 3 Uhr:
 Deutsches Theater: Emilia Galotti.
 Kammer-Theater: Die Fingerringe von Berg-op-Joom.
 nachm. 3 Uhr:
 Deutsches Opernhaus: Sigarot Hochzeit.
 Schiller-Theater Charlottenb.: Rosenmontag.
 Italia-Theater: Vater und Sohn.
 Metropol-Theater: Ein Blümmel.
 Berliner Theater: Große Hofjungen.
 Monats-Operetten-Theater: Die Fiedermäuse.
 Trianon-Theater: Die Notbrücke.
 Theater in der Königgrätzerstraße: Das Lebensfest.
 Neues Volks-Theater: Frau Barrens Gewerbe.

Abends 8 Uhr:
 Neues Volks-Theater: Maria Friedhammer.
 Abends 8 1/2 Uhr:
 Neues Volks-Theater: Montag und Donnerstag (nachmittags): Frau Barrens Gewerbe. Dienstag, Mittwoch u. Sonnabend: Maria Friedhammer. Freitag: Die Handwerker.

Schiller-Theater O.
 (Wallner-Theater).
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
 Geschäft ist Geschäft.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.
 Montag, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft (I. Teil).

Schiller-Theater
 Charlottenburg.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Rosemontag.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Klein Eya.
 Montag, abends 8 Uhr:
Heiligenwald.

Deutsches Künstlertheater
 Sozietät.
 Nürnberger Straße 79/71, am Zoo.
 Kasse: Nollendorf 1383.
 Sonntag 3 Uhr: Der Vörsperler.
 Sonntag, 8 Uhr:
Schneider Wibbel.
 Montag 8 Uhr:
Der Raub der Sabinerinnen.
Theater in der Königgrätzer Straße
 Täglich 8 Uhr:
Mr. Wu.

Komödienhaus.
 6 1/2 Uhr:
 „Kammermusik“.

Berliner Theater.
 8 Uhr:
 Wie einst im Mai.

Residenz-Theater.
 Anfang 8 1/2 Uhr:
 Ein Walzer von Chopin.

Theater des Westens.
 8 Uhr: **Polenblut.**

Theater am Nollendorferplatz 5.
 3 Uhr: Orpheus in der Unterwelt.
 8 Uhr: **Der Juxbaron.**

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
 Anfang 8 1/2 Uhr:
Die Förster-Christl.

ROSE-THEATER
 Große Fochstraße Str. 120.
 nachm. 3 Uhr, halbe Preise!
 Philippine Weller.
 Abends 8 Uhr:
Die Rino-Königin.
 Montag 11 Uhr Theater bereits ausverkauft. Dienstl. Rino-Königin.

Volgt-Theater
 Badstraße 56.
 Sonntag, den 17. Mai 1914:
 Nachmittags keine Vorstellung.
 Abends 7 Uhr: **Don Cäsar**
 oder: Der Graf von Zruu.
 Roman, Scherz, mit Gel. in 4 Akten.
 Kollendorfer-Platz. 10 Uhr. Anfang 7 Uhr.

URANIA Taubenstr. 48/49.
 Sonntag 4 Uhr:
 Mit dem „Imperator“ nach New York.
 (Kleine Preise.)
 Sonntag und Montag 8 Uhr:
Zum Hochfirt der Jungfrau.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Zoo: Heute ja
Aquarium: 50 Pf.
 Kinder unt. 10 Jahr. die Hälfte.
 Täglich ab 4 Uhr:
Großes Konzert.
 Neu! **AQUARIUM** Neu!
 9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

Admiralspalast.
Eis-Arena.
„Im Tangoklub“
 Die Novität
 zum 250. Male das effektvolle Eishallett „Die lustige Puppe“. Bis 9 Uhr u. ab 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.
Wein- und Bier-Abteilung.

Gesangverein Kreuzberger Harmonie
 (Mitglied des D. A.-S.-B.)
 Mittwoch, den 20. Mai, im Saale der Brauerei Friedrichshain:
Vokal- u. Sinfonie-Konzert
 unter Mitwirkung des **Blüthner-Orchesters.**
 Leitung (Chor und Orchester): **Franz Bothe.**
 Vortragsfolge:
Erster Teil.
 1. Ouverture zur Oper „Oberon“ C. M. v. Weber
 2. Aus baltischen Landen K. Kämpf
 (Suite für Orchester.)
 a) In den Dänen. b) Die Haffmücken.
 c) Im Meeresturm dem Tag entgegen.
 d) Abendlied. e) Kirmes.
 3. a) Der Gondelfahrer Fr. Schubert
 b) Das Dörfchen
 (Männerchor mit Orchester.)
Zweiter Teil.
 4. Sinfonie No. 1 in C-Dur L. v. Beethoven
 Adagio Molto — Allegro con brio — Andante cantabile con moto — Menuetto — Allegro molto e vivace — Adagio — Allegro molto e vivace.
Dritter Teil.
 5. Die nächtliche Hearschau P. Ertel
 (Sinfonische Dichtung.)
 6. a) Die Jugend I. Thuille
 b) Lenzenigen Fr. Bothe
 (Männerchor ohne Begleitung.)
 7. Erntelied O. Fried
 (Männerchor mit Orchester.)
 Anfang 8 Uhr. — Billetts im Vorverkauf 30 Pf. sind zu haben bei Hensch, Zigarrenhandlung, Engelauer 15; Restaur. Schönborn, am Friedrichshain, Ecke Großswalder Straße, sowie bei sämtlichen Mitgliedern.
 59/13

Zirkus Busch.
 Gastspiel des Deutschen Theaters
 Direktion: Max Reinhardt.
Das Mirakel
 Anfang 8 Uhr.
 Vorverkauf an der Kasse des Deutschen Theaters, Zirkus Busch und A. Wertheim.
 Preise der Plätze von 1—10 M.

Metropol-Theater.
 Nachmittags 3 Uhr:
Ein Blitzmädel.
 Abends 7 Uhr 55 präglie:
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

Apollo-Theater.
 Tel.: Lützow 2757.
 3 1/2 und 8 Uhr:
Otto Reutter
 u. das große Mai-Varietéprogramm.
 Nachmittags kleine Preise.
Rauchen gestattet!

WINTERGARTEN
 Neues Programm!
Radjah
 in ihren Tänzen
 Johnson u. Dean Jeannette Denarber
 Ragtime mit ihrem
 Sextett | Ballon
 und eine Anzahl
hervorragender Kunstkräfte!
 Entreeplatz wochentags
 M. 0.60.
— Rauchen gestattet! —

Casino-Theater
 Lehniger Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Bis Montag, den 18. Mai:
 Der neue Lustspiel-Schlager:
„Wo die Liebe hinfällt“
 und das große Mai-Programm.
 Schluß der Saison: Montag, 18. Mai.

Passage-Panoptikum.
 Lebend!
Die letzten weiblichen Azteken!
 Der unfesselbare Rappo,
 der König der Ausbrecher.
 Aga, die schwabende Jungfrau.
 Buddhas Geistesartafel.
 Alles ohne Extra-Entree!
 Eintr. 50 Pf. Kind u. Sold, 25 Pf.

Trianon-Theater.
 Täglich abends 8 Uhr:
Die Notbrücke.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
 Herr Direktor Kuhlke
 Dirigent des
 Orchesters
Anfang heute 7 1/2 Uhr.

Folies Caprice.
 Täglich 8 1/2 Uhr:
Der Luftturner.
Das Karnickel.
Das Erdbeben.

Walhalla-Theater
 Weinbergweg 19/20.
 Täglich abends 8 1/2 Uhr:
Die Dollarprinzessin.

Neue Welt
 Arnold Scholz, Hafenstraße 108/114.
 Heute Sonntag:
Großes Konzert u. Varieté-Vorstellung.
 Anfang 4 Uhr. Entree 25 Pf.
 Im Neben-Zelt:
— Großer Ball. —

Berliner Prater-Theater
 Kasernen-Allee 7/9.
 Während der Vorstellung
 jeden Sonntag:
Große Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
 Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
 Im Saale: **Großer Ball.**

Alhambra
 Wallner-Theater-Straße 15.
Jeden Sonntag: Großer Ball.
 Großes Orchester. Anfang Sonntag 5 Uhr.
A. Zameitat.

Berliner Uik-Trio
 Adr.: Neukölln Lahnstr. 74/4

Donnerstag, den 21. Mai 1914 (Himmelfahrtstag), in sämtlichen Räumen und im großen Garten der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16-23:
Großes Maifest der „Gottlosen“
Großes Garten-Konzert (bei ungünstiger Witterung im Saal) Musikdirektor Blume. Chor- u. Sologesang. Humoristische Vorführungen.
Die Reise nach dem Blocksberg | **Klein Elfishens Maientraum**
 Dichtung mit lebendem Bild, | Märchenzene mit Elfenreigen,
 arrangiert von Berthold Schröder. | dargestellt v. Kindern d. Gemeinde, arrangiert v. B. Schröder.
Der Gottlosen Höllenfahrt. — Frei nach Dantes „Göttlicher Komödie“. — Worte vom Stadtverordneten Waldek Manasse.
 Auftreten der Opern- und Konzertsängerin **Elsa Himmel-Manske.** — Rezitationen: Schauspielerin **Fri. Manasse.** (Prometheus von Goethe, Glaubensbekenntnis von Vischer usw.)
Festvortrag des Landtagsabgeordneten **Adolf Hoffmann:** **„Warum sind wir gottlos?“**
Festzeitung. X Massengesänge. X An der Orgel: Herr Organist Ernst Himmel.
 Von 2 Uhr ab ist die Kaffeeküche geöffnet zum **Brauen des schwärzesten Hexentranks. GROSSER BALL.** Eintrittspreis 30 Pf.
 Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden. — Billetts a 30 Pf. sind zu haben bei R. Mitzke, Neukölln, Erlanger Str. 12 IV; A. Hoffmann, Blumenstr. 22 I; A. Röder, Dänenstr. 9; Geschäftsstelle Pappel-Allee 15-17; O. Kuhlhard, Alexandrinenstr. 21 IV; Barentzin, Stralauer Platz 10-11; F. Ewald, Schönleinstr. 6.
Die Freireligiöse Gemeinde. I. A.: A. Hoffmann.
 54/11

Große Berliner Kunstausstellung
 Mai-September 1914
 im Landesausstellungs-Gebäude.

KOCHKUNST-CLOU
AUSSTELLUNG Mauerstr. 32
„Die Küche im Mai“
 Heute:
Tafelbrot aus allen Ländern.
Pikante Aspik. Kartoffelspeisen.
 Täglich 10—9 Uhr. Eintritt 1 Mark. Konzert 4—8 Uhr.

Luna-Park
 Täglich großes Doppel-Konzert.
— Neue Attraktionen. —
 Wirtschaftsbetrieb: **Bernhard Hoffmann.**
 Entree 50 Pf.

Brauerei Friedrichshain.
 Mittwoch, den 20. Mai 1914, abends 8 Uhr:
Vokal- und Sinfonie-Konzert
 des Gesangvereins **Kreuzberger Harmonie** (Mitgl. des D. A.-S.-B.)
 und Mitwirkung des **Blüthner-Orchesters**
 Dirigent (Chor und Orchester): **Franz Bothe.**
 Einlaßkarten im Vorverkauf a 30 Pf. bei d. „Vorwärts“-Speditoren Zucht, Immanuelkirchstr. 13, und Hanisch, Ackerstr. 174.

Neu eröffnet! **Café Wedding-Palast**
 Müllerstr. 182-183
 Carl Sittsamstein.
 Täglich:
Großes Rivelli-Konzert
 Anfang 4 Uhr.

Arminius-Hallen, Moabit
 Bremer Straße 72-73. Telefon 186.
Jeden Sonntag: Großer Ball.
 Anfang 4 1/2 Uhr. **Schneidige Sallmusik.** Anfang 4 1/2 Uhr.
Avis! Große und kleine Säle mit Bühne, Vereinszimmer und 2 Kegelbahnen noch frei.
Max Schölzel.

Mentes Volksgarten
 Berlin, an der Landsberger Allee, Köderstr. 28/29
 Heute Sonntag sowie jeden Sonntag:
 Gr. Konzert Spezialitäten Ball
 Stelle Gemeindefallen, Vereinen Konzert, Spezialitäten an allen Tagen, auch Sonntags, bei Abhaltung von Festen vollständiges Programm gratis!
Ausschneiden! Vorzeiger dieses Anzeigers erhalten an der Kasse 4 reinerborte Plätze gratis!
 Kaffeetische, Volksbenutzungen, 3 Bühnen, 20 000 Sitzplätze.

Elysium
 Landsberger Allee 40/41.
 Täglich: **Konzert, Ball, Spezialitäten** Franz Sobanski.
 Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 10 Pf.
 Vereine: Saal u. Garten gratis.

Am Himmelfahrtstage
Gr. Dampfer-Extrafahrt nach **Wernsdorfer Schleuse**
 Restaurant zum **Oder-Spree-Kanal**
 von der **Michaelbrücke** Reederei **Zachow.**
 Preis hin und zurück 80 Pf. Abfahrt früh 8 Uhr.
 Hierzu ladet freundlichst ein **Paul Schwedler.**

Wo Rheinsberg
 (Mark) ein?
 Beim Gartengassen
Frita Ulrich, Galtoirt
 Friedrichstraße 42.

EVA
ERSTE VARIETE AUSSTELLUNG
 BERLIN 9-24 MAI 1914
 AUSSTELLUNGSPALAST
 AM ZOO

Verbandstag der Lederarbeiter.

Am Sonnabend wurde die Statutenberatung fortgesetzt. Die beschlossenen Änderungen betreffen meistens nur innere Verwaltungsangelegenheiten. Zu erwähnen ist, daß mehrere Anträge, welche sich auf Verbesserung der Streifenunterstützung beziehen, dem Zentralvorstand überwiesen wurden, damit er der nächsten Generalversammlung eine dementsprechende Vorlage unterbreite. — Für die Ortsunterstützung an Arbeitslose lag ein Antrag des Zentralvorstandes vor, wonach für die ersten drei Tage der Arbeitslosigkeit keine Unterstützung gezahlt werden soll. Die Kommission hat den Antrag so modifiziert, daß die ersten drei Tage nur dann bezahlt werden sollen, wenn die Arbeitslosigkeit länger als drei Tage dauert. — Der Antrag wurde abgelehnt mit der Begründung, daß eine Stärkung der Verbandseinnahmen nicht dadurch erreicht werden soll, daß die Arbeitslosenunterstützung verschlechtert wird. — Die bisherigen Bestimmungen über die Unterstützung beim Ausschicken der Arbeit wurden gestrichen und dafür beschlossen, daß, wenn das Ausschicken länger als drei Tage dauert, vom ersten Tage an die Arbeitslosenunterstützung gezahlt wird. — Hinsichtlich der Krankenunterstützung wurde außer einer formalen Änderung beschlossen, die Wöchnerinnenunterstützung, die bisher für 6 Wochen gewährt wurde, auf 8 Wochen auszuweiten.

In dem Teil des Statuts, der die Verwaltung des Verbandes regelt, wurde beschlossen, daß der Verbandstag in der Regel in Berlin abgehalten wird. Der Ausschuhvorstand soll durch den Verbandstag gewählt werden und eine Entschädigung von 200 M. jährlich erhalten. Die übrigen Ausschuhmitglieder werden wie bisher am Sitz des Ausschusses gewählt.

Eine Reihe von Anträgen, die eine neue Regelung der Gehälter der Angestellten betreffen, haben der Statutenkommission vorgelegen, welche folgende Stala beantragt: Erster Vorsitzender 2400 M., steigend anfangs um 100 M., später um 75 M. jährlich bis zu 3400 M. Erster Kassierer und Redakteur 2400 M., noch demselben Modus steigend bis 3300 M. Andere Angestellte im Zentralvorstand 2400 M., steigend bis 3100 M. Gauleiter 2300 M., steigend bis 3000 M. Ortsbeamte 2100 M., steigend bis 2700 M.

Die gegenwärtig gezahlten Gehälter haben bei den seit 12 und 18 Jahren Angestellten ungefähr die Mitte zwischen den vorgeschlagenen Anfangs- und Endbeträgen erreicht. Bei den seit kürzerer Zeit Angestellten stehen die Gehälter teils auf, teils unter, teils wenig über dem vorgeschlagenen Mindestsatz.

Nach 4 1/2 stündiger Debatte wurde der Kommissionsvorschlag in namentlicher Abstimmung mit 20 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Angenommen wurde folgende Stala: Erster Vorsitzender 2400 bis 3300 M., Kassierer und Redakteur 2400—3100 M., andere Zentralangestellte 2400—3000 M., Gauleiter 2300—3000 M., Ortsbeamte 2100—2800 M. Leitende Ortsbeamte großer Zahlstellen können auf Beschluß der Generalversammlung den Gauleitern im Gehalt gleichgestellt werden.

Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Sein Sitz bleibt in Berlin, der Sitz des Ausschusses in München.

Damit sind die Arbeiten des Verbandstages beendet.

Aus aller Welt. Glückliche Säule!

Die Gutverwaltung Hallsberg macht in der Berliner bürgerlichen Tagespresse bekannt, daß das dort gegründete Pferde-

pensionat der Stadt Berlin eröffnet sei. Als Vorgänge werden in der Anzeige besonders genannt: „Freier Auslauf in der großen Koppel oder geräumigen Einzelställen bei reichlichem Futter, sorgfältiger, pünktlicher und sachgemäher Wartung und Fütterung und tierärztlicher Aufsicht.“

Glückliche Säule! Ihr habt es besser, als viele Berliner Menschen. Im Pferdepensionat lebt sich offenbar behaglicher und hygienischer als beispielsweise im Obdachlosen-Ashl. Da ist die Verpflegung weniger reichlich und auch die Pflege weniger sorgfältig, und die ärztliche Aufsicht fehlt gänzlich. Auch zahlreiche Berliner Proletarier-Kinder werden auch um zuere gehobene Existenz beneidet, und nicht minder all die Jüglinge in menschlichen Fürsorgeanstalten, wo es häufig bei spärlicher Kost reichlich Schläge gibt und statt eines Arztes ein arger Ruder die Aufsicht führt. Den Tierfreund muß das Pferdepensionat der Stadt Berlin mit Verliebtheit erfüllen, den Menschenfreund dagegen stimmt es wehmütig, daß für Tiere vielfach besser gesorgt wird als für Menschen.

Deutschland, hoch in Ehren... Eine Kulturschmach wird aus dem Hessen-nassauischen Kreise Biedenkopf gemeldet. Der in Battenberg wohnhafte Kriegsveteran von 1870/71, Ernst Vode, wurde auf freiem Felde verhungert aufgefunden.

Verhaftung der Kolmarer Mörder. Die beiden an der Ermordung des Chauffeurs Kohler aus Kolmar beteiligten jungen Durschen Fruy und Lambert sind von der französischen Polizei in Havre verhaftet worden. Bei der Verhaftung wollte Fruy auf einen Polizeibeamten schießen. Dieser aber packte ihn am Arm, so daß der Schuß fehlging und Fruy in den Kopf traf, der alsbald verstarb. Fruy suchte am Freitag seine in Bernon bei Rouen lebende Tante auf, gestand ihr sein Verbrechen und bat sie um Geld, da er seit drei Tagen nichts gegessen habe. Die Frau gab ihm hundert Franc und sagte ihm, er möge sich umbringen, um die Ehre der Familie zu retten. Fruy soll das versprochen haben und war mit seinem Komplizen nach Havre abgereist, wo man ihnen bald auf die Spur kam.

Fliegerkatastrophe in Halberstadt. Ein schwerer Absturz, der den Tod zweier Militärflieger zur Folge hatte, hat sich am Sonnabendnachmittag auf dem Flugplatz in Halberstadt ereignet. Die beiden Flieger Leutnant Wiegandt vom Infanterieregiment Nr. 122 und Oberleutnant Fellingner vom Pionierbataillon von Rauch Nr. 8, die eine Landung vornehmen wollten, sind infolge Flügelbruchs aus 500 Meter Höhe abgestürzt. Beide waren sofort tot.

Krieg im Frieden. Auf dem französischen Randverfeld von Ebreng hat sich am Freitag ein schwerer Unfall ereignet. Zwei Eskadronen des 7. beirittenen Jäger-Regiments manövierten dort. Die eine Eskadron simuliere eine Attacke auf eine Batterie, während die andere Eskadron die Verteidigung der Batterie übernommen hatte. Die

beiden Eskadronen attackierten mit solcher Wucht gegeneinander, daß ein Zusammenprall erfolgte, wobei vier Jäger tödlich und einer leichter verletzt wurden.

Ein anderer schwerer Unfall hat sich am Sonnabendvormittag auf dem deutschen Truppenübungsplatz Polygon bei Strahburg zugetragen. Eine Anzahl Soldaten des Infanterie-Regiments Nr. 132 bediente mehrere auf einem hölzernen Gerüst aufgestellte Maschinengewehre, als dieses plötzlich infolge der großen Belastung zusammenbrach. Die Soldaten stürzten mit den Maschinengewehren aus beträchtlicher Höhe herab. Fünf Mann erlitten schwere Verletzungen und mußten sofort ins Militärlazarett eingeliefert werden.

Russisches Gefängniselend. Die transbaikalische Zeitung „Kowj“ schildert die schrecklichen Zustände zweier Gefängnisse bei Irkutsk. Ein Gefängnis ist mit Injassen volgepackt. In einem Raum für 35 Personen müssen 100 bis 120 Personen sich aufhalten. Die Luft ist ersticken und trotzdem fehlt die Ventilation. Die Zellen sind kalt, da sie sehr mangelhaft geheizt werden. Das nicht durchbadene Brot bleibt den Sträflingen beim Essen an den Fingern kleben, und alle Injassen tragen Lumpen auf dem Leibe. Die Hälfte der Sträflinge liegt ständig krank an den Füßen und die Hälfte der Kranken rafft der Tod hinweg.

Aus alten Chroniken. In einer Festschrift zur Feier des 800jährigen Bestehens der „München-Augsburger Zeitung“ findet sich folgende kurze Notiz aus Nr. 84 vom 25. März 1835: „In München ist einem Seher in einer dasigen Buchdruckeret etwas Außerordentliches begegnet. Derselbe muß wahrscheinlich durch einen Trunk Wasser etwas verblüdet haben, woraus ein Frosch worden ist, der demselben schon längere Zeit unbehagliche Bewegungen im Magen verursachte. Er zieht einen Arzt zu Rate, dieser gibt dem Leidenden ein Brechmittel, und am lehrverfloffenen Sonntag bricht derselbe einen lebendigen Frosch! Das merkwürdigste bei dieser Sache bleibt wohl immer, was diesen Seher zum Wassertrinken verleitet.“ Der Redakteur muß ein arg wasserscheuer Bierphilister gewesen sein: erscheint ihm doch als das merkwürdigste an der höchst merkwürdigen Geschichte, daß ein Mensch überhaupt Wasser über seine Lippen bringt.

Keine Notizen. Eifersuchtsdrama. In Altona gab am Sonnabendvormittag ein 29jähriger Schmied aus Eifersucht auf seine Braut zwei Schüsse ab, wodurch diese nicht unerheblich verletzt wurde. In der Meinung, sie getötet zu haben, richtete er die Waffe gegen sich selbst und tötete sich durch eine Kugel in den Kopf. Ein sauberer Patron. Der Inspektor der französischen Staatsbahn Beschard wurde am Freitag in einem Schnellzuge bei Taen in dem Augenblick verhaftet, als er die Handtasche und den Regenschirm eines im Speisewagen weilenden Reisenden stahl. In der Pariser Wohnung Beschards wurden zahlreiche aus solchen Diebstählen herrührende Gegenstände gefunden. Die Lungenpest. In einer Ortschaft im Bezirk Dala sind nach amtlicher Meldung fünfzehn Personen unter Symptomen von Lungenpest erkrankt. Dreizehn von ihnen sind bereits gestorben.

MÄNTELWOCHE

Popeline nur gute Ware, modern verarbeitet, in den modernen dunkelmode und mittelmode Farben, halblange u. dreiviertellange Fassons, reich m. farbiger Seide garniert. Teils mit angesetztem Volant und vielfach mit Raglan- oder Halb-Kimono-Aermeln. Jedenfalls eine ganz gewaltige Auswahl von schicken, modernen Popelino-Paletots zu den folgenden sehr bedeutend ermäßigten Preisen

7⁷⁵ 9⁷⁵ 13⁵⁰
16²⁵ 18⁷⁵ 22⁵⁰

Seide Kurze blasenförmige, sehr elegante Jacken in Moirée und Eolienne, das momentan so beliebte Kleidungsstück

8⁷⁵ 12⁷⁵ 15⁵⁰
Dreiviertellange u. ganzlange seidene Paletots mit Rüschen-Verzierungen und mit eleganten Schals, streng moderne Fassons mit einfarbiger od. bunter Seidengarnierung. Ganz ungewöhnlich preiswürdig u. begehrenswert

19⁷⁵ 24⁷⁵ 27⁵⁰

Alpacca Ausser den einfachen, glatten Alpacca-Mänteln bringen wir besonders moderne und sehr fesche Fassons wie die nebenstehende, denen alles Steife genommen ist, und die durch effektvolle Schals u. den glockig fallenden Volant mit Verzierungen usw. ein ungemein ansprechendes, kleidsames Kleidungsstück darstellen. Unsere große Auswahl in diesem Genre wird Sie überraschen, aber sicherlich mehr noch die billigen Preise

9⁷⁵ 12⁷⁵ 14⁵⁰
16⁵⁰ 19⁷⁵ 22⁵⁰



Elegant Alpacca-Paletot 14⁵⁰



Königstrasse 33 am Bahnhof Alexanderplatz
Chausseestr. 113 beim Stettiner Bahnhof

Sonntags geschlossen!

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.

Stralauer Platz 10-11.

Am Dienstag, den 19. Mai, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Sechs

Mitgliederversammlungen

Tagesordnung in allen 6 Versammlungen:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht der Viertelsteilung und Wahl derselben. 4. Vorschläge zum Kreis- und Zentralvorstand.

Die Versammlungen finden statt:

- Für das **Görliger Viertel** im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147. Vortrag des Genossen **Franko** über: „Was regiert die Stunde“.
- Für das **Köpenicker Viertel** in „Süd-Ost“, Waldemarstraße 75. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen **G. Davidsohn** über: „Der Kampf der Reaktion gegen die Gewerkschaften“.
- Für das **Frankfurter Viertel** bei **Voelker**, Weberstraße 17. Vortrag des Genossen **Wlooch** über: „Kirche und Arbeiterbewegung“.
- Für das **Stralauer Viertel** in den Comeniusfäden, Memeler Straße 67. Vortrag des Genossen **B. Lieske** über: „Die Erziehungspflichten des Staates und die Arbeiterschaft“.
- Für das **Petersburger Viertel** in den Brachfäden des Ostens, Frankfurt Allee 151/52. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen **Hasenzahl** über: „Kommandogewalt und Reichstag“.
- Für das **Landberger Viertel** im „Elysium“, Landberger Allee 40. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen **O. Bächner** über: „Das neue Krankenversicherungsgesetz“.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Am Montag, den 18. Mai, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

21 Mitglieder-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

- | | |
|---|---|
| 1. Abt. Büttner's Festhale, Schwedter Str. 23, kleiner Saal | 10. Abt. Kiedel, Hufstienstr. 40 |
| 2. „ Büttner's Festhale, Schwedter Str. 23, großer Saal | 11. „ Dranienburger Festhale, Chausseestraße 16 |
| 3. „ Berolina-Säle, Schönhäuser Allee 28, MittelSaal | 12. „ Artushof, Berleberger Str. 26 |
| 4. „ Berolina-Säle, Schönhäuser Allee 28, großer Saal | 13. „ Roabiter Bürgerhale, Beusselstr. 9 |
| 5. „ Griesche, Koppenhagener Str. 74 | 14. „ Roabiter Gesellschaftshaus, Wielefstraße 24 |
| 6. „ Sägmilch, Bornholmer Str. 7 | 15. „ Brauerei Rakenhofer, Lurustr. 25 |
| 7. „ Strach, Schönhäuser Allee 134 b | 17. „ Feibels Festhale, Kolberger Str. 23 |
| 8. „ Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Str. 42 | 18. „ Frankes Festhale, Badstr. 19 |
| 9. „ Borussia-Säle, Adersstr. 6/7 | 19. „ Schmidt, Prinzen Allee 33 |
| | 20. „ Nord-Palast, Kölliner Str. 8 |
| | 21. „ Pharus-Säle, Müllerstr. 142 |
| | 22. „ Sachon, Müllerstr. 136 |

Mitglieder-Versammlung der 16. Abteilung

am Mittwoch, den 20. Mai, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei **Fanke**, Triftstraße 63.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung.
2. Stellungnahme zur Tagesordnung der Kreis-Generalversammlung am 26. Mai und den vorliegenden Anträgen.

- a) Antrag der 13. Abteilung, betreffend Teilnahme der Stadtverordneten an den Kreis-Generalversammlungen.
- b) Antrag der 20. Abteilung: Den Parteitag in Mitglieder-Versammlungen nach der Generalversammlung zu geben.
- c) Antrag des Bezirks 704: Den Bericht in Bezirksversammlungen zu geben.
- d) Antrag der Bezirke 736 und 737: Den Bericht vom Parteitag in mehreren Viertelsversammlungen zu geben.
- e) Antrag des Bezirks 501: Die Wahl der Delegierten durch Urabstimmung erfolgen zu lassen und die Berichtserhaltung in Abteilungen zu geben.
- f) Antrag des Genossen **Wante**: Die als Beisitzer gewählten Jugendgenossen an den Kreis-Konferenzen teilnehmen zu lassen.
- g) Antrag des Genossen **Wante**: Bei § 21 der Ausführungsbestimmungen hinter Abt. 4 zu setzen: zwei Vertreter der Beisitzer, welche in den Versammlungen der Jugendlichen gewählt werden.
- h) Antrag des Genossen **Bühler**: Jede Woche im „Vorwärts“ eine Seite als Beilage für Stimmen aus dem Volk zu reservieren.

Protest des Genossen **Meinhardt**.

Referenten sind: Für die 2. Abteilung Gen. **Koblenzer**, die 9. Abteilung Gen. **Hetzschold** und die 12. Abteilung Gen. **Moses**.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Engelauer 14/15 II. Telefon: Amt Moritzplatz Nr. 4747 und 2382.

Achtung!

Achtung!

Delegierte zur ordentlichen General-Versammlung der Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Am Montag, den 18. Mai 1914, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in **Kellers Neuer Philharmonie**, Köpenicker Straße 96/97:

Ordentl. General-Versammlung pro 1. Quartal 1914.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen. 2. Geschäfts-, Kassen- und Arbeitsnachweisbericht. 3. Erledigung eventl. eingegangener Anträge. 4. Geschäftliches.

NB. Legitimationskarte (sowie Mitgliedsbuch) sind mitzubringen und zwecks Kontrolle beim Abstemmen vorzulegen. Ohne Karte und Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Wer über 8 Wochen mit keinen Beiträgen im Rückstand ist, hat ebenfalls keinen Zutritt.

Die Bezirksverwaltung. J. H. A. Werner.

Wahlverein Charlottenburg.

Dienstag, den 19. Mai, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Volkshaus, Rosenstraße 3:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Vortrag: **Imperialismus**. Referentin: **Dr. Rosa Luxemburg**. Genoffin
2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Verbands- und Kreis-Generalversammlung. 4. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung. 5. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

36076

Pünktliches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

General-Versammlung

Mittwoch, den 20. Mai er., abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 4:

Tagesordnung: Bericht der Ortsverwaltung und Kassenbericht. Wahl von 3 angestellten Verbandsangelegenheiten.

Branchen-Versammlungen! Drechsler-, Alabaster-, Treppengeländer-Branche!

Montag, den 18. Mai, abends 8 Uhr, im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72.

Tagesordnung: Bericht von der Generalversammlung. Die Arbeitsvermittlung im Drechslergewerbe und unsere Stellung dazu. Verbands- und Branchenangelegenheiten. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen eruchtet Die Kommission.

Maschinen-Arbeiter!

Montag, den 18. Mai 1914, abends 8 Uhr, in den Andreas-Festhale, Andreasstr. 21.

Tagesordnung: Neuwahl des Branchenleiters. Neuwahl eines Obmannes. Branchenangelegenheiten. Verschiedenes. Die Kommission.

Korbmacher!

Montag, den 18. Mai, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Lokal von **Krause**, Mariannenplatz 8.

Tagesordnung: Vortrag des Kollegen **Wendel**: Unser ausländischer Bruderorganisationen. Bericht von der letzten Generalversammlung. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. Pünktliches Erscheinen jedes Kollegen ist dringend erwünscht. Die Kommission.

Vergolder!

Montag, den 18. Mai, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 1):

Tagesordnung: 1. Bericht der Branchenkommision. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Die Kommission.

Modell- u. Fabriktschler!

Montag, den 18. Mai, abends 8 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Str. 11/12:

Tagesordnung: 1. Bericht von der Branchenkommision. 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten. Die Kommission.

Schirmmacher!

Montag, den 18. Mai, abends 6 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei **Stein**, An der Stralauer Brücke 3.

Tagesordnung: Die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Schirmbranche. Branchenangelegenheiten.

Musikinstrumenten-Arbeiter!

Montag, den 18. Mai, abends 8 Uhr, im Lokal Südost, Waldemarstr. 75.

Vertrauensmänner-Versammlung.

Tagesordnung: Die jetzige Situation in unserer Branche. Die Lehrlingsfrage. Branchenangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. Jeder Betrieb muß vertreten sein. Die Branchenleitung.

Bezirk Neukölln. Möbeltischler!

Montag, den 18. Mai, abends 6 Uhr, im Lokal Idealpassage, Weichselstr. 8:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Bericht von der Generalversammlung. Verbandsangelegenheiten. 87/19

Seebad Reinickendorf.

Größtes Vergnügungs-Etablissement des Nordens, 5000 Sitzplätze, hunderte Park, am herrlichen großen Schersee gelegen, Ruderboote, Kegelbahnen, Volksbelustigungen aller Art, große Säle stelle den geschützten Vereinen zur Abhaltung größerer Festlichkeiten und Versammlungen Sonntags sowohl wie Werktags gratis zur gef. Verfügung. 2131b*

A. Raasch, Telefon Reinickendorf 3064.

Einige Sonntags, Sonnabende und Pfingstfeiertage frei. Bequeme Fahrverbindung: Linien 32, 35, 41.

Maurergesellen-Kranken- und Sterbekasse zu Charlottenburg. v. a. G.

Sonntag, den 14. Juni, vormittags 10 Uhr,

im **Rassensaal**, Spreckstraße 17:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartale.
2. Beschlußfassung über die Geschäftsführung nach dem neuen Statut.
3. Wahl des Vorstandes und des Aufsichtsrats.
4. Verschiedenes.

Regen Besuch erwartet. Der Vorstand. **W. Schmidt**

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Tempelhof

Bekanntmachung

über die vom fgl. Oberversicherungsamt Groß-Berlin genehmigte Satzungs-Änderung. Wahlordnung. § 27.

A. Übergangsbestimmungen.

Prüfen für die Wahlzeit 1914-1917. Für die ersten Wahlen des Ausschusses und des Vorstandes werden abgetrennt die Prüfen des § 5 Absatz 1 von vier Wochen auf zwei Wochen, § 5 Absatz 2 von vier Wochen auf zwei Wochen, § 8 von 2 Wochen auf 1 Woche, § 20 : 2 : 1 : § 23 : 6 : 3 :

Genehmigt Charlottenburg, den 9. Mai 1914. Königlich-Ober-Verwaltungsamt Groß-Berlin.

gen. v. **Gostkowski**.

Bekanntmachung.

Zu der in Nr. 117 vom 30. April er. veröffentlichten Bekanntmachung betreffend das Ergebnis der Wahl für den Ausschuh der Arbeitgeber-Vertreter.

Als Vertreter von der Abt. II ist an Stelle des zurückgetretenen Herrn **Werner Thiede**, Berlin, Belle-Alliancestraße 57, der **Kaufmann Gustav Schoelske**, Berlin-Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Str. 74, zu setzen. [274/1]

Berlin-Tempelhof, den 15. Mai 1914.

Der Vorstand d. Allgem. Ortskrankenkasse für Berlin-Tempelhof.

gen. **Albert George**, 1. Vorsitzender.

Wanderkarten

hält stets vorräthig Buchhandlung Vorwärts Lindenstr. 69 (Caden)

Möbel-Magazin Otto Schmidt

Gegründet 1871 Gartenstraße 52 am Gartnplatz empfiehlt

Kompl. Wohnungs-Einrichtungen

vom einfachsten bis elegantesten Genre. Große Auswahl kompl. aufgestellter

Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, Wohnzimmer, Salons usw.

in 10 Etagen.

Große Auswahl in kompl. aufgestellten modernen Küchen.

Sämtliche Dekorationsgegenstände, zu jeder Einrichtung passend, am Lager.

Eigene Tapezierer-Werkstätten. Auf Wunsch

Bequeme Zahlungserleichterung! ohne Provisionszuschlag.

Eigene Tapeziererwerkstatt

Unserem Genossen
Hermann Eggert und Frau
zur silbernen Hochzeit
die besten Glückwünsche.
Die Genossen des Bezirks 600a
6. Kreis.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Petersburger Viertel. Bez. 206 II.
Den Mitgl. zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Gastwirt
Julius Ronke
Kirchstr. 19, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 18. Mai, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle des
Zentral-Friedhofes in Friedrichs-
felde aus statt.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
10. Wkt., Bezirk 622.
Am Donnerstag, den 14. Mai,
verstarb unser Genosse, der
Klempner
Fritz Rettig
Hermesdorfer Straße 6.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 18. Mai, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des nördlichen Friedhofes,
Ritter-, Ede-Geestraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
227/16
Der Vorstand.

14. Wkt., Bezirk 605.
Am Donnerstag, den 14. Mai,
verstarb unser Genosse, der Buch-
binder
Hermann Weyand
Baldstr. 53
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 18. Mai, nach-
mittags 5 1/2 Uhr, auf dem Fried-
hof in Stagnsdorf statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Buchbinder-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern die traurige
Nachricht, daß unser Kollege
Hermann Weyand
plötzlich gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 18. Mai, nach-
mittags 5 1/2 Uhr, auf dem Fried-
hof in Stagnsdorf statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
22/11 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Neukölln.
Am 15. Mai verstarb unsere
Voritzgenossin
Berta Tesche
Kaiser-Friedrich-Str. 235, 4. Bez.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 19. Mai, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des nördlichen Friedhofes,
Karlensdorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Am Freitagmorgen verstarb nach
langem Leben meine liebe Frau,
unser herzlichste Mutter,
Schwester, Schwägerin und Tante
Berta Tesche
geb. Haack.
Neukölln, 16. Mai 1914.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Paul Tesche
nebst
Kindern.
Beerdigung am Dienstag, den
19. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr,
auf dem Gemeinde-Friedhof, am
Karlensdorfer Weg.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.
Sektion der Putzer.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege
Reinhold Krause
am Freitag, den 15. Mai, im
Alter von 58 Jahren an Magen-
krebs verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet am
Dienstag, den 19. Mai, nach-
mittags 4 Uhr, im Krematorium
Görlitzstraße statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Niederharnim.
Bezirk Pankow.
Am Donnerstag, den 14. Mai,
nachmittags 10 Uhr, verstarb nach
langem Leiden unser Genosse
Otto Figasewitz.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, nachmittags 5 1/2 Uhr, von
der Halle des Neuen Panower
Friedhofes in Schönholz aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksleitung.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Drauzer-
arbeiter
Otto Figasewitz
von der Firma Löwenbrauerei,
Hochstraße, am 14. Mai im Alter
von 40 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 18. Mai, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeinde-Friedhofes
Panow-Schönholz aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
07/20 Die Bezirksverwaltung.

Nachruf.
Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, daß unser Kollege, der
Hausdiener
Walter Krichmus
am 11. Mai im Alter von
25 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Bezirksverwaltung.

Hiermit die traurige Nachricht,
dass mein lieber Mann, der Böttcher
Paul Stelzer
an Lungenleiden verstorben ist.
Die Hinterbliebenen Witwe.
Die Beerdigung findet Montag,
nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem
Gemeinde-Friedhof in Friedrichs-
felde statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Mechaniker
Wilhelm Kalkofen
gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 17. Mai, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeinde-Friedhofes
in Steglitz, Bergstraße, aus statt.
Ferner starb unser Mitglied,
der Gärtler
Georg Schmiel
Gärtner Str. 50, am 15. d. M.
an Lungenleiden.
Die Beerdigung findet am
Montag, den 18. Mai, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Labor-Kirchhofes in
Hörnsefelde aus statt.

Ferner starb unser Mitglied,
der Klempner
Fritz Rettig,
Hermesdorfer Str. 6, am 14. Mai
an Herzschlag.
Die Beerdigung findet am
Montag, den 18. Mai, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des nördlichen Fried-
hofes in der Seestraße, Ede-
Wallerstraße, aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
118/13 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Holzfinier-
arbeiter
Robert Bruscke
Charlottenburg, Eoorstraße 34
im Alter von 41 Jahren ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 18. Mai, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Halle
des Neuen Panower Friedhofes,
Färben-
brenner Weg, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, daß unser Kollege, der
Tischler
Richard Tamm
Cabiner Str. 9
im Alter von 30 Jahren ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 18. Mai, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
07/18 Die Ortsverwaltung.

Am 14. Mai verstarb nach
kurzem, schwerem Leiden unser lieber
Kollege und Mitarbeiter, der
Schneidker
Oskar Donath
im 49. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Das Personal
der Buchdruckerei H. Klokow.
Die Beerdigung findet am
Montag, den 18. Mai, nachmittags
4 1/2 Uhr, von der Halle des
alten Sophien-Kirchhofes in der
Bergstraße aus statt.

Statt besonderer Meldung!
Allen Freunden, Bekannten
und Kollegen zur Nachricht, daß
mein lieber Mann und meines
Kindes guter Vater, Sohn, Bruder,
Schwiegerjohn und Schwager,
der Gärtler
Max Doering
nach langem Leiden sanft ein-
schlafen ist.
Um stille Teilnahme bitten
Witwe Therese Doering,
Familie E. Doering,
Familie R. Kloss.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 19. Mai, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Neuen Panower Ge-
meinde-Friedhofes aus statt.

Am Freitag verschied mein
lieber Mann, unser guter Vater,
Schwiegervater, Großvater und
Onkel, der Zimmerer
Wilhelm Marquardt.
Dieses zeigen tiefbetrübt hier-
mit an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Schöneberg, Neulöh.
Die Beerdigung findet am
Montag, den 18. Mai, nach-
mittags 3 Uhr, vom nördlichen
Friedhof, Mariendorfer Weg,
aus statt.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung
unser lieben Mutter lagen wir allen
Bekanntem und Bekannten, ins-
besondere dem Transportarbeiter-
Verband, den Botenfrauen der Bor-
nisch-Schönholzer Arbeiter, dem
Gemeinde-Friedhof, dem „Räucher-
chor“ sowie den Mitgliedern des Hauses Kri-
ststraße 52 auf diesem Wege unseren
herzlichsten Dank.
116a
Gebrüder Elge.

Von der Reise zurück:
Privat-Dr. W. Liepmann
Frauenarzt
Fasanenstraße 41.
Spezialarzt
f. Haut-, Horn-, Frauenleiden,
nerv. Schädige, Venenkrankheiten
u. s. w. u. s. w.
u. s. w. u. s. w.
Friedrichstr. 81, gegenüber
Eingangsbau, Sonn- u. Feiertage
11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separat Damenzimmer.

10 Mark
monatliche Teilzahlung liefert elegante
Herren- und Damenkleider nach Maß,
eigenes Stofflag. Verstoffe Kleidermägen.
J. Tomporowski, Schneidermeister,
Jentschstr. 47, an der
Belka-Branche, u. Tempelhofer Feld.
Auf Wunsch komme ich mit Muster.

Kaulsdorf
Stadt- u. Verortk. 20-Pl.-Tür
11 neu erschlossen 11
bis 25 Minuten vom Bahnhof
□ R. von M. 12.- an
Auskunft, bei W. Lehmann,
Lichtenberg, Leopoldstraße 2.
Sonntags auf dem Gelände.
Nieschke & Nitsche,
Berlin NO, Neuköllnstr. 16
Fernspr. Kgl. 6378.

Schuten,
Damenhüte, Schwarz, weiß,
Champagn. 1.40 an. 21193
Hilge, Schönhauser Allee 146a.
Gneisenaustraße 10,
S. Grau, billige u. beste
Bezugsquelle für
Möbel jeder Art.
Kassa und Teilzahlung.
Achtung! Empfehle allen Genossen
und Bekannten zum Feiertags-
tag mein direkt am Wasser gelegenes
Restaurant „Seefisch“
mit großem, schattigem Garten,
reichhaltige Speisekarte sowie
Schiffstiere.
Um regen Besuch bitte
43312
Hermann Waldhausen,
Telephon: Straußberg 190.

Achtung! Streik in zwei Großbäckereien! Achtung!
Gesperri für Organisierte ist nur die
Firma Weidner (Hanke & Co.)
mit folgenden Geschäften:
Koblenzstr. 100. Rosenfelder Allee 29/30. Wälderstr. 144. Kronenstr. 75.
Böttcherstr. 5. Kuchelstr. 4. Rindberger Str. 6. Joffener Str. 2.
Bismarckstr. 24. Gertrudenstr. 70. Pettenloferstr. 5. Reichenberger Str. 111.
Niedrigstr. 35. Gneisenaustr. 60. Neuenhauser Str. 111.
Brunnenstr. 110. Duffenstr. 71. Nigauer Str. 79.
Heißer Str. 53. Kopenstr. 23. Nigauer Str. 101.
Gärtnerstr. 25. Kopenstr. 45. Hildersdorfer Str. 29.
Möbinger Str. 59. Markgrafendamm 35. Schulzenborfer Str. 2.
Eldinger Str. 79. Nollmannstr. 7. Nollmannstr. 7. Sparrstr. 20.
Faldensteinstr. 45. Remeler Str. 16. Remeler Str. 16. Laborstr. 15.
Schmarnstr. 13. Remeler Str. 48a. Remeler Str. 16. Löffstr. 23.
Das Geschäft Kopenstr. 68-69 gehört nicht mehr der Firma Hanke u. Co.

Kuher dieser Firma ist selbstverständlich auch die Firma
Eduard Goldacker
für alle Organisierte gesperri.
Die Verkaufsstellen der Firma Goldacker sind:
Koblenzstr. 66. Or. Frankfurter Str. 132. Wälderstr. 156. Charlottenburg:
Kriegerstr. 4. Frankfurter Allee 123. Rindendorfer Str. 112. Berliner Str. 115.
Witz-Schönhauser Str. 53. Friedrichstr. 147. Schönhauser Allee 70a. Kantstr. 134b.
Koblenzstr. 33a. Rosalidenstr. 157. Schönhauser Allee 177c. Nollmannstr. 42.
Brunnenstr. 122. Kaffienallee 35. Turmstr. 43 (Wobli). Umlandstr. 44.
Dauger Str. 4. Kirchner 1 (Wobli). Kopenstr. 15. Wilmersdorfer Str. 44.
Dresdener Str. 6. Kopenstr. 75. Kopenstr. 15. Wilmersdorfer Str. 60.
(am Kottbuser Tor). Königsberger Str. 1. Kottbuser Damm 12a. Wilmersdorfer Str. 60.
N. Frankfurter Str. 16. Kottbuser Damm 12a. Kottbuser Damm 12a.

Nicht identisch mit Weidner
und nicht zu verwechseln sind die Geschäfte der Firmen:
Paul Hanke, Oskar Hanke u. Fritz Hanke.
Dieselben haben mit dem Streik bei Weidner (Firma Hanke u. Co.)
nichts zu tun.
Das Geschäft Oppelner Str. 28 ist nicht mehr identisch mit Weidner (Firma Hanke u. Co.)
Derjenige Inhaber, Herr Haak, bezieht seine sämtlichen Waren aus Tschibäckereien,
was hiermit ausdrücklich zur Vermeidung von Verwechslungen konstatiert wird.
Der Vertrauensmann der Bäcker Berlins und Umgebend.

□ R. v. M. 6.- an
Petershagen
ca. 7 Min. v. Bahnh. Frederodorf.
Kostenv. Ausk. beim Ver-
treter Fuhle im Verkaufspavillon
am Bahnhof Frederodorf.
Nieschke & Nitsche
Berlin, Neuköllnstr. 16
Fernspr. Kgl. 6378.

Hautleiden
Neben u. Ausschläge, trockene
und nässende, Schuppenflechte,
Kopf u. Bartflechte, quälendes
Juckreiz, vermind. Lichtempfindl.
in veralteten Fällen durch Reichel's
Nischen-Spezialmittel. Seit
25 Jahre glänzend bewährt und
garantiert unerschütterl. 2,25 M.
Ottolienhof, Berlin 43 Eisenbahnstr. 4

**Rester-
Handlung.**
Twill-Kammgarn,
Cetel, blau und
farbig... Meter 2,50 an
Mod. Kostüm... Rock-
stoffe, 1,90 breit... 1,95
Mäntel, Kleider- und
Blusenstoffe, Doppeltr. 3,50
Moiree-Charmeuse... 3,50
Röcke u. Herren- und Knaben-
Anzüge spottbillig.
Konfektion
Gelegenheitskäufe:
Moiree- und Seiden-
Mäntel... 18,50 an
Kostüm... große 15,50
Röcke u. Anzüge 3,50
Kindermäntel sehr billig.
Gediegene Maßanfertigung.
Paul Karle,
Warschauer Straße 18.

Wochenraten!
Monatsraten!
Kostüm, Mäntel, Röcke
nach Maß ohne Preiserhöhung
auf Wochen- und Monatsraten
direkt aus der Schneiderwerk-
statt. - Adresse: Postlager-
karte 155, Postamt 54.
Vertreterbesuch unverbind-
lich, auch Vorort.

J. Baer
Badstr. 26 Ecke
Prinz-Allee
Herren- und Knaben-
Moden, Berufskleidung.
Elegante Paletots,
Elegante Anzüge in
jeder Preislage.
Gr. Stofflager z. eleg. Maßanfertigung.
Billigste, feste Preise.

Billige Parzellen!
direkt am Bahnhof, weißlicher Vor-
ort, zum Bau von Eigenheimen
besonders geeignet. Kleine Ein-
zahlung. Geringe jährliche Teil-
zahlung. Guter Boden. Bau-
parzellen u. 2000 M. im Straßen-
schalter. Vorpost, Wasser, kosten-
los. Schreiben Sie sofort, da nie
wiederkehrende Gelegenheiten.
M. F. Buchholz, Berlin NO,
Ruiprotstr. 19. (39132)

Restaurations- und Garten-Lokal
150 Brunnenstr. 150
Bereitszimmer, Saal mit Bühne, 200 Personen fassend. - Schöner,
großer Naturgarten. - Regeldamp. **Martha Dieckler**.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Immer noch **Tegelort**,
Sporthaus bei **Emil Mothes**.

Schultheiß-Musichant
Kandberg Allee 110, eröffnet.
Gäste mich bestens empfohlen. **Jakob Wiebe**.

Waidmannslust!
Schweizerhaus Dianstr. 80 Schweizerhaus
Inhaber **W. Hartig**
empfiehlt den werten Vereinen, Jubiläen usw. sein Sommerlokal, herr-
licher Landgarten, Langsaal, Regeldamp, Ausspannung, Spielplätze,
Gute Küche. - Solide Preise.

Gardinenhaus Bernhard Schwartz (früher
Waltzstr. 13 (Kuhleischerhof) jetzt
Gardinenhaus)
u. Einschlägiges: Vorhänge, Säuse, Teppiche u.
Extrawerkstatt für Polster-Wäbel
Gedigte Haltbarkeit. - Winter-Geizig. - Dembar niedrige,
Nur lesbare Preise. - Gelegenheits-Bare weit unter Preis.

Lohnender Erwerb.
Eine Wasch- oder Pflegetaste ernährt immer Ihren Besitzer.
Zur Einrichtung genügen sehr geringe Mittel. Kleine Anzahlung
bei mehrjähriger Abzahlung. Auskünfte, Vorschläge, Anlehnung
auf Anfrage kostenlos durch
Zentralstelle für Gesundheitstechnik
Berlin-Frohnau.

Kranzspenden
sowie sämtliche
Blumenarrangements
liefert schnell und billig **Paul
Gross**, Lindenstr. 62, Tel. 30pl. 7303.

Ohne Misserfolg-echter Yoghurt
Jedermann, ob praktisch oder ungeschickt, ob Jung-
geselle oder verheiratet, Hof. mit voller Sicherheit der
Yoghurt-Brüter von Dr. Klebs
In 3 Stunden tadelloser echten Yoghurt.
Jeder Milcherfolg ausgeschlossen!
1 Lt. Yoghurt-Milch mit Dr. Klebs Yoghurt-Ferment
u. Yoghurt-Brüter nach Vorschrift bereitet, stellt sich
auf ca. 25-30 Pl. Der sehr stabile und elegante
Apparat kostet mit Thermometer nur M. 3.90 inkl.
Porto u. Verpackung. Zu hab. in Apoth. u. Drogerien.
Beschreibung des Apparates und Fermentprobe
kostenlos vom Bacteriol. Laboratorium v. Dr. E. Klebs,
München, Schillerstraße 28. 68/17

Der moderne Metallarbeiter
2080] Ratgeber für Dreher, Schlosser und Maschinenbauer,
320 Seiten, viele Beispiele, 100 Abbildungen, zeigt jedem Metallarbeiter in den
Staub, schnell und sicher die vorkommenden Berechnungen der Mäßen an
Drehbänken zum Gewindefeststellen vornehmen zu können, enthält ferner
Werkzeuginformationen, Schneidengeräte, Zahnradkonstruktion, Berechnung
der Zahnzahl, Berechnung, um leicht zu drehen, und vieles andere
Wissenswertes aus dem Gebiete der Dreherei und Schlosserei.
Das Werk hat ein Fachmann aus der Praxis geschrieben und ist gegen
Einleitung von W. 3.- oder der Nachnahme von M. 3.30 zu beziehen.
Edmund Herrmann, Berlin, Fruchtstraße 51.

Möbel-Engros-Lager

Berliner Tischler- u. Tapezierermeister

Wir liefern direkt an Privats als Spezialität: **gediegene Ein-, Zwei- u. Drei-Zimmer-Einrichtungen** in erstklassiger Ausführung zu konkurrenzlos billigen Preisen.

30 Jahre Garantie Schlafzimmer: M. 183, 219, 270, 326, 428, 532, 648, 814, 992, 1088 bis 3000 Beste Verarbeitung
Speisezimmer: M. 298, 333, 428, 505, 622, 781 bis 4000 | Wohnsalon: M. 242, 308, 428, 543, 736, 850 bis 2500
Herrenzimmer: M. 209, 328, 487, 550, 627, 762 bis 3000 | Neuzeitl. Kitchens: M. 51, 58, 76, 83, 125, 169, 248, 450
Ständige Lager von ca. 500 Einrichtungen. Nochnur Auswahl bis zum Ansehen. Illust. Katalog u. Referenzliste gratis.
Frankfurterstraße durch ganz Deutschland direkt ab Fabrikgebäude. Bis 100 km durch eigene Mobelauton. Einzelmöbel.

Albert Gleiser G.M.B.H.

Berlin C. 33
Alexanderplatz
Alexanderstrasse 42

„Hoffnung“



Berliner Schneider-Genossenschaft (E.G.m.H.H.)
gegründet von organisierten Schneidergehilfen
Berlin N.
Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager fertiger Anzüge

Sommer-Paletots,
Bozener Mäntel,
Sport-Anzüge, Loden-Pelerinen
und Arbeiter-Berufskleidung.
Elegante Maßanfertigung.

Lieferant der Konsum-Genossenschaft u. der Ortsgruppe Berlin d. Arb.-Radf.-Bund.
Sonntags von 8-10 Uhr geöffnet.
Tel. Amt Norden 1591. 102/1

4. Preussisch-Süddeutsche (230. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 8. Ziehungsstag 10. Mai 1914 Sonntag

Auf jede gezogene Nummer hat zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die hofe gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr H. St. A. f. S.) (Raddruck verboten)

142 944 305 43 92 (1000) 603 600 731 956 40 1059 91 465	689 630 962 999 2093 102 24 319 43 (500) 689 93 673 708 79	692 953 3071 107 09 222 43 456 649 993 4267 175 408 92	693 58 643 915 87 (500) 5124 179 344 96 444 90 614 953 (1000)	85 796 893 6152 604 (1000) 686 7267 358 90 678 741 684	8092 76 (3000) 70 202 8 67 86 652 709 (500) 60 818 932 42	9192 37 278 341 426 82 744 83 89 912	10301 (1000) 32 110 244 82 (1000) 378 728 74 910 (500) 83	11014 182 207 325 452 515 658 748 64 63 827 12231 417	68 (1000) 899 970 13148 303 468 701 963 900 14202 86 316	81 430 (1000) 61 89 943 (500) 82 (500) 18047 77 344 843	95 (1000) 613 27 (500) 735 89 893 (500) 83 978 16236 632 742	60 929 17109 164 74 (3000) 283 (500) 673 79 789 910 82 (3000)	10258 51 143 253 61 (500) 427 47 617 713 (500) 70 (500) 80	19097 267 733 690 395 (500)
---	--	--	---	--	---	--------------------------------------	---	---	--	---	--	---	--	-----------------------------

4. Preussisch-Süddeutsche (230. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 8. Ziehungsstag 10. Mai 1914 Sonntag

Auf jede gezogene Nummer hat zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die hofe gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr H. St. A. f. S.) (Raddruck verboten)

121032 226 539 94 608 7 (1000) 714 74 89 856 906 58	121031 202 (500) 336 63 97 747 810 (500) 63 122151 441 603	49 61 736 813 979 123096 214 386 461 602 814 19 916 (500)	68 (500) 79 124076 105 9 68 (500) 310 (3000) 91 95 417 678 679	(1000) 125040 77 (500) 306 (3000) 400 20 728 (1000) 47 59	636 79 955 128181 321 99 582 (500) 774 98 823 937 127160	464 654 (500) 666 790 (1000) 399 124 98 128 (500) 303 17	441 73 80 594 (500) 712 (1000) 27 (3000) 95 128008 00 122	300 430 78 944 (500)	121032 226 539 94 608 7 (1000) 714 74 89 856 906 58	121031 202 (500) 336 63 97 747 810 (500) 63 122151 441 603	49 61 736 813 979 123096 214 386 461 602 814 19 916 (500)	68 (500) 79 124076 105 9 68 (500) 310 (3000) 91 95 417 678 679	(1000) 125040 77 (500) 306 (3000) 400 20 728 (1000) 47 59	636 79 955 128181 321 99 582 (500) 774 98 823 937 127160	464 654 (500) 666 790 (1000) 399 124 98 128 (500) 303 17	441 73 80 594 (500) 712 (1000) 27 (3000) 95 128008 00 122	300 430 78 944 (500)
---	--	---	--	---	--	--	---	----------------------	---	--	---	--	---	--	--	---	----------------------

4. Preussisch-Süddeutsche (230. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 8. Ziehungsstag 10. Mai 1914 Sonntag

Auf jede gezogene Nummer hat zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die hofe gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr H. St. A. f. S.) (Raddruck verboten)

121032 226 539 94 608 7 (1000) 714 74 89 856 906 58	121031 202 (500) 336 63 97 747 810 (500) 63 122151 441 603	49 61 736 813 979 123096 214 386 461 602 814 19 916 (500)	68 (500) 79 124076 105 9 68 (500) 310 (3000) 91 95 417 678 679	(1000) 125040 77 (500) 306 (3000) 400 20 728 (1000) 47 59	636 79 955 128181 321 99 582 (500) 774 98 823 937 127160	464 654 (500) 666 790 (1000) 399 124 98 128 (500) 303 17	441 73 80 594 (500) 712 (1000) 27 (3000) 95 128008 00 122	300 430 78 944 (500)	121032 226 539 94 608 7 (1000) 714 74 89 856 906 58	121031 202 (500) 336 63 97 747 810 (500) 63 122151 441 603	49 61 736 813 979 123096 214 386 461 602 814 19 916 (500)	68 (500) 79 124076 105 9 68 (500) 310 (3000) 91 95 417 678 679	(1000) 125040 77 (500) 306 (3000) 400 20 728 (1000) 47 59	636 79 955 128181 321 99 582 (500) 774 98 823 937 127160	464 654 (500) 666 790 (1000) 399 124 98 128 (500) 303 17	441 73 80 594 (500) 712 (1000) 27 (3000) 95 128008 00 122	300 430 78 944 (500)
---	--	---	--	---	--	--	---	----------------------	---	--	---	--	---	--	--	---	----------------------

4. Preussisch-Süddeutsche (230. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 8. Ziehungsstag 10. Mai 1914 Sonntag

Auf jede gezogene Nummer hat zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die hofe gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr H. St. A. f. S.) (Raddruck verboten)

121032 226 539 94 608 7 (1000) 714 74 89 856 906 58	121031 202 (500) 336 63 97 747 810 (500) 63 122151 441 603	49 61 736 813 979 123096 214 386 461 602 814 19 916 (500)	68 (500) 79 124076 105 9 68 (500) 310 (3000) 91 95 417 678 679	(1000) 125040 77 (500) 306 (3000) 400 20 728 (1000) 47 59	636 79 955 128181 321 99 582 (500) 774 98 823 937 127160	464 654 (500) 666 790 (1000) 399 124 98 128 (500) 303 17	441 73 80 594 (500) 712 (1000) 27 (3000) 95 128008 00 122	300 430 78 944 (500)	121032 226 539 94 608 7 (1000) 714 74 89 856 906 58	121031 202 (500) 336 63 97 747 810 (500) 63 122151 441 603	49 61 736 813 979 123096 214 386 461 602 814 19 916 (500)	68 (500) 79 124076 105 9 68 (500) 310 (3000) 91 95 417 678 679	(1000) 125040 77 (500) 306 (3000) 400 20 728 (1000) 47 59	636 79 955 128181 321 99 582 (500) 774 98 823 937 127160	464 654 (500) 666 790 (1000) 399 124 98 128 (500) 303 17	441 73 80 594 (500) 712 (1000) 27 (3000) 95 128008 00 122	300 430 78 944 (500)
---	--	---	--	---	--	--	---	----------------------	---	--	---	--	---	--	--	---	----------------------